

Editorial

Die Auswirkungen der allgemeinen Teuerung, wie steigende Mieten und höhere Betriebskosten, belasten viele kleine und vor allem ehrenamtlich geführte Archive in der gesamten Republik. Dazu machen sich die Folgen jahrelanger Sparpolitik bemerkbar. Das Ringen um die noch verbliebenen öffentlichen Mittel wird immer mühseliger und zeitaufwändiger, so dass etliche Aktive mittlerweile aufgegeben haben oder überlegen aufzugeben – oder aus unterschiedlichen, aber meist finanziellen Gründen nicht mehr weitermachen können.

Ein besonders krasser Fall ist der des Zeitgeschichtlichen Archivs in Berlin Marzahn. Er zeigt exemplarisch, wohin eine Mischung aus Sparpolitik, Desinteresse an deutsch-deutscher Zeitgeschichte und Immobilienspekulation führen kann. Immerhin hat dieses riesige Archiv in wahrhaft letzter Minute einen neuen Ort für seine Bestände gefunden. Es ist kaum zu glauben, wo sie nun gelandet sind. Die spannende Geschichte dieser Odyssee erzählt uns Harald Wachowitz in seinem Beitrag.

Doch es ist nicht der einzige skandalöse Vorgang, auf den wir im Heft hinweisen: Die Tatsache, dass durch CDU und AfD im Kreistag zu Gütersloh eine finanzielle Beteiligung des Kreises an den Kosten der neu zu schaffenden Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Stalag 326–VI/K in Stukenbrock verweigert wurde, lässt über den Zustand der „Brandmauer“ auf lokalpolitischer Ebene nicht nur im Osten Deutschlands zweifeln. Werner Höner informiert uns über den Vorgang.

Für die Leserschaft unserer Zeitschrift ist es vermutlich selbstverständlich, dass heutiger Antifaschismus nicht ohne Blick in die Archive und Bibliotheken auskommen sollte. Die VVN/BdA kämpft nicht nur seit fast acht Jahrzehnten gegen Rechts, sie führt dabei auch Sammlungs- und Archivarbeit durch. Durch die interessante, aber alles andere als homogen und zentralistisch verlaufene Geschichte der Organisation ergeben sich einige Probleme für heutige Nutzer*innen der Archivalien. Ulrich Schneider gibt uns einen Überblick zur Geschichte der Bestände und zu Möglichkeiten ihrer Nutzung.

Wir erinnern in weiteren Beiträgen an starke Frauen, die in der Geschichte ihre Spuren hinterlassen haben, an Louise Otto Peters und Elly Lotte Schleif. Es gibt wieder einen ausführlichen Rezensionsteil, Berichte von internationalen Historikertreffen, von der 58. ITH-Tagung in Linz und der Jahrestagung der International Association of Labour History Institutions in Buenos Aires. Der Bericht endet mit der Mahnung: „Die Tagung stand unter dem Eindruck der bevorstehenden Wahlen in Argentinien, die sich nicht nur in Plakaten und im Rahmen der Gespräche, sondern auch Aufrufen herkömmlicher Bürger während

U-Bahn-Fahrten bemerkbar machte. Die Spannung ging mit der Furcht einher, dass der libertäre Kandidat die Demokratie im Land und den letzten Rest an sozialer Sicherung und Zusammenhalt zerstören könnte.“ Unterdessen hat er die Wahl für sich entscheiden können und Argentinien nach rechts gerückt. Ebenfalls um Lateinamerika geht es beim Bericht über ein Gespräch mit der ehemaligen chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet in Berlin.

Heft 65 zeigt in diesen ganzen Beiträgen auf, dass Geschichte nicht nur von gestern ist, sondern dass so manches frühere Ereignis plötzlich brandaktuell wirkt, dass Geschichtspolitik eng mit aktuellen Interessen verknüpft sein kann, dass man aus Geschichte lernen muss und dass sie stets auch Mahnung ist. Unser Engagement für Bibliotheken und Archive zur Arbeiter*innenbewegung sollte stets auch in diesem Sinne verstanden werden.

Die Redaktion

Inhalt

Editorial

Aus den Archiven

Das Louise-Otto-Peters-Archiv in Leipzig
Laura Peter / Kathrin Will 7

Archive der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
Ulrich Schneider 11

Das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Kirsten Schaper 15

Das Finale des Zeitgeschichtlichen Archivs (ZGA)
Vom Umgang mit einem anerkannt unikaten Kulturgut und
einmaligen Fundus für Forschung und Publizistik
Harald Wachowitz 20

Bibliotheken und Gedenkstätten

Das Karl-Marx-Haus – historisch-politischer Lernort mit
internationaler Strahlkraft
Jürgen Schmidt 29

Blumen für Stukenbrock e. V.: Gedenkstättenkonzept
endlich umsetzen
Werner Höner 38

Interview

Interview mit Matthias Dohmen
Holger Czitrich-Stahl / Rainer Holze 40

Besondere Zeitdokumente

Was sagte Michail Gorbatschow im Oktober 1989 in Berlin wirklich?
Siegfried Prokop 42

Berichte

„Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und wirtschaftlicher Wandel – transnationale Perspektiven aus der Arbeitsgeschichte“. Die 58. ITH-Tagung (7. bis 9. September 2023 in Linz)
Holger Czitrich-Stahl 57

IALHI mal anders: Die Jahrestagung der International Association of Labour History Institutions in Buenos Aires
Anja Kruke 61

„Tief ins Gedächtnis gegraben“. Gespräch mit der chilenischen Staatspräsidentin a. D. Michelle Bachelet. Gemeinsame Veranstaltung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27.09.2023 in Berlin
Holger Czitrich-Stahl 63

Aus der Forschung

Bürgerkrieg und Romantik im Realsozialismus. Zum Frühwerk Rudolf Bahros (1952-1970). Eine Weltanschauungsanalyse
Thomas Schubert 66

Informationen

Ehrung des sozialdemokratischen Pazifisten Julius Gerson (1868-1944) 70

Eine Edition der Briefe des sowjetischen Botschafters in Berlin 1918 70

Aus dem Inhalt der BzG 3/2023 (September) und 4/2023 (Dezember) 71

Miszelle

Elly Lotte Schleif, verh. Bergtel-Schleif (1903-1965) – Eine Bibliothekarin im Widerstand gegen den Faschismus
Gisela Notz 73

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht 2023	78
Einladung zur Jahresmitgliederversammlung	83
Nachruf für Klaus Höpcke	
<i>Günter Benser</i>	85

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Friedrich Lenger: Der Preis der Welt. Eine Globalgeschichte des Kapitalismus. C. H. Beck, München 2023	
<i>Jürgen Wasem-Gutensohn</i>	87
Frank Jacob (Hrsg.): Emma Goldmann oder die Freiheit um jeden Preis. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023	
<i>Eveline Linke</i>	89
Olaf Briese und Alexander Valerius: Findbuch archivalischer Quellen zum frühen Anarchismus. Beiträge zur Erschließung von Akten aus Berliner Archiven über die „Freien“ (1837-1857). Mit einer Einleitung von Olaf Briese. Herausgegeben von Wolfgang Eckhardt. Verlag Edition AV, Bodenburg 2021	
<i>Walter Schmidt</i>	92
Jacques Bidet: Foucault mit Marx. Nachwort von Frieder Otto Wolf zur Rezeption von Jacques Bidet in Deutschland. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023	
<i>Jürgen Wasem-Gutensohn</i>	94
Anja Kruke, Ann Kathrine Maier (Hrsg.): Das Archiv der sozialen Demokratie in 50 Objekten. Mit einem Vorwort von Martin Schulz. Bonn 2022	
<i>Holger Czitrich-Stahl</i>	97
Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Julius Martow oder: Für die Diktatur der Demokratie. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023	
<i>Thilo Scholle</i>	99

Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Josef Stalin oder: Revolution als Verbrechen. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023 <i>Milan Mentz</i>	103
„Schreibe mir nur immer viel“. Der Briefwechsel zwischen Hans und Lea Grundig. Ein Werkstattbericht. Im Auftrag der Akademie der Künste, Berlin, und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, herausgegeben von Kathleen Krenzlin. Deutscher Kunstverlag, Berlin 2022 <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	106
Wolfgang Harich: Schriften zur Politik. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 15. Mit weiteren Dokumenten und Materialien, herausgegeben von Andreas Heyer. Tectum – Ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021 <i>Siegfried Prokop</i>	108
Detlev Brunner / Michaela Kuhnhenne (Hg.): Proteste, Betriebe und Gewerkschaften. Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990 (= Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Band 7), BeBra Wissenschaft Verlag GmbH, Berlin 2023 <i>Günter Benser</i>	110
Register der Mitteilungen Heft 51-65	113
Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv – Vortragsreihe und Termine 2024	117
Anzeige „Biografisches Lexikon des deutschen Rätekommunismus“	119

Aus den Archiven

Das Louise-Otto-Peters-Archiv in Leipzig

„An der Überzeugung aber halten wir fest, daß [die] wirkliche Lösung [der Frauenfrage] nur gefunden werden kann durch die Frauen selbst, durch ihren Willen und durch ihre eigene Kraft ...“¹

Das Louise-Otto-Peters-Archiv (LOPA) ist seit 1997 ein Projekt der Louise-Otto-Gesellschaft e.V. (LOPG). Die LOPG ist 1993 mit dem Zweck gegründet worden, die Schriftstellerin, 1848er-Deamokratin und Frauenrechtlerin Louise Otto-Peters zu würdigen und der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Louise, wie sie im Verein liebevoll genannt wird, war eine maßgebliche Organisatorin und Stichwortgeberin der ersten deutschen Frauenbewegung. Sie engagierte sich gegen die Monarchie und für ein geeintes demokratisches Deutschland. Neben Lyrik und unzähligen Artikeln publizierte sie insbesondere im Vormärz sozialkritische Romane, die teilweise zensiert wurden – wie „Schloß und Fabrik“ (1846) in dem sie die Verelendung des Proletariats anklagte. Nach der gescheiterten Revolution 1848/49 gab Louise Otto-Peters die erste „Frauen-Zeitung“, ab 1866 dann die „Neuen Bahnen“ heraus. Letztere Zeitung war das Organ des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF), den Louise Otto-Peters gemeinsam mit Auguste Schmidt sowie anderen Akteurinnen 1865 in Leipzig gegründet hatte. In ihm organisierte sich die bürgerliche Frauenbewegung deutschlandweit. Neben der Verbesserung der Lebensumstände von Arbeiterinnen und Arbeitern, forderten Louise Otto-Peters und ihre Mitstreiterinnen ein „Recht auf Erwerb“ für alle Frauen (1866). Um dieses Ziel zu erreichen, konzentrierten sich die Aktivistinnen auf die Verbesserung der Bildung und konnten zum Beispiel über Stipendien Frauen zu Universitätsstudien verhelfen. Über Privatstudienkurse wurden Frauen außeruniversitär ausgebildet, darunter Clara Zetkin. Im Louise-Otto-Peters-Archiv lassen sich diese Entwicklungen anhand von dokumentierten oder archivierten Materialien nachvollziehen.

Das Archiv: Bestand und Erschließung

Die Vereinsmitglieder der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. unter Leitung von Johanna Ludwig beforschten und sammelten jahrelang alles von und über Louise Otto-Peters. Teilweise auf Basis von befristeten, schlecht bezahlten Stellen, aber vor

1 Louise Otto-Peters: Das Recht der Frauen auf Erwerb, hrsg. im Auftrag der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. von Franzke, Astrid; Ludwig, Johanna; Notz, Gisela, Leipzig, 1997, S. 99.

allem ehrenamtlich wurden in den vergangenen 30 Jahren nicht nur viele Schätze zusammengetragen, sondern auch erschlossen. Die Arbeit daran ist nicht vollendet, denn neben Veröffentlichungen von und über Louise Otto-Peters wurde stets versucht, den Fokus auf feministische Emanzipationsbestrebungen des 19. Jahrhunderts allgemein zu setzen. In diversen Tagungen, Vorträgen, Ausstellungen und Publikationen wurden und werden Forschungsergebnisse in die Öffentlichkeit getragen. Im Louise-Otto-Peters-Archiv wird Grundlagenforschung betrieben, auf die nicht nur Wissenschaftler:innen zurückgreifen, sondern auch Schüler:innen, Studierende, Heimat- und Laienforscher:innen sowie am Thema Interessierte.

Die Sammlung im Louise-Otto-Peters-Archiv besteht aus zwei Teilen: die Bibliothek und das Archiv. Der Schwerpunkt der Bibliothek liegt auf der Frauenbewegung im 19. Jahrhundert. Neben Publikationen von und über Frauen dieser Zeit werden einordnende Überblickswerke, wie Vormärz-Lexika oder Chroniken der Frauengeschichte eingepflegt. Seit kurzem wird zunehmend auch die feministische Bewegungsgeschichte seit 1990 in Blick genommen, da die Gründerinnen des Vereins sich in diese eingewoben haben.

Im Archiv werden Originale und Kopien von Artikeln, Büchern, Gedichten und Zeitschriften der Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts, sowie ihrer männlichen Mitstreiter und Gefährten gesammelt. So gibt es neben originalen Schriften von Louise Otto-Peters, auch Werke ihres Mannes August Peters sowie von Henriette Goldschmidt und Auguste Schmidt. Auch Schriftgut von und zu anderen Frauen, die mit Leipzig, dem ADF oder dem Thema Gleichberechtigung zu anderen Zeiten verbunden waren, finden hier einen Platz. Das Herz der Sammlung bildet ein handgeschriebenes autobiografisches Manuskript von Louise Otto-Peters, das 2007 mithilfe von Spenden über den Verein angekauft wurde. Das Original wird im Depositum der LOPG im Stadtarchiv Leipzig gemeinsam mit seltenen Druckerzeugnissen und einem von Louise Otto-Peters selbst geschossenen Foto bestandschonend aufbewahrt. Ein Großteil der Tagebuchaufzeichnungen von Louise Otto-Peters ging mit dem Nachlass des Deutschen Staatsbürgerinnen Verband e.V. an das Kasseler Archiv der deutschen Frauenbewegung und ist in digitaler Form einsehbar. Im Jahr 2021 gelang dem Verein ein zweites Mal ein Original von Louise Otto-Peters – ein handschriftliches Gedicht – zu erwerben. Im letzten Jahr wurde außerdem eine Sammlung von Gegenständen aus dem 19. Jahrhundert begonnen, die derzeit Knöpfe und Korsettschnürhaken umfasst.

Die umfangreichsten Quellen für neue Erkenntnisse stellen nach wie vor die im LOPA vorhandenen Ausgaben der „Frauen-Zeitung“ sowie der „Neuen Bahnen“ dar. Die „Frauen-Zeitung“ steht als Kopie zur Verfügung und kann dank einer von Historikerinnen erarbeiteten Datenbank auf Namen und Orte hin online durchsucht werden. Auch die „Neuen Bahnen“ stehen als Kopien und einige Jahrgänge

auch als Original, mit wenigen Lücken, im LOPA zur Verfügung. Die Jahrgänge 1866 bis 1895 wurden ebenfalls auf Orte und Personen hin erschlossen und die Jahrgänge 1866 bis 1899 verschlagwortet. Die Personen-, Orts- und Schlagwortregister befinden sich im LOPA als analoge Karteien. Gegenwärtig läuft ein ehrenamtliches Projekt zur digitalen Erschließung der „Neuen Bahnen“ auf Artikelebene. Die Ergebnisse daraus werden in den META-Katalog des Digitalen Deutschen Frauenarchivs (DDF) eingespeist. Auch an anderer Stelle lebt und lebte das Archiv immer von der ehrenamtlichen Betätigung der Mitglieder. Bibliotheksaufbau und Archivpflege, Publikationen, Vorträge, die Versorgung des leiblichen Wohls im Hintergrund von Konferenzen, aber auch das Transkribieren von Autographen sind Bereiche, die von Mitgliedern abgedeckt wurden und werden. Sie sorgen damit dafür, dass der Archivbestand wächst und Forscher:innen vor Ort oder online Material zur Verfügung gestellt bekommen.

Das DDF spielt eine tragende Rolle bei der Digitalisierung von Materialien aus dem LOPA und für die Zugänglichkeit des Bestandes. Im genannten META-Katalog können die Bestände von fast 40 deutschsprachigen Lesben- und Frauenarchiven, -bibliotheken und -dokumentationsstellen durchsucht werden. Trägerin des Digitalen Deutschen Frauenarchivs ist i.d.a. ein Dachverband, indem sich auch die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. seit über 25 Jahren organisiert und austauscht.

Insgesamt konnten im Louise-Otto-Peters-Archiv bereits fünf Projekte durch das DDF gefördert werden, die sich thematisch vom 19. Jahrhundert fort, hin zu den 1990er-Jahren bewegten: 2017/18 wurden Autographen von Louise Otto-Peters digitalisiert und transkribiert sowie eine interaktive Stadtkarte zu Frauenorten in Leipzig online gestellt. 2019 wurden die feministische Sommeruni in Leipzig gefördert sowie der Beginn der Erschließung der „Neuen Bahnen“ auf Artikelebene. 2022 wurde der Nachlass von Johanna Ludwig, der Gründerin der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V., erschlossen, der Einblick in die Vereinsgeschichte sowie die Leipziger Frauenbewegungsgeschichte in der Transformationszeit gibt. Zu den von ihr gesammelten Unterlagen gehören neben Recherchen zu historischen Persönlichkeiten auch eine Sammlung von Presseartikeln und eine Vielzahl an Schriftwechseln, die den lokalen und überregionalen Austausch und die Vernetzung der Frauenvereine verdeutlichen. Daneben enthält der Nachlass ein umfangreiches Fotokonvolut unter anderem zum Protest gegen den Abriss des Henriette-Goldschmidt-Hauses in Leipzig. 2023 wurden in einem Oral History Projekt Johanna Ludwigs Mitstreiterinnen und Mitstreiter in den Mittelpunkt des historischen Interesses gerückt.

Neben den sogenannten DDF-Projekten, ist das LOPA mit seinem umfangreichen Bestand immer wieder Ideengeberin für weiterführende Projekte in

Bildung und Kultur. So arbeitet bis 2024 das von der Landesdirektion Sachsen geförderte fem/pulse-Projekt daran, weibliche Geschichte sichtbarer zu machen. 2022 wurde ein Leseheft und ein Postkartenquiz als kostenfreies Bildungsmaterial herausgegeben. Gegenwärtig ist eine Ausstellung zu Frauen im Sport sowie eine digitale Karte des weiblichen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in Sachsen in Vorbereitung. Des Weiteren knüpft das Projekt an das Format der Abendunterhaltungen an, wie sie bereits vom Frauenbildungsverein ab 1865 in Leipzig ausgerichtet wurden. Ein weiteres Angebot ist ein „Archivworkshop“, der Interessierten die Arbeit im LOPA näherbringt. Außerdem gehören schon seit Jahren feministische Stadtrundgänge zum Repertoire der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. Nicht nur für diese ist Gerlinde Kämmerer, Beirätin der LOPG, verantwortlich, sondern auch für das online Portal „Frauen machen Geschichte – Leipziger Frauenporträts“, gefördert durch das Referat für Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Leipzig.

Lebendige Vergangenheit bis heute

Das Louise-Otto-Peters-Archiv ist, wie hoffentlich gezeigt werden konnte, seit über 25 Jahren ein lebendiger Ort. Von hier aus konnte die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. wichtige Erfolge erzielen, wie die Benennung von Straßen nach wichtigen historischen Frauen, die Einweihung von Gedenk-Tafeln (zum Beispiel zur Erinnerung an die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins) oder die Umbenennung einer Schule nach Louise Otto-Peters. Neben Sammel Leidenschaft und dem Bewusstsein über die eigene Geschichte, steht das Louise-Otto-Peters-Archiv insbesondere für ehrenamtliches Engagement. Neben einer aktiven Mitgliedschaft und vereinzelt Projektstellen, bietet die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. auch die Möglichkeit, einen Bundesfreiwilligendienst zu leisten. Interessierte, egal ob zum Forschen, Mitarbeiten oder sich Bilden, sind immer willkommen!

Laura Peter / Kathrin Will

Öffnungszeiten des LOPA im Gerichtsweg 28 (Haus des Buches), 04103 Leipzig: donnerstags 10 bis 17 Uhr.
Kontakt telefonisch unter 034158151522 oder per E-Mail an info@lopleipzig.de.
Informationen auf der Homepage unter louiseottopeters-gesellschaft.de, bei Facebook via [facebook.com/Louise-Otto-Peters-Gesellschaft-eV-330808324179175](https://www.facebook.com/Louise-Otto-Peters-Gesellschaft-eV-330808324179175) und Instagram [@louise_otto_peters_g_ev](https://www.instagram.com/louise_otto_peters_g_ev).

Archive der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Es kann nicht überraschen, dass in einer Organisation, die seit über 75 Jahren in Deutschland existiert und aktiv ist, zahllose Archivalien entstanden sind. Seit einigen Jahren entwickelt sich ein gesteigertes Interesse von jüngeren Wissenschaftler*innen an diesen Unterlagen, da die Geschichte der antifaschistischen Kräfte und Verbände in unserem Land ein wissenschaftliches Forschungsdesiderat ist, was Nachgeborene jetzt versuchen aufzuarbeiten.

Dabei stehen sie vor dem Problem, dass für solche Recherchen kein zentrales Archiv vorhanden ist, wo ihnen alle Unterlagen zusammengefasst zur Verfügung stehen. Vielmehr befinden sich solche Bestände in Archiven auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, wobei die jeweiligen Sammlungen sehr heterogen sind. Das kann nicht überraschen, da die Archive der VVN-BdA seit der Gründung der Organisation im Jahre 1947 an den jeweiligen Orten unter ganz verschiedenen Voraussetzungen und Sammelinteressen von ehrenamtlich und hauptamtlich Aktiven angelegt wurden. Dadurch unterscheiden sich die Archive in vielerlei Hinsicht. Kreis- und Landesarchive beschäftigen sich naturgemäß eher mit regionalen Beständen, manche Landesarchive haben einen ausgewiesenen historischen Schwerpunkt bezogen auf die Zeit Ende der 1920er-Jahre bis Ende der 1940er-Jahre, also die Unterlagen bezogen auf den antifaschistischen Widerstand und den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn.

Einige Landesarchive verfügen auch über Bestände bezogen auf die Organisationsgeschichte der VVN selber, wobei die politischen Verfolgungen in der BRD und die Auflösung der Organisation 1953 in der DDR erhebliche Lücken gerissen haben. So finden sich mehr Organisationsunterlagen der VVN aus der SBZ und der späteren DDR im Bundesarchiv Berlin (ehemals SAPMO-Archiv) als in den Händen der VVN-BdA selber. Auch existierten mehr Referenzakten der Innenministerien im Bundesarchiv Koblenz bzw. den Hauptstaatsarchiven der Länder als im Bundesarchiv der VVN-BdA oder in den Länderarchiven.

Da sich diese Situation als zunehmend unbefriedigend erwiesen hat und gleichzeitig das Interesse an der Organisation gewachsen ist, arbeitet seit einiger Zeit eine Archiv-AG der VVN-BdA an einem Überblick über die Bestände und einer Vereinheitlichung der Erschließung der Archivalien, um für die Organisation und historisch Interessierte Zugänglichkeit zu ermöglichen.

Ein großes Problem ergibt sich für die archivalische Überlieferung aus dem Bruch innerhalb der Organisation 1989/90, als durch den Wegfall der finanziellen Unterstützung für die VVN-BdA nicht nur der hauptamtliche Apparat auf Bundesebene aufgelöst, sondern auch der Sitz der Bundesvereinigung in Frankfurt/M.

sehr kurzfristig geräumt werden musste. In dieser Situation stand für manche Aktivisten die Sicherung der Archivalien zur Geschichte der Organisation nicht an erster Stelle ihrer Interessen.

Glücklicherweise waren große Bestände der VVN, die mit Wiedergutmachung bzw. dem Streit um Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz verbunden waren, Anfang der 1970er-Jahre an das Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstands 1933-1945 in Frankfurt/M. abgegeben worden, wo diese und weitere Aktenbestände zur historischen Forschung seit längerer Zeit archivalisch erschlossen und betreut wurden.

Ein weiteres Themenfeld, das zum originären Sammlungsgebiet der VVN und später der VVN-BdA gehörte, war die Dokumentation von NS- und Kriegsverbrechen und der Umgang der BRD-Justiz mit den Tätern. In der VVN beschäftigte sich – lange Jahre geleitet von Helmut Stein und Rudi Schneider – eine eigene Abteilung mit dieser Thematik und legte dabei ein Kriegsverbrecherarchiv an, das tatsächlich eine Laufzeit der Aktenbestände von 1947 bis 1989 umfasst. Bei der Auflösung der Bundesgeschäftsstelle wurden diese Bestände komplett nach Hamburg transportiert und lange Jahre in den Räumen des Hamburger VVN-BdA gesichert, bevor sie jetzt in das Archiv der Bundesvereinigung nach Berlin überstellt wurden.

Der Sammlungsbestand „Organisationsakten“, die für die Fortsetzung der Arbeit der VVN-BdA auf ehrenamtlicher Basis zwingend notwendig waren, wurde in dieser Umbruchszeit zuerst nach Hannover geschafft, wo in den Räumlichkeiten der niedersächsischen Landesvereinigung die Bundesorganisation ihren Sitz nehmen konnte; einige Bestände blieben in den Räumlichkeiten der hessischen Landesvereinigung, die in Frankfurt ihren Sitz hatte.

Als sich die Bundesorganisation konsolidierte, wurden die Organisationsakten in Hannover zusammengeführt und – bei der Verschmelzung mit den Ostverbänden – zum neuen Verbandssitz in Berlin transferiert.

Angesichts der gewachsenen Menge der Archivalien wurde vor einiger Zeit entschieden, das Archiv an einen eigenen Standort (Berlin-Pankow) auszulagern, wo die Unterlagen angemessen untergebracht und bearbeitet werden können, im „Archive der Bundesvereinigung“.

Hier befindet sich jetzt das Organisationsarchiv der VVN-BdA Bundesvereinigung und ihrer Vorläuferverbände, das Kriegsverbrecher-Archiv (Sammlung Helmut Stein) sowie – als externe Sammlung – das verbliebene Organisationsarchiv der Fédération Internationales des Résistants (FIR), der internationalen Dachorganisation der Veteranen- und Verfolgtenverbände, die seit 2003 ihren Sitz in Berlin in den Räumen der VVN-BdA Bundesvereinigung hat.

In mühevoller Arbeit ist es in einem ersten Schritt gelungen, eine Bestandsübersicht der bis dato ungeordneten Unterlagen zu erstellen. Jedoch hat diese

Übersicht noch nicht den Charakter eines Findbuches. Über eine Kooperation mit dem USHHM in Washington DC ergab sich die Möglichkeit, die Bestände zu digitalisieren, so dass die Akten perspektivisch digital nutzbar sind. Der Abschluss der Digitalisierung wird sicherlich noch zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen.

Schon jetzt ist – im Rahmen der Benutzerordnung – eine Arbeit vor Ort mit den Beständen möglich. Entsprechende Anträge, die den Forschungsgegenstand und das Recherche-Interesse erläutern, sind an die VVN-BdA Bundesvereinigung zu richten. Da das Archiv ehrenamtlich betreut wird, können keine Recherche-Anfragen bearbeitet werden.

An einem zweiten Standort in Köln befindet sich ein besonderes Archiv der VVN-BdA, das „Hartmut Meyer Archiv“ (HMA). Es umfasst drei unterschiedlich entstandene Sammlungen, die – zusammengeführt – einen substanziellen Überblick liefern über alt- und neofaschistische Verbände in der BRD, die „Neue Rechte“ und ihre Ideologiezentren sowie revanchistische Verbände, die lange Jahre nicht nur in geopolitischer Hinsicht, sondern auch als Scharnierfunktion zwischen faschistischen und rechts-konservativen Kräften in der BRD fungierten. Die Grundlage lieferte der Nachlass des 1992 verstorbenen Diplompädagogen Hartmut Meyer, der – ausgehend von den Arbeiten des Faschismusforschers Reinhard Opitz – sich mit der „Neuen Rechten“ und verschiedenen Ideologiezirkeln beschäftigte. Nach seinem Tod wurde dieses Archiv durch die „Neofaschismus-Kommission“ der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen betreut und seine Sammlungstätigkeit fortgeführt.

Der Schwerpunkt Revanchismus / Vertriebenenverbänden fundiert auf den Überlieferungen des ehemaligen Georg-Herde-Archivs in Frankfurt, das mehr als drei Jahrzehnte die Tätigkeit der Revanchisten-Verbände begleitete und über Personen, wie z. B. die Vertriebenen-Funktionärin und heutige AfD-Repräsentantin Erika Steinbach aufklärte.

2010 wurden auch die Bestände der ehemaligen Neofa-Abteilung der Bundesorganisation in dieses Archiv übernommen, so dass nun auch die SS-Traditionsverbände und völkischen Burschenschaften mit Unterlagen in diesem Archiv auffindbar sind.

Die Sammlung umfasst vielfältige Materialien aus den Bereichen „alte“ und „neue“ Rechte, militante Neofaschisten, „Nationalrevolutionäre“, Nationalismus, religiöse Gruppen, Esoterik und Sekten, Ökofaschismus, „Lebensschützer“, völkische Siedlungsbewegungen, extrem rechte Medien, Militarismus und SS-Traditionsverbände, Konservatismus, Burschenschaften und studentische Verbindungen sowie weitere Themenfelder.

Auch dieses Archiv ist für die historische Forschung zugänglich. Noch ist eine

Digitalisierung nicht in der Planung, so dass tatsächlich vor Ort recherchiert werden muss. Gleichzeitig wird vom HMA ein regelmäßiger Informationsdienst herausgegeben, in dem über Treffen und andere wichtige Aktivitäten im neofaschistischen Spektrum berichtet wird.

Anfragen an beide Archive sind zu richten an:

VVN-BdA Bundesgeschäftsstelle, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin,

E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de

Ulrich Schneider

Das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) ist neben der Bibliothek¹ und der Werkstatt der Erinnerung² eine der drei öffentlich zugänglichen Abteilungen des Institutes. In der hamburgischen Archivlandschaft erfüllt es eine wichtige Funktion für den Erhalt nichtstaatlicher Überlieferungen zur Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus sowie zur jüngeren Zeitgeschichte. Seine Bestände werden im Rahmen wissenschaftlicher Forschungs- und Qualifikationsarbeiten sowie institutionen- und familiengeschichtlicher Untersuchungen genutzt, vereinzelt auch für Ausstellungsprojekte, Film- und Fernsehproduktionen angefragt.

Was war

Am 23. August 1949 nahm die „Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs 1933 bis 1945“ als Dienststelle der Schulbehörde ihre Arbeit auf. Vor dem Hintergrund der umstrittenen gemäßigten Sonderrolle, die Hamburg unter ihrem Reichsstatthalter Karl Kaufmann eingenommen habe, hatte die Bürgerschaft den Senat schließlich erfolgreich ersucht, eine Darstellung der Vorgänge „von der sogenannten Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Hamburg bis zum Einmarsch der Besatzungstruppen zu veranlassen“.³ Direktor Heinrich Heffter begann, als Grundlage seiner Arbeit eine Materialsammlung anzulegen: Akten von Behörden, Gerichten und Archiven wurden durchgearbeitet und Kopien angefertigt. Überlieferungslücken, die durch Kriegsschäden, vorsätzliche Vernichtung, Auslagerung oder die Beschlagnahmung durch die Alliierten entstanden waren, suchten die Mitarbeiter durch private Quellen wie Erinnerungsberichte, Tagebücher oder protokollierte Gespräche mit Zeitzeugen zu schließen. Seit der Neugründung der „Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg“ im Jahr 1960 – unter verändertem Namen und mit erweitertem Aufgabenfeld, das die völkisch-antisemitische Entwicklung vor 1933 und die Geschichte der Parteien und der Arbeiterbewegung mit umfasste, wurde auch die Materialsammlung entsprechend erweitert. Werner Jochmann entwarf eine Sachsystematik, um „das gesamte Gebiet der Sozialgeschichte Deutschlands und

-
- 1 Carlo Schütt: Die Bibliothek der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Eine zeitgeschichtliche Spezialbibliothek in Hamburg, in: Auskunft. Mitteilungsblatt Hamburger Bibliotheken, September 2002, Jg. 22, H. 3, S. 272-283.
 - 2 Linde Apel: Die Werkstatt der Erinnerung – mündliche Quellen in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, 2022, H. Januar, S. 123-126.
 - 3 FZH Archiv, G 001, Dienstvertrag zwischen der Hansestadt Hamburg und Dr. Heinrich Heffter vom 30.8.1949.

Hamburgs seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu erfassen“,⁴ die über Jahrzehnte die Aufteilung der Neuzugänge bestimmte.⁵

Einen entscheidenden Zuwachs erfuhr die Forschungsstelle 1966 durch die Angliederung der „Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung“ (HBSA), die ihre Entstehung einer Schenkung der örtlichen Organisationen von DGB und SPD verdankte⁶ und deren Buchbestände heute in die FZH-Bibliothek integriert sind. Kurz darauf entschloss sich der DGB Hamburg, der Forschungsstelle auch seine Altregistratur und sein Pressearchiv zu übereignen. Die Mitarbeiter*innen der HBSA bemühten sich erfolgreich um weiteres Schriftgut aus den SPD-Kreisbüros. Hervorzuhebende Zugänge aus der Jochmann-Zeit sind außerdem die Akten der Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen und das Hans-Schwarz-Archiv zur Geschichte der Konzentrationslager Dachau und Neuengamme.

Im Kontext der Übernahme der DGB- und SPD-Akten scheint es sich eingebürgert zu haben, nicht länger von einer Sammlung, sondern einem Archiv zu sprechen. Einerseits wurden die Unterlagen der HBSA und der Forschungsstelle als ein gemeinsames Archiv aufgefasst, dessen Umfang stetig zunahm. Andererseits ging diese terminologische Spezifizierung mit einem sich wandelnden Verständnis weg von einer internen Materialsammlung hin zu einer fachlichen Organisationseinheit mit nach innen und außen gerichteten Aufgaben und Funktionen einher, was sich nicht zuletzt an der wachsenden Zahl auswärtiger Nutzer*innen, die beraten und betreut wurden, bemerkbar macht. Auch wenn ein fixes Gründungsdatum nicht auszumachen ist – im Verzeichnis Hamburger Archive von 1978 nimmt es als Vertreter der Fachgruppe „Hochschularchive und Archive wissenschaftlicher Institutionen“ einen festen Platz ein, den es seitdem hält.

Das Institut durchlief seit Mitte der 1980er-Jahre eine längere Phase der Umstrukturierung, mit mehreren Leitungswechseln und unterschiedlichen Forschungsakzenten. Der Konsens, dass die Fixierung auf den Nationalsozialismus als einschränkend angesehen wurde, führte 1997 zur Umbenennung in „Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg“, die sich nunmehr als privatrechtliche Stiftung selbständig machte und 1999 als universitäres An-Institut anerkannt wur-

4 Angelika Voß-Louis: Das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Von Arbeiterbildung bis Zwangsarbeit. In: Auskunft. Mitteilungsblatt Hamburger Bibliotheken, September 2002, H. 3, S. 284.

5 Die Sachsystematik umfasste die 10 Hauptgruppen: 0 Anschauungsmaterial, 1 Nachlässe und Sammlungen, 2 und 3 Staat I und II, 4 Politische und kulturelle Verbände, 5 Arbeitnehmerorganisationen, 6 Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Judenverfolgung, 7 Bürgerliche und rechte Parteien, 8 Marxistische, sozialistische, linke Parteien, 9 NSDAP, NS-Prozesse, Entnazifizierung.

6 Ursula Büttner: Die Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, März 1985, H. 1, S. 20-36.

de.⁷ 2002 wurde Axel Schildt zum Direktor ernannt. Für das Archiv resultierten aus dieser Entwicklung wichtige Erweiterungen in neuen wie auch etablierten Themenbereichen. Stehen die Akten der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit oder der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten für den Schwerpunkt NS-Verfolgung, Widerstand, Wiedergutmachung, repräsentieren die Nachlässe von Günter Amendt und Walther von Hollander sowie der Unternehmensbestand der Beate Uhse AG aus Flensburg die jüngere alltags- und sexualgeschichtliche Ausrichtung.

Was ist

Das FZH-Archiv füllt heute ca. 800 laufende Regalmeter. Angesichts erschöpfter Magazinkapazitäten, angestauter Erschließungsrückstände und der Erkenntnis, dass das tradierte Ordnungsschema den fachlichen Anforderungen nicht mehr gerecht werden konnte, werden in jüngster Zeit verschiedene Maßnahmen ergriffen, um buchstäblich Luft zu schaffen für die Weiterentwicklung des Archivs.

So erfolgte in Verbindung mit einem zwischenzeitlichen Aufnahmestopp eine Revision, die zum Ziel hatte, Doppelüberlieferungen zu identifizieren und auszusondern, Zeitungen und Zeitschriften gegebenenfalls Bibliotheken anzubieten (in erster Linie der FZH-Bibliothek) und im Verbund mit anderen Archiven abzustimmen, ob die Überlieferung mancher Bestände an geeigneteren Orten sichergestellt werden könnte. Beispielsweise konnten die Gründungsunterlagen des Asta-Schwulenreferates, die der FZH vor vielen Jahren anvertraut worden waren, an das Universitätsarchiv abgegeben werden. Des Weiteren ersetzt eine auf das Format von Archivboxen zugeschnittene Rollregalanlage nun in einem Magazinraum die sonst üblichen Standregale für Aktenordner. Zur Unterbringung selten genutzter Archivalien wurde ein Außenmagazin angemietet.

Diese Verschlankung und Verdichtung ging Hand in Hand mit der Ausarbeitung einer neuen Archivtektonik. Sie unterscheidet primär zwischen verschiedenen Bestandstypen entsprechend Entstehung und Herkunft des Quellenmaterials:

- A Akten von Institutionen und Organisationen
- B Nachlässe und Egodokumente (Tagebücher, Erinnerungsberichte, Briefe)
- C Gerichtsakten, Gutachten (Handakten)
- D Thematische Sammlungen
- E Zeitungsausschnittsammlungen

7 Vgl. Axel Schildt: Historisches Gedächtnis der Stadt. Der lange Weg zur Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, in: *Auskunft*, September 2002, H. 3, S. 264-271.

- F Spezialsammlungen (Flugblätter, Plakate, Sammelbilder u. a.)
- G Altarchiv der Forschungsstelle
- H Hausarchiv der Forschungsstelle

Bestände mit klar abgrenzbarer Provenienz wurden also aus dem Altarchiv herausgelöst und den Gruppen A bis E zugeordnet. In Gruppe G verbleibt die Essenz der thematischen Sammlungen nach der alten Systematik mit den Sachgruppen 2 bis 9. Sie wird nicht fortgeführt, sondern gewissermaßen als Archiv im Archiv archiviert. Darin enthalten sind weiterhin die äußerst umfangreichen Hamburger DGB- und SPD-Akten, die bis Ende der 1980er bzw. bis um die Jahrtausendwende reichen. Das sogenannte Hausarchiv, das zuvor unter der Rubrik Hochschulen und Universitäten in Sachgruppe 3 des Altarchivs integriert war, betrifft die Aktenbestände der Forschungsstelle seit 1948 mit Geschäftskorrespondenz, Gremienunterlagen, Forschungs- und Publikationstätigkeit, Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Direktorennachlässe.

Manche Bestände erfüllen nicht eindeutig die Kriterien der einen oder anderen neuen Tektonikgruppe. Zu ihnen gehört das KPD(O)/IVKO-Archiv. Kernstück dieser Sammlung zur Geschichte der KPD-Opposition ist das aus der Kopenhagener Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv (ABA) stammende und dort von Gerd Callesen betreute Material, das 2003 an die FZH überführt wurde. Darum herum gruppieren sich viele kleinere Sammlungen und Nachlassfragmente ehemaliger Mitglieder und Akteure seit Ende der 1920er-Jahre bis zur Gruppe Arbeitspolitik. Ende 2017 kam der Nachlass von Theodor Bergmann hinzu.

Umgesetzt wurde die neue Tektonik einerseits physisch im Rahmen einer großen Umräumaktion in den Magazinen, die als abgeschlossen gelten darf. Vor allem aber nutzt das Archiv seit 2020 zusammen mit der Werkstatt der Erinnerung eine Archivsoftware, mithilfe derer die älteren Erschließungsinformationen formal und inhaltlich überarbeitet und neue Metadaten ergänzt werden. Dieser Teil der Arbeit ist als work in progress zu verstehen. Perspektivisch soll für die Benutzer*innen eine Online-Recherche über die Homepage der FZH ermöglicht werden.

Was wird

Die Existenz des FZH-Archivs ist mit einer unbefristeten Vollzeitstelle und Personalmitteln für ein bis zwei Hilfskräfte gesichert. Dennoch erfordert die Vielzahl der Aufgaben mehr Einsatz. Große Neuzugänge wie der Nachlass der Musikerin und Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, die 2021 in Hamburg verstarb, bedürfen zusätzlicher Förderung, um möglichst zeitnah zugänglich gemacht zu werden. In diesem Fall ist es die Hamburger Kulturbehörde, die einen Werkver-

trag finanziert. Seit der Neubesetzung der Direktorenstelle mit Thomas Großbölting sind im FZH-Kollegium Überlegungen angestoßen, die Erschließung und Auswertung vorhandener Archivbestände stärker in die Planung neuer Forschungsprojekte einzubeziehen.

Eine gemeinsame Aufgabe von Archiv und Wissenschaft wird sein, das Überlieferungsprofil des Archivs unter Berücksichtigung bisheriger und zukünftiger Schwerpunktsetzungen zu überdenken und einen Handlungsrahmen für die konzeptionell fundierte und systematische Bestandspflege und -erweiterung festzulegen und damit auch Personen und Institutionen, die das Archiv nutzen oder ihm Material anbieten möchten, eine verbindliche Orientierung zu bieten.

Kirsten Schaper

Information und Kontakt

Archiv der FZH
Kirsten Schaper
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
<https://zeitgeschichte-hamburg.de/home.html>
schaper@zeitgeschichte-hamburg.de

Das Finale des Zeitgeschichtlichen Archivs¹ (ZGA)

Vom Umgang mit einem anerkannt unikaten Kulturgut und einmaligen Fundus für Forschung und Publizistik

Das Zeitgeschichtliche Archiv ist nun aufgelöst, seine Bestandteile konnten weitestgehend gerettet werden, aber alles endete anders und zwangsläufig viel später als geplant.

Im Januar 2023 freute sich unser kleines Archivkollektiv noch gemeinsam mit Patrick Volknant über die Nachricht aus dem Berliner Kultursenat unter Klaus Lederer: „Wir sprechen in der Tat hier von einem Zeitraum von mehreren Jahren.“ Diese mietfreie Verbleibdauer des ZGA am Marzahner Standort hatte die Anfrage des *nd*-Journalisten für seinen Artikel „Ein Retter in Not“² dortselbst erbracht. Die *Mitteilungen* Nr. 63 des „Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.“ hatten darüber berichtet.

Die Realität holte uns nicht Jahre, sondern vier Wochen später unerbittlich ein. Am 20. Februar 2023 gab es dafür das entscheidende Gespräch bei Herrn Vierthaler, dem zwar für die Belange unseres ZGA aufgeschlossenen Generaldirektor der Stiftung Oper in Berlin, mithin jedoch dem neuen Hausherrn der Immobile, in dem sich unser ZGA befand: Am 31. Mai 2023 musste die von uns genutzte Halle für drängende Stiftungsnutzung besenrein übergeben werden. Der Zwang des rechtlich und vor allem bautechnisch Faktischen, die vorausgegangene Raumkündigung durch die Abteilung Weiterbildung, Kultur, Soziales und Facility Management des Marzahn-Hellersdorfer Bezirksamtes unter Leitung von Dr. Torsten Kühne / CDU zum 31.12.2021³, fehlende Verhandlungsmacht und die Vorstellung, zu retten was zu retten ist, waren unsere Prämissen. Drei Monate Zeit für zweieunddreißigtausendneunundsiebzig Ordner und Archivkisten. Dazu vier

- 1 Über die Geschichte der ZGA-Sammlungen und die Inhalte der Überlieferungen, wurde in den *Mitteilungen* des Förderkreises der Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. berichtet in Heft 45, März 2014, S. 5-12; veröffentlicht auch unter <http://archive.fabgab.de/hefte40/mitteilungen-nr-45/>.
- 2 „Ein Retter in Not. Im Osten Berlins kämpft ein einzigartiges Zeitungsarchiv ums Überleben“, *nd*, 23. Januar 2023, S. 10., <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1170371.zeitgeschichtliches-archiv-ein-retter-in-not.html>, Bezahlschranke. Nachdruck in den *Mitteilungen* Nr. 63, März 2023.
- 3 Am 23. Februar 2022 forderte daraufhin eine Mitarbeiterin der Abteilung Facility Management in den Archivräumen die Begleichung der seit Januar 2022 von uns nicht mehr gezahlten Betriebsnebenkostenpauschale und drohte die Zwangsräumung an. Diese Abteilung war durch uns im Oktober des Vorjahres, im Interesse der Rettung der Sammlungen und im Hinblick auf die laufenden Archiv-Übertragungs- und Beräumungsbemühungen sowie unsere finanziell defizitäre Situation, erfolglos um Erlass der Forderungen gebeten worden. (Vgl. *Junge Welt*, 02.03.2022, Seite 3 „Arbeit im Schlamm“ <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/421758.historie-arbeit-im-schlamm.html>, Bezahlschranke).

Meter hoch, auf 70 Quadratmetern gebundene Zeitungsjahrgänge plus Vor- und Nachlässe von Presseartikelspezialsammlungen.

Wir berechneten die riesigen Quantitäten der Einzelsammlungen. Zwei Pläne entstanden: Der die grob definierte Sammlungswertigkeit berücksichtigende Vernichtungsplan und der Packplan für mögliche Abtransporte, beides in einem Beräumungsplan mündend. Kurz: Alles stellte darauf ab, soviel als möglich von diesem unikaten Archiv (ca. 27,5 Mio. Einzelartikel) zu retten, die Vernichtung so lange wie möglich hinaus zu zögern und die in der Datenbank erfassten Ordner mit Ihren 1.929.176 Presseartikeln – DDR/ BRD/ West-, Ost- und Gesamtberlin – die sogenannten Rotpunktordner, bis zum Schluss zu erhalten.



Im März-Heft der *Mitteilungen* 1923 hatten wir unseren geplanten letzten Versuch avisiert, das ZGA in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und über die vielfältigen und umfangreichen Anstrengungen in allen Bundesländern informiert.⁴ Das in der Stadt Halle geplante „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ war am 8. März 2023 unser allerletzter Versuch. Zu unserer Überraschung, ob der Zuständigkeit, meldete sich dazu die Dienststelle des Ostbeauftragten der Bundesregierung. Jedenfalls auch von dort: Klare Absage. Es war nun Mitte März 2023. Bei all unseren Bemühungen wurde deutlich: In der BRD ist kein Platz für die ZGA-Presseauschnittsammlungen zur deutsch-deutschen Geschichte. Nach mehr als einem Jahr war die Zeit überreif, die Suche hier aufzugeben und sich in der Welt umzuschauen. Es wird Länder geben, in denen man aus Interesse an deutsch-deutscher Geschichte Platz haben

4 Besonderer Dank gilt Prof. Günter Benser und Kurt Metschies, die mit ihren profunden Kenntnissen der Archivlandschaft und ihren Kontakten die umfangreichen Rettungsbemühungen mit ermöglichten.

wird. Davon gingen wir aus.

2022, ein Jahr zuvor, erinnerten wir uns, nahm unser ZGA am deutschlandweiten Archivtag teil. Jenes Archivwochenende am 5. und 6. März 2022 hatte unserem kleinen Archivkollektiv, ob seiner vielen Besucher und vieler guter Gespräche Mut gemacht. Zu diesem Zeitpunkt hatten uns ja bereits die Ablehnungen der ZGA-Übernahme der Staatsbibliothek, des Bundesarchivs via Leibnitz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), des Hauses der Geschichte und anderer Stiftungen erreicht; auch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Frau Claudia Roth, gefolgt von der R.-Havemann-Gesellschaft waren keinerlei Hilfe. Noch konnten wir nicht wissen, dass der Archivtag der Ausgangspunkt für die Lösung unserer Probleme werden sollte. Wir wähten uns mit dem 2022er Archivtag noch in der Lage, die Sammlungen des ZGA in der Bundesrepublik Deutschland komplett oder in Teilen unterzubringen. Vom Berliner Kultursenat gab es ja aktuell die beruhigende Auskunft, dass mehrere Jahre zur Verfügung stünden, bis die vom ZGA genutzte kommunale Immobilie von der Opernstiftung benötigt werden wird. Und mit dem Kultursenat, dem „Händler“ dieser Immobilie, glaubten wir einig werden zu können, denn in der Antwort des Kultursenats auf eine kleine Anfrage wurde mitgeteilt: „Es ist verabredet, dass das ZGA bis auf Weiteres – mindestens bis zur Entwicklung der Immobilie – in den Räumlichkeiten verbleibt.“⁵

Unser Berater und Kommunikator, der wissenschaftliche Archivar Kurt Metschies und der Autor dieses Beitrages als Vertreter des Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V. (BBB e. V.), dem Trägerverein des ZGA, führten am Wochenende dieses Archivtages viele Gespräche; das Fachpublikum war durch uns informiert, einige Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen hatten sich im Vorfeld der Not des ZGA angenommen⁶ und viele besorgte Bürger waren gekommen. Dergestalt wohlgemut gestimmt, hatten wir hernach über das Jahr 2022 in das Jahr 2023 hinein unsere ZGA-Werbe- und Rettungskampagne im gesamten Bundesgebiet verstärkt, insbesondere unter den Landes- und Universitätsbibliotheken. Mit über 80 Jahren unermüdlich am Telefon: Kurt Metschies.

Die Option einer Übernahme des ZGA durch Quirin Graf Adelman von Adelmansfelden, er betreibt u.a. das Berliner „DDR-Museum“, war zu diesem Zeitpunkt zwar noch aktuell, in der Sache hatten wir jedoch nicht mehr den Eindruck engagierten Interesses. Möglicherweise sprengten auch Charakter und Nutzungsanforderungen des ZGA den Rahmen seines kommerziellen Firmengeflechtes, das neben dem Museum besteht. Spätestens im Herbst 2022 wurde diese

5 Drucksache 19/ 11 400, Seite 6. Dort auch die Mitteilung: „Am 15. April 2021 hat der Portfolioausschuss des Landes Berlin die Clusterung der Liegenschaft Premnitzer Straße 12 zur Nutzung durch die Stiftung Oper in Berlin beschlossen.“

6 <https://www.zga-berlin.de/>.

Option hinfällig; explodierende Baukosten in Deutschland hinderten seinen Hallenneubau, in den auch das ZGA hätte einziehen können. Zum Archivtag hatten wir noch an diese Lösung geglaubt.

Wunderbar wäre eine Übernahme durch den Lausitzer Verein „Neufert-Bau Weißwasser e. V.“ gewesen. Der Verein fragte im Gefolge unseres Archivtages an und bot sein wunderbares Industriedenkmal-Gebäude auf, für das er eine Anker-nutzung suchte, der weitere Nutzungen hätten folgen können.⁷ Die Notwendigkeit neuer ZGA-Trägerschaft, der finanzielle Aufwand für die Ertüchtigung dieses Gebäudes für das Archiv und der Transport dorthin, waren leider nicht erfüllbar. Monate später nun vollendete sich unsere ZGA-Geschichte, wobei sich unser kleines Archivkollektiv vor dem Hintergrund zusammengebrauter internationaler und hiesiger innenpolitischer Lagen entschieden hatte, über die finale Rettung des ZGA erst nach erfolgreicher Realisierung des Projektes zu berichten. Bis dahin war das Presseauschnittarchiv des ZGA gleichsam auf dem „Langen Marsch“.

Im Spätherbst 2023 war es soweit. Die Presseartikelsammlungen, darunter alle Rotpunktordner sind an ihrem Bestimmungsort in der Volksrepublik China angekommen. Die Shanghaier International Studies University (SISU) wird unser ehemaliges Archiv in ihrer Bibliothek weiter betreiben. Damit ist nun die Zukunft der Sammlungen wieder offen und das kam so:

Am 22. März 2023 um 6 Uhr in der Frühe schrieb Dr. Wachowitz an Frau Wang Juan eine Mail. Frau Wang hatte im Jahr zuvor unseren Archivtag besucht, arbeitete damals im chinesischen Kulturzentrum und war begeistert vom ZGA (s. Foto S. 21: Frau Wang und unser Vereinsmitglied Kurt Metschies).

Die Mail erreichte Frau Wang, als mit der Vernichtung des ZGA bereits begonnen werden musste. Am selben Tag um 16 Uhr kam ihre Antwort. Ein Sturm der Hilfsbereitschaft brach los. Frau Wang hatte kurzentschlossen die Nachricht von der drohenden Vernichtung des ZGA nebst Kontaktdaten in WeChat, dem in der Volksrepublik üblichen Messenger Dienst, veröffentlicht. Hunderte Mails und Telefonanrufe aus China, den USA, westeuropäischen Ländern, Neuseeland, Taiwan, WhatsApp-Anfragen in Deutschland lebender Chinesen, Studenten vor allem, waren in den nächsten Tagen und Wochen die Folge. Zugleich meldeten sich Wissenschaftler chinesischer Universitäten, Germanisten zuvorderst, die Peking Nationalbibliothek, die Xinhua Nachrichtenagentur, Korrespondenten des China News Service, dortige Zeitungen – kurz: Es war überwältigend, diese solidarische Welt betreten zu haben. Es waren Übernahmeabsichtserklärungen und Anfragen danach, wie geholfen werden kann.

In diesen intensiven Wochen wurde unserem kleinen Archivkollektiv ganz

7 Neufert-Bau Weißwasser e. V., <https://www.neufertbau.de/>.

praktisch verdeutlicht, was von dem politischen Narrativ der chinesischen Unterwanderung und Einflussnahme⁸ zu halten ist: Eine Schülerklasse bot Fundraising an und schrieb: „Hallo! Wir sind eine Gruppe von Schülern einer internationalen Schule in Shenzhen, China (BASIS International School Shenzhen). Wir teilen eine gemeinsame Begeisterung für Geschichte und wissen, wie wichtig die Bewahrung historischer Primärquellen ist. Wenn wir hören, dass Ihr Archiv mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, bieten wir Ihnen gerne unsere Unterstützung an. Um die Informationen zu bewahren, ob digitalisiert oder in Papierform. Wir können Sie bei der Digitalisierung der Dokumente finanziell unterstützen und einen Teil der Papierdokumente zu beliebigen Themen übernehmen. Außerdem sind wir nicht nur an Berichten über China interessiert, sondern auch an Berichten über andere europäische Länder wie Polen während des Kalten Krieges. Wir haben Unterstützung von Eltern und Schulgemeinschaften.“

Walton Yan von der Universität Chicago dankt für „unsere heldenhaften Bemühungen, die Archive für so viele Jahre zu bewahren“ und fragt an, ob wir einer Verschiffung in die Vereinigten Staaten zustimmen würden.

Aus der Provinz Hunan bot die Doktorandin Hu Huan die leere Wohnung ihrer Eltern an und bedankte sich für alles was wir für dieses Archiv getan haben. Zu diesem Zeitpunkt war in China und unter den Auslands-Chinesen noch nicht die Größe des ZGA bekannt. Das holten wir schnell nach und jede Post wurde sogleich beantwortet.

Die Promotionsstudentin an der Ludwig-Maximilians-Universität München Lili Li schrieb, dann schon mit Bildern unserer Archivwebseite vor Augen: „Vielen, vielen Dank für die Rettungsarbeit! Früher hatte ich mich gefragt, wo es solche Pressearchive gibt. Im Archiv des politischen Archivs und des Bundesarchives sind die Presseauschnitte oft unvollständig. Jetzt weiß ich zumindest, dass es solche Archive gibt und dass sie überlebt haben.“

Zhu Haiwei von der Technischen Universität Chemnitz: „Ich bin dankbar für Ihr Engagement für die Erhaltung der historischen Archive, die es uns ermöglichen, die Erinnerungen an die Vergangenheit durch die Geschichte zu entdecken“ und er möchte einiges als „einzigartige Erinnerung an Deutschland“ mit nach China nehmen.

Auffällig war die Breite der Fachrichtungen der chinesischen Interessenten, wie den Texten der Mails zu entnehmen war. Es waren chinesische Germanisten,

8 Vgl. *SPIEGEL*, Peter Müller: „Wie China die EU unterwandert“, 03.02.2018, <https://www.spiegel.de/spiegel/europaeische-union-eine-studie-zeigt-wie-china-die-eu-unterwandert-a-1191056.html>; Capital, Marina Zapf: „Chinas heimlicher Feldzug gegen den Westen“, 11.06.2020, <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/chinas-heimlicher-feldzug-gegen-den-westen>; *WELT*, Leonard Landes, Lennart Pfahler: „Die versuchte Unterwanderung“ 29.04.2023, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus245040816/China-und-Deutschland-Die-versuchte-Unterwanderung.html> usw. usf.

Sinologen, Historiker, Kulturgeschichtler, Literaturwissenschaftler, Interkulturelle Kommunikationswissenschaftler, oft spezialisiert auf Deutschlandstudien, Museologen, Archivwissenschaftler, Politik- und Rechtswissenschaftler, Kunstgeschichtler, Digitalgeisteswissenschaftler, Forscher der Medienphilosophie und der Geschichte des Journalismus.

Unter den Universitäten und Bibliotheken war die SISU, die Shanghai International Studies University, am schnellsten. Am 23. März 2023, d. h. vierundzwanzig Stunden nach der WeChat Nachricht von Frau Wang kam eine Mail von Prof. Dr. Hu, die das Interesse der Universität bekundete und nach meiner Antwort abends dann die Zusage: „In meinen Augen ist Ihr Archiv eine wahre Fundgrube bzw. Schatztruhe, aus der die zeitgeschichtliche Forschung unendlich profitieren kann. Ich glaube auch, dass es zu einer Universität bzw. Forschungseinrichtung gehört, wo Menschen mit starkem Deutschlandbezug tätig sind. Ich kann Ihnen im Namen meiner Universität jetzt schon sagen: Wir, d. h. die Bibliothek der Shanghai International Studies University, brauchen es und werden es übernehmen ... Eine kleine Bitte habe ich noch: Könnten Sie die Teilvernichtung ein wenig aufschieben? Ich brauche nämlich ein wenig Zeit.“ Und so kam es. Wir stellten die widerwärtige Vernichtungsaktion sofort ein. Unter denen, die in der Volksrepublik China über WeChat von unserem tragischen ZGA erfahren hatten, waren auch Vertreter von privaten Unternehmen, die die SISU kannten und ermöglichten, dass dieses gewaltige logistische Vorhaben erfolgreich realisiert wurde und wir den Hallenbesenreinübergabe-Termin zum 31. Mai halten konnten.

Der Leser vermag selbst zu beurteilen, wie angesichts des internationalen Interesses an den Beständen, deren Wert dort sofort erkannt wurde und angesichts der weltweiten Hilfsbereitschaft, der Umgang deutscher Instanzen mit dem ZGA zu bewerten ist.

Die Presseartikelsammlungen des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte (DIZ), des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft (IPW),⁹ die wir vom ZZf Potsdam¹⁰ übernommen hatten, gingen nun komplett an die SISU, ebenso das Bio-Archiv der Zeitung *Der Morgen*, Spezialsammlungen aus dem Bereich der Vor- und Nachlässe und die von uns Länderarchiv genannte Sammlung, die uns vom Verlag Neues Deutschland übergeben worden war. Darunter befindet sich der komplette Bestand der Presseartikelsammlungen, die als Rotpunkt-Ordner in der ZGA Datenbank erfasst sind, das heißt gewichtige Teile der Bereiche BRD/

⁹ Siehe <https://www.zga-berlin.de/ipw-sammlung>.

¹⁰ Von den ehemaligen Presseauschnittsammlungen des DIZ/IPW zur deutsch-deutschen Geschichte gibt es weiterhin „... 4.000 Ordner Zeitungsausschnitte zu mindestens 30.000 Personen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft der beiden deutschen Staaten aus dem Zeitraum von 1946 bis 1992“ im ZZf Potsdam. Vgl. <https://zzf-potsdam.de/de/bibliothek/die-sondersammlungen-im-zzf/biographisches-archiv-der-ipw-presseauschnittsammlung-bioarchiv>. Dieses Bio-Archiv gehörte nicht zum Bestand des ZGA.

DDR/Ost-West- und Gesamtberlin sowie der Teil der IPW-Ordner zur DDR. Vom Segment Länder der Erde waren leider bereits über 20 m³ Ordner der Vernichtung anheimgefallen, mithin die Sicht ost- und westdeutscher Journalisten auf die Länder der Erde dieser Zeit.¹¹

Mit einer letzten großen Anstrengung assistierte unser kleines Archivkollektiv den jungen Leuten der chinesischen Spedition, die Ordner und Archivkisten des ZGA systematisch geordnet in über dreitausend Transportkisten zu füllen, zu labeln und auf Europaletten gestapelt zu foliieren, so dass alles den Transportanforderungen übers Meer gewachsen war. Parallel erfolgte der Abbau der Regalanlagen. Für uns zuvor unvorstellbar: Nur fünf Tage lief dieser Einsatz und das in atemberaubender Geschwindigkeit. Dazu anhaltend gute Laune im internationalen Team, auch die chinesische Geschäftsführung zog Hubwagen. Unser kleines Archivkollektiv schaffte altersbedingt nur sechs Stunden am Tag. Zwei Tage vor dem Hallen-Übergabetermin waren wir fertig.

Über die Abgabe der gebundenen Zeitungen und sonstigen Sammlungen führten wir nicht Buch und grundsätzlich konnten wir für Lückenergänzungen von Zeitungsjahrgängen oder angeforderte Vorabbeschreibungen der Titel, z. B. der Propagandabroschüren aus der Zeit des Kalten Krieges u. ä. Materialien, nicht zur Verfügung stehen. Nur Selbstaholer und damit auch Einrichtungen, die neben wissenschaftlichem Interesse, Verständnis für unsere Lage bezugeten, kamen zum Zuge und so findet man heute z. B. unsere digitalisierten Zeitzeugeninterviews in der Stiftung Berlin Museum, anderes auch in Bayern, im Schwarzwald oder Berlin und das Konvolut „Schriften im Kalten Krieg“ in London. Alles was an Zeitungen über die Filmkunst der DDR vorhanden war, holte die „DEFA Film Library at University of Massachusetts“ ab und das große Pressebildarchiv ging an die Bildabteilung der Stiftung Berlin Museum und vor allem an die Gruppe „DDR-Fotoerbe“, die vordem schon das Bildarchiv des Berliner Verlages vor der Vernichtung bewahrt hatte und der kleine, irgendwie im ZZF Potsdam übrig gebliebene und von uns übernommene Artikelbestand des Deutschen Wirtschaftsinstituts/ Prof. Jürgen Kuczynski, holte das Berlin-Brandenburgische Wirtschaftsarchiv e. V. ab.

Der Wiederaufbau der Sammlungen in der chinesischen Universitätsbibliothek soll würdevoll erfolgen, hörten wir und nimmt sicher geraume Zeit in Anspruch. Die SISU besticht übrigens durch ihre einmalige Architektur. Ihre Institute arbeiten in Gebäuden, die in verschiedenen Baustilen der Welt errichtet wurden.¹² Die Sammlungen unseres ehemaligen ZGA wird man für Lehre und Forschung der SISU selbst nutzen und sicher im Verbund des China Academic

11 Siehe: <https://www.zga-berlin.de/kontemplation> und <https://www.zga-berlin.de/kontemplation/38-kontemplation-sub/392-vernichtung>.

12 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Fremdsprachenuniversit%C3%A4t_Shanghai.

Library and Information System (CALIS) zur Verfügung stellen. CALIS hat in China zum Ziel, landesweit akademische Bibliotheksressourcen und Bildungsdienstleistungen zu verbinden, digitale Hochschulbibliotheken zu entwickeln, zum Nutzen für Chinas Hochschulbildung als auch für die Grundausbildung. CALIS soll aber auch die globale akademische Kommunikation fördern, was für die Zukunft hoffen lässt.

In Deutschland wirft unsere Rettungsaktion derweil einen neuen Schatten. Anfang Januar 2024 erhielt der Autor dieses Beitrages Post vom Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf nach Hause. Frau Sachbearbeiterin Roloff, die 2023 mit Archiv-Räumung drohte, sieht sich nun gehalten, für die Abteilung Schule, Sport, Weiterbildung, Kultur und Facility Management unter Leitung von Herrn Stadtrat Stefan Bley (CDU) 26.583,75 Euro als private Nutzungsschädigung für die Archivhalle zu fordern. Es sei die mit der seinerzeitigen Kündigung angedrohte Forderung, die nun von Dr. Wachowitz für die Zeit vom 01.01.2022 bis 31.05.2023 für die Archiv-Räume gefordert wird – Räume, die seit Anbeginn vordem für das ZGA 16 Jahre lang mietfrei waren – mietfrei auf der Grundlage eines Beschlusses der Bezirksverordneten (BVV), der das Engagement von gemeinnützigen Einrichtungen mit herausragendem Engagement für das soziale und kulturelle Leben im Stadtbezirk honorierte und dem die damaligen politischen Leitungen des Bezirksamtes folgten. Auf meine ungehaltene Anfrage die Mitteilung, dass das Bezirksamt in der Sache, ob einer haushaltsrechtlich belastbaren Lösung, mit der Senatsfinanzverwaltung in Abstimmung und das Forderungsschreiben bis dahin gegenstandslos sei.

Zu erwarten ist möglicherweise auch die Forderung der anfangs erwähnten pauschalen Nebenkosten. Zwar beschloss die BVV, auf einstimmige Empfehlung ihres Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen, Liegenschaften am 19. Mai 2022 über Parteigrenzen hinweg und ebenfalls einstimmig, das Bezirksamt zu ersuchen, den betriebskostenfreien Verbleib des ZGA bis zum Umzug dieser Einrichtung in neue Räume zu unterstützen, d. h. ohne Zahlung der Pauschalkosten und sich hernach gegenüber dem Senat für den temporären miet- und betriebskostenfreien Verbleib des Archivs einzusetzen. Da aber auch unser diesbezüglich erinnerndes Gesuch um Unterstützung vom 1. Juni 2023 an den neuen Stadtrat ohne Antwort des Bezirksamtes blieb, auch sein Vorgänger, Stadtrat Dr. Kühne (CDU), (heute Berliner Staatssekretär für Schulbau und Schuldigitalisierung) sich nicht äußerte, wird mit einer zusätzlichen Geldforderung von zuletzt 12.389,56 Euro zu rechnen sein. Das sind existenzgefährdende Summen.

Epilog

Ich denke an den inhaltlichen Wert und den Wert der Sammlungen, der sich aus ihrer wissenschaftlichen Systematik ergibt und an die ungefähr 6.000 Kolleginnen und Kollegen, die in drei Jahrzehnten in unserem Verein Artikel in der Datenbank erfassen oder als gehörlos geborene Menschen Dokumente digitalisierten oder Ordner restaurierten und ich bin sehr froh, dass wir die Presseauschnittsammlungen unseres ehemaligen ZGA in eine Zukunft gerettet haben, in der sie gebraucht werden und für die unsere Anstrengungen nicht umsonst waren. Ganz besonders glücklich mit diesem Ausgang bin ich nicht. Vermutlich ist mit einem Zugriff auf die nun in der Volksrepublik China beheimateten unikaten Sammlungen für das Fach- und interessierte Publikum aus der heutigen BRD, unter den hiesigen politischen Verhältnissen eher nicht zu rechnen. *DER SPIEGEL* goutierte diesbezügliche Ampelpolitik, gerade als die Sammlungen noch ihren Weg auf hoher See nahmen: „Der ‚direkten Einflussnahme‘ Chinas auf Wissenschaft und Lehre müssten ‚klare Grenzen‘ gesetzt werden, sagte Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) dem *Handelsblatt*.“¹³

Warten wir die Zukunft ab! Mit dem Wiederaufbau der durch uns archivalisch hervorragend aufgearbeiteten Presseartikelsammlungen deutsch-deutscher Geschichte von 1945 bis 1992, in einzigartiger thematischer Tiefe strukturiert, sind die Voraussetzungen ihrer Überführung in das digitale Zeitalter gegeben und politisch können neue Bedingungen entstehen.

Harald Wachowitz

13 *SPIEGEL*: „Chinesischer Einfluss an deutschen Unis. Bundesregierung drängt auf Stopp der Zusammenarbeit mit Konfuzius-Instituten“, 29.06.2023; <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/konfuzius-institute-bundesregierung-will-chinesischen-bildungseinrichtungen-grenzen-setzen-a-12c90c21-0621-4800-968b-d30d55d32808>.

Bibliotheken und Gedenkstätten

Das Karl-Marx-Haus – historisch-politischer Lernort mit internationaler Strahlkraft

1. Einführung

Das Karl-Marx-Haus ist Teil der Friedrich-Ebert-Stiftung und dort eingebunden in die Abteilung Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) und dessen Netzwerke. Ausgerichtet ist das Haus an den Grundwerten der sozialen Demokratie und bietet parteiübergreifend Veranstaltungen zu sozialen und politischen Fragen. Wir arbeiten mit unterschiedlichen lokalen und regionalen Partnern zusammen und sind Ansprechpartner für Medien und Wissenschaft. Das Karl-Marx-Haus ist historisch-politischer Lernort mit internationaler Strahlkraft. Öffnungszeiten, Preise, Veranstaltungshinweise etc. kann man der Webseite des Hauses entnehmen: www.karl-marx-haus.de.

Erst 1904 spürte der Sozialdemokrat Friedrich Schnetter auf, dass es sich bei dem Barockgebäude aus dem Jahr 1727 um das Geburtshaus von Karl Marx handelte. 1928 erwarb die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) das Haus aus Privatbesitz. Nach der Beschlagnahme durch die NSDAP 1933 und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam die SPD 1950 wieder in den Besitz des Hauses. 1968 übergab die SPD das Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Seit der Entdeckung des Hauses als Geburtsort von Karl Marx ist es zu einem geschichtspolitischen Symbol mit wechselvoller Geschichte geworden und stellt das entscheidende Objekt und den zentralen Referenzpunkt der Ausstellungen dar. Das Haus beherbergte seit der Nachkriegszeit verschiedene Marx-Dauerausstellungen, die immer wieder aktualisiert, modernisiert und erweitert wurden. Zum 200. Geburtstag von Karl Marx erhielt das Haus 2018 eine völlig neu konzipierte und neu gestaltete Dauerausstellung mit dem Titel „Von Trier in die Welt. Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute“.¹

2. Konzept

Alleinstellungsmerkmal des Karl-Marx-Hauses ist der historische Ort, an dem die Biografie von Karl Marx, das wissenschaftliche Werk mit seinen vielschichtigen Themen sowie die globale Wirkung bis in unsere Gegenwart ihren Anfang nah-

1 Siehe Christoph Herkströter: Karl Marx im Museum der Gegenwart. Das Karl-Marx-Haus in Trier und seine Dauerausstellungen im historischen Wandel 1968-2018, Bonn 2020.

men. Obwohl Karl Marx in dem Barockgebäude nach seiner Geburt nur rund einhalb Jahre lebte, zieht die Aura des authentischen Ortes Menschen aus der ganzen Welt an. Sie wollen den Geburtsort des Mannes erkunden, dessen Gesellschaftsanalyse und Kapitalismuskritik die Welt geprägt hat wie kaum eine andere. Ohne Schönfärberei entideologisiert die Ausstellung die Biografie, das Werk und die Wirkung von Marx. Es geht um einen unvoreingenommenen Blick auf Karl Marx als Mensch, Universalgelehrten und Aktivisten mit weltweiter Wirkung und um die Thematisierung eines ambivalenten Erbes, um zu ermitteln, was heute noch analytisch relevant und diskutierbar ist.

Die drei zentralen Ausstellungseinheiten Biografie – Werk – Wirkung stellen Marx in einen globalen Kontext. Allein die Biografie mit den Exilerfahrungen spiegelt das transnationale Netzwerk wider, in dem sich Marx und seine Familie bewegten. Die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen im Europa des 19. Jahrhunderts, aber auch die intellektuellen Impulse der europäischen Zeitgenossen beeinflussten Marx' Werk. Schließlich begann die Wirkungsgeschichte von Marx' Werk bereits zu seinen Lebzeiten und wirkte in die Welt. Die verschiedenen Lesarten und Interpretationen des „Marxismus“ haben die Welt seit dem 19. Jahrhundert nachhaltig verändert – mit all ihren Licht- und Schattenseiten.

Die Ausstellung lebt von ihrer modernen und übersichtlichen Gestaltung, die ein sehr komplexes Thema umfasst, ohne den Besucher zu drängen, viele Texte zu lesen – obwohl es die Möglichkeit gibt, viele Informationen zu erhalten. Ausgewählte Originalobjekte wie zum Beispiel Erstausgaben des „Manifests der Kommunistischen Partei“ oder des „Kapitals“, der Lesesessel von Karl Marx oder eine Marx-Engels-Bronzestatue von Gustav Seitz (1906-1969) bereichern die Ausstellung.

Das Museum ist auch digital aufgestellt. Es bietet auf seiner Website einen virtuellen Rundgang durch das gesamte Museum und Hintergrundinformationen. Mitarbeitende des Museums stellen ihre Lieblingsobjekte vor. Das digitale Angebot wurde 2023 um einen Online-Museumsshop ergänzt, in dem unter vielem anderen auch der Ausstellungskatalog mit zahlreichen Essays erhältlich ist (<https://karlmarxhaus.ticketfritz.de/>). Eine Museums-App wurde entwickelt, die im Lauf des Jahres 2024 an den Start gehen wird.

3. Das Museum

a) Erdgeschoss

Im Auftaktraum empfängt die Besucher_innen ein Wandgraffito. Dieses Graffito greift die zentralen Aspekte der Ausstellung – Leben, Werk und Wirkung – heraus und gruppiert die Themen rund um ein großes, ausdrucksstarkes Marx-Portrait.

Der Biografieraum widmet sich Karl Marx und seiner Familie. Es geht um seine Herkunft aus Trier und sein Leben als „Staatenloser“ im Exil. Die Biografie wird anhand der Orte erzählt, an denen er und seine Verwandten zwischen 1818 und 1883 lebten: Trier, Bonn, Berlin, Köln, Paris, Brüssel und London. Ein Sanduhrenmodell präsentiert raumgreifend die verschiedenen Stationen und die Dauer der Aufenthalte. Die entsprechenden Informationen zu den einzelnen Orten hält ein Großmonitor bereit. Ein Stammbaum an der Wand zeigt die Familiengeschichte bis zur Gegenwart. Ein Familienalbum thematisiert auch die Geschichte des Sohnes Frederick von der Haushälterin Helene Demuth, dessen Vater vermutlich Marx war. Frederick musste in einer Pflegefamilie aufwachsen, und in den Arbeiterbewegungen wurde diese Vaterschaft tabuisiert.

Im Erdgeschoss werden in einer Videoinstallation auch die Geschichte des Hauses sowie die Entwicklung der verschiedenen Ausstellungen des Hauses gezeigt, um der Aura des Ortes gerecht zu werden. Es ist offensichtlich, dass die kurze Zeit, in der Marx hier als Baby und Kleinkind lebte, keineswegs sein späteres Werk und Wirken beeinflusst haben. Aber auf der anderen Seite ist das Haus der Ausgangspunkt und als solcher eine Tourismusattraktion mit großer Ausstrahlung. Das Haus stellt sozusagen das Zentralobjekt dar.

b) Erstes Stockwerk

Im ersten Stockwerk widmen sich die ersten Ausstellungsräume dem Werk von Karl Marx und seiner Art zu arbeiten. Hier werden seine wichtigsten Arbeitsfelder gezeigt: Philosophie, Sozialwissenschaft, Ökonomie und Publizistik.

Wie Charles Darwin die Gesetze der Evolution erforschte, beanspruchte Marx, die gesellschaftliche Weltformel zu entschlüsseln. Es ging ihm darum, die Welt zu begreifen: Denn nur wer ihre Strukturen kennt, kann die Welt verändern und die Menschen aus unfreien Lebensverhältnissen befreien. Es ist eine Kritik an den zeitgenössischen Wissenschaften, Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und Kritik durch Analyse des Kapitalismus.

Zutiefst von der Richtigkeit seiner Ansätze überzeugt, las und schrieb Marx bis zum Tod 1883 unermüdlich. Trotz vielfältiger Unterstützungen verlor er sich bei vielen Projekten in Details, manches blieb widersprüchlich, vieles fragmentarisch und unveröffentlicht. Sein Werk ist der vielschichtige Versuch, den Sozialismus wissenschaftlich zu begründen, doch keine Anleitung zur Überwindung des Kapitalismus.

Ein „lebendiges Buch“ ermöglicht den Gästen sich durch Marx' Schaffen in Ausschnitten zu blättern: Bei jedem Umblättern starten Videoeinspielungen mit animierten Textpassagen automatisch und eröffnen ein Verständnis für die Ideen von Marx. Eindrückliche Objekte und Reproduktionen in dieser Ausstellungseinheit demonstrieren die Popularisierung von Marx' geschichtsphilosophischem

Denken. Aber auch die Rolle von Jenny Marx, deren Zusätze im Manuskript des Kommunistischen Manifests zu sehen sind, lässt sich erkennen.

Ein eigener Raum ist der Arbeitsweise von Karl Marx gewidmet. Er zeigt seinen exzessiven Arbeitsfuror, in dem er Texte und Themen aus allen Wissensgebieten las und exzerpierte. Ein dichtes Netzwerk aus Briefpartnern und Briefpartnerinnen, die permanente Unterstützung durch die Ehefrau Jenny und durch die Töchter Jenny, Laura und Eleanor sowie der ständige Austausch mit Friedrich Engels machten diesen Produktionsprozess erst möglich. Gleichzeitig waren diese Arbeitswut und der Rückzug in die Lesesäle der Bibliotheken eine Flucht aus familiären Bedrängnissen und häuslicher Enge.

Zwar hatte Karl Marx bis zu seinem Tod 1883 eine gewisse Breitenwirkung erreicht, doch eine umfassende, tiefgreifende Aneignung, Rezeption und Wirkung setzte erst nach seinem Tod ein. Diese Situation bildet daher auch den Ausgangspunkt für den Übergang, um sich im Karl-Marx-Haus intensiv mit der Wirkungsgeschichte zu befassen. Im entsprechenden Raum befindet sich der Lesesessel aus Marx' Londoner Privatwohnung. In ihm verbrachte Marx viel Zeit, und er ist 1883 (sehr wahrscheinlich) auch in diesem Sessel gestorben – seine Ideen lebten dennoch weiter. Eine herausragende Bedeutung nahm in diesem Prozess der Weitervermittlung Marx' Freund und Weggefährte Friedrich Engels ein. Seine Lebensgeschichte und Werke werden daher ebenfalls in diesem Raum thematisiert. Über Friedrich Engels – freilich auch über zahlreiche weitere Akteure und Akteurinnen wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky, später Luise Zietz, Clara Zetkin – erhielt im 19. Jahrhundert die entstehende deutsche Arbeiterbewegung wichtige Impulse von Marx' Werk.

Vor dem Hintergrund der radikalen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen im 19. Jahrhundert entstanden in Europa die ersten Arbeiterorganisationen. Sie nannten sich sowohl sozialdemokratisch als auch sozialistisch. Handwerker waren zunächst die Hauptträger dieser frühen Bewegung; erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts kamen vor allem die gelernten Facharbeiter hinzu. In den 1860er-Jahren trug Marx zur Gründung der ersten internationalen Arbeiterorganisation bei. Obwohl sie sich nach kurzer Zeit auflöste, wurde sie langfristig zum Vorbild, etwa für die im Jahr 1889 gegründete Sozialistische Internationale – auch Zweite Internationale genannt.

Ab den 1870er-Jahren bis zum Ersten Weltkrieg entwickelte sich die Sozialdemokratie in Deutschland zu einer Massenbewegung. An diesem Aufstieg arbeitete Marx nicht aktiv mit, sondern beschränkte sich im Londoner Exil auf eine Beobachterrolle. Er ist vor allem zu Beginn der sich entwickelnden Bewegung nicht konkurrenzlos: Insbesondere Ferdinand Lassalle ist eine zwar umstrittene, aber charismatische Persönlichkeit der frühen Arbeiterbewegung.

Doch mit den Erfahrungen des Sozialistengesetzes zwischen 1878 und 1890

macht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Marx zu ihrem Vordenker. Seine Radikalität in der Analyse sowie die Perspektive auf den Zusammenbruch des Kapitalismus und die Befreiung durch die Arbeiterklasse schmiedeten die von Reichskanzler Otto von Bismarck verfolgte Arbeiterbewegung zusammen.

Viele deutsche Sozialdemokraten waren aufgrund ihrer Erfahrungen mit Verfolgung und Exil gut vernetzt. Einige von ihnen lernten Karl Marx persönlich kennen und verbreiteten sein komplexes Gedankengut. Aber auch an der Basis in der Versammlungsdemokratie vor Ort wurde versucht, Marx in einfacher und verständlicher Sprache zu vermitteln. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft sowie die Formel des Klassenkampfes gaben der Arbeiterschaft und den Arbeiterbewegungen Kraft für ihren Kampf gegen staatliche Verfolgung.

Die dominante Rolle der deutschen Sozialdemokratie in Europa sorgte dafür, dass marxistische Ideen die Arbeiterbewegungen anderer Länder erreichten. Marx wurde ein weltbekannter Theoretiker. Die entsprechenden Teile der Ausstellung im Karl-Marx-Haus bieten dabei zahlreiche Möglichkeiten, sich mit Hilfe von Gemälden, Abbildungen, Fahnen, Drucken und Plakaten einen Zugang zu dieser Phase der Arbeiterbewegungsgeschichte zu erschließen.

Doch im 20. Jahrhundert spaltete sich die Arbeiterbewegung. Diese Spaltung wird im anschließenden Teil der Ausstellung unter verschiedenen Aspekten und mit verschiedenen Ausstellungstechniken dargestellt. Der Erste Weltkrieg zerriss die Arbeiterbewegung. Die Oktoberrevolution 1917 in Russland schaffte zwei Lager: das Lager, das ein Räte-System befürwortete, aber letztlich eine Einparteiensherrschaft anstrebte, und das Lager, das den Sozialismus möglichst gewaltfrei im Rahmen der parlamentarischen Demokratie verwirklichen wollte.

Die russischen Bolschewiki nutzten Lenins Interpretation des marxistischen Werks, um ihre Gewaltherrschaft zu rechtfertigen. Aus der Ferne beobachteten Sozialist_innen und Sozialdemokrat_innen – insbesondere in Deutschland – diese gewaltsamen Umbrüche. Es bestärkte sie in ihrem reformorientierten Weg.

Doch die Wirkung der marxistischen Ideen war nicht nur auf diese beiden Lager beschränkt. Intellektuelle überwand Grenzen. Sie griffen in der politisch und wirtschaftlich instabilen Zwischenkriegszeit Marx' Ideen auf und verarbeiteten sie in der Philosophie, Wissenschaft, Publizistik und Kunst. Damit trugen sie zur Weiterverbreitung marxistischer Ideen bei.

Ein tief in den Ausstellungsraum hineinragender Keil symbolisiert die Spaltung der Arbeiterbewegung. Gleichzeitig machen Sichtschächte und Gucklöcher deutlich, dass trotz dieser radikalen Spaltung auch Durchlässe, neue Einsichten und Verbindungslinien existierten.

c) Zweites Stockwerk

Im zweiten Stockwerk des Karl-Marx-Hauses sind die Ausstellungseinheiten zur

Wirkungsgeschichte nach 1939/1945 bis zur Gegenwart zu sehen. Durch den Einfluss der Sowjetunion und Chinas, Entkolonialisierungsbewegungen in Afrika und Asien, die Bewegungen in Lateinamerika gegen den US-amerikanischen Einfluss sowie durch politische Bewegungen und Intellektuelle im Westen wurden die marxistischen Ideen nach 1945 globalisiert. Der ‚globale Westen‘ beschrieb jenen Teil der Welt, der sich nach 1945 mehr oder weniger eng an die USA gebunden fühlte. Diejenigen, die sich im ‚Westen‘ auf Marx beriefen, wurden oft verdächtigt, „Handlanger Moskaus“ zu sein. Westliche Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen taten sich mit ihrem Erbe schwer, Kommunisten und Kommunistinnen grenzen sich von der Sozialdemokratie ab, manche aber auch von der Sowjetunion.

Der ‚globale Osten‘ bezeichnete jenen Teil der Welt, der zum Einflussbereich der Sowjetunion gehörte oder sich mehr oder weniger an dieser orientierte. Mit der Deutschen Demokratischen Republik konnte die Sowjetunion ihren Machtbereich bis nach Mitteleuropa ausdehnen. Dabei nutzte sie Versatzstücke der marxischen Analysen zur Rechtfertigung der eigenen Herrschaft.

Der Anspruch der Sowjetunion, im Wettstreit der Systeme die kommunistische Führungsmacht zu sein, wurde ab 1949 durch Maos China herausgefordert. Die Sowjetunion und China unterstützten weltweit politische Unabhängigkeitsbewegungen ideell und materiell. Andererseits wurde, wer im ‚globalen Osten‘ Marx eigenständig las oder sich nicht konform verhielt, als Systemkritiker_in verfolgt oder sogar ermordet.

Insbesondere in den prosperierenden Gesellschaften des Westens entdeckten Studierende und Intellektuelle Marx neu. Sie griffen seine Kapitalismus- und Gesellschaftskritik und die seiner Interpreten auf und entwickelten sie weiter. Damit legten sie politische, soziale und wirtschaftliche Schwächen der westlichen Gesellschaften offen. Es ging ihnen um die Freiheit des Individuums, Demokratisierung sowie um die Grenzen des Kapitalismus. In Asien, Afrika und Lateinamerika wiederum aktualisierten politische Unabhängigkeitsbewegungen Marx in unterschiedlicher Art und Weise. Eine Abbildung einer Büste von Karl Marx in Addis Abeba – das einzige Marx-Großbildnis auf dem afrikanischen Kontinent und ein Geschenk aus der DDR – aus dem Jahr 1984, steht beispielhaft für diesen Ausstellungsaspekt.

In diesem Teil der Ausstellung im zweiten Stock werden auf mehreren Stelen mit zahlreichen Abbildungen und Fotografien so auch die Ambivalenzen des Aufstiegs marxistischer Ideen behandelt: staatliche Verfolgung und Unterdrückung auf der einen Seite, engagierter und mutiger Widerstand auf der anderen Seite.

Die Grundzüge der Wirkung von Karl Marx blieben auch in Zeiten der Blockkonfrontation bestehen: Wie vor 1945 schrecken die einen nicht davor zurück, Gewalt und Diktatur mit Marx zu rechtfertigen, die anderen streben

nach friedlichen Wegen zum demokratischen Sozialismus. Sie alle interpretierten Marx nach ihren eigenen Vorstellungen. Das Nachdenken über Marx ist noch vielfältiger, als es an der Oberfläche des globalen Ost-West-Konflikts erscheint. Weder der „globale Osten“ noch diejenigen im „globalen Westen“, die sich auf Marx beriefen, bildeten homogene Lager – von den sogenannten „Blockfreien“ ganz zu schweigen.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR erklärten viele Marx endgültig für „tot“. Dennoch blieben er und seine Ideen auch in Zeiten des globalisierten Kapitalismus relevant. Denn ohne die Gegenmächte aus der Zeit des Kalten Krieges konnte sich der Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts hemmungslos entfalten. Weltweite Liberalisierungen der Märkte für Waren, Kapital und Dienstleistungen, Privatisierungen sowie der Rückbau des Sozialstaats setzten ein und treiben bis heute politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen global voran. Die globalisierte Wirtschaft und insbesondere der globalisierte Finanzmarkt besitzen Entwicklungspotenziale vor allem für die Schwellenländer. Sie bergen aber auch Risiken und Herausforderungen für alle. Umwelt- und Sozialstandards geraten unter Druck oder werden gar nicht erst aufgebaut. Die Globalisierung wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. In der Folge gibt die Politik zunehmend die Gestaltungsmacht an die Wirtschaft ab, globale Foren verhandeln verstärkt Machtfragen.

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008 erlebt Marx eine Renaissance. 2007 platzte in den USA die Immobilienblase. Weil die Menschen ihre Kredite nicht mehr bezahlen konnten, verloren die verbrieften Immobilienkredite, mit denen international spekuliert wurde, massiv an Wert. Es entwickelte sich eine Krise des internationalen Banken- und Finanzsystems. Große Banken – wie die US-amerikanische Lehmann Brothers – riss es in den Abgrund. Trotz staatlicher Bankenrettungsschirme sprang die Krise bald auf den Nicht-Finanzsektor über. In Europa standen Staaten wie Griechenland kurz vor dem Bankrott. Hier öffnet eine Installation aus zahlreichen Monitoren, die an Börsenhandelsplätze erinnert, mit teils flackernden Bildschirmen für die Gäste des Karl-Marx-Hauses einen Zugang zu diesem Krisenkomplex.

Dieser Gegenwartsschock zerstörte die Utopie, dass der globalisierte Kapitalismus zähmbar sei. Kriege, Ausbeutung von Menschen und Umwelt sowie die Schattenseiten der Digitalisierung bedrohen soziale und politische Errungenschaften. Es motiviert Menschen, sich jetzt erst recht für eine sozial, politisch und wirtschaftlich gerechte Welt zu engagieren. Kann es da überraschen, dass „Das Kapital“ von Karl Marx einen Verkaufsboom erlebt? Ganz zu schweigen von Büchern wie Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“.

Die Ausstellung endet mit einem Blick auf unsere digitale und multimediale Gegenwart unter der Wortspielfrage: „What’s left?“. Was bleibt? – Was ist (heute

noch) links? Ein Video-Mesh-Up greift in kurzen Filmeinspielungen die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Krisen der Zeit im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sowie Reaktionen von sozialen Bewegungen auf und schneidet die Problemlagen hart gegeneinander.

4. Schlussbemerkungen

Die Ausstellung des Karl-Marx-Hauses zeigt die Arbeiterbewegungen in ihren Ambivalenzen: wichtige Trägerin von Zivilgesellschaft und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart einerseits, andererseits die Deformation unter kommunistischer Herrschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dabei integriert die Ausstellung an ausgewählten Beispielen die Sozial- und Kulturgeschichte der Bewegungen: Das macht die Geschichte anschaulich und konkret.

Darüber hinaus liegt ein weiteres Hauptaugenmerk des Karl-Marx-Hauses auf der Vermittlung von Wissen über Marx, seine Ideen und sein Wirken. Dabei differenziert die Ausstellung die Entwicklung des Marx'schen Denkens und Wirkens nach verschiedenen Epochen, Deutungen und Aneignungen. Marx wird entideologisiert, ohne ihn und seine Ideen zu entpolitisieren. Das Museum fördert so die eigene Urteilsbildung.

Das Innere des Geburtshauses von Karl Marx wird bei dieser Auseinandersetzung mit dem Leben, Werk und der Wirkung von Marx nicht rekonstruiert im Sinn, wie es vielleicht zu der Zeit gewesen sein könnte, als Marx dort lebte. Vielmehr zeigt die Ausstellung, wie über eine moderne, nicht textlastige und dennoch informative Ausstellung eine stimmige und inhaltlich reiche Ausstellung aussehen kann.

Dr. Jürgen Schmidt, Leiter des Karl-Marx-Hauses

Literaturhinweise

Zur Ausstellung:

Von Trier in die Welt. Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute. Begleitbuch zur Dauerausstellung im Museum Karl-Marx-Haus. Herausgegeben von Anja Kruke und Ann-Katrin Thomm, für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2020.

Christoph Herkströter: Karl Marx im Museum der Gegenwart. Das Karl-Marx-Haus in Trier und seine Dauerausstellungen im historischen Wandel 1968-2018, Bonn 2020.

Allgemein (Auswahl):

Peter Brandt / Detlef Lehnert: Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2023.

Jürgen Herres: Das Karl-Marx-Haus in Trier. 1727 – heute, Trier 1993.

Jürgen Herres: Marx und Engels. Porträt einer intellektuellen Freundschaft, Ditzingen 2018.

Gerd Koenen: Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017.

Angelika Limmroth: Jenny Marx. Die Biografie, Berlin 2018.

Karl Marx / Friedrich Engels: Werke – Artikel – Entwürfe. Ende August 1844 bis April 1846. (Lage der arbeitenden Klasse in England, Heilige Familie u. a.). Marx-Engels-Gesamtausgabe MEGA IV,1, Berlin/Boston 2022.

Christina Morina: Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017.

Jürgen Neffe: Marx. Der Unvollendete, München 2017.

Wilfried Nippel: Karl Marx, München 2018.

Raphael Gross / Jürgen Herres / Sabine Kritter für das Deutsche Historische Museum (Hg.): Karl Marx und der Kapitalismus, Darmstadt 2022.

Kohei Saito: Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus, München 2023.

Jürgen Schmidt: Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830-1870, Bonn 2018.

Jürgen Schmidt: August Bebel. Kaiser der Arbeiter – Eine Biografie, Zürich 2013.

Jonathan Sperber: Karl Marx. Sein Leben und sein Jahrhundert, München 2013.

Gareth Stedman Jones: Karl Marx. Die Biografie. Taschenbuchausgabe, Frankfurt am Main 2019.

Blumen für Stukenbrock e. V. :

Gedenkstättenkonzept endlich umsetzen!

Seit am 25. September des vergangenen Jahres der Kreistag von Gütersloh auf Antrag der dortigen CDU-Fraktion mit Unterstützung der AfD sich gegen eine finanzielle Beteiligung des Kreises an den Kosten der neu zu schaffenden Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung auf dem Gelände des ehemaligen Stalag 326–VI/K in Stukenbrock entschieden hat, ist die Zukunft der Gedenkstätte völlig unklar.

Zur Erinnerung:

Seit Beginn seiner Erinnerungsarbeit im Jahre 1967 setzt sich der damals gebildete Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock ununterbrochen für ein würdiges Gedenken an das Leben und Sterben der 65.000 sowjetischen Kriegsgefangenen ein, die im dortigen Stalag 326–VI/K in der Zeit von 1941–1945 zu Tode gequält und in 36 Massengräbern auf dem sich in Nähe des Lagers angelegten Gräberfeld verscharrt wurden. Jahrzehntlang blieb das Bestreben erfolglos. Erst in den 90er-Jahren gelang es dem damals geschaffenen Förderverein mit viel öffentlicher Unterstützung, eine Dokumentationsstätte auf dem Gelände des ehemaligen Stalag, jetzt Polizeischule, zu schaffen und zu betreuen.¹

Nachdem endlich erstmalig mit Joachim Gauck im Jahr 2015 ein Bundespräsident den Friedhof und die Gedenkstätte besuchte und er ein würdiges Gedenken anmahnte, entstand auf Initiative von NRW-Landtagspräsident Andre Kuper ein sogenannter Lenkungskreis von Persönlichkeiten aus der Region Ostwestfalen/Lippe, der sich für eine Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung stark machte. Bedauerlicherweise lud man den Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock aus politischen Gründen nicht zur Mitarbeit ein, obwohl Bundespräsident Gauck gerade dessen langjährige Gedenkarbeit besonders gewürdigt hatte. Es gelang dem Lenkungskreis, den Bund und auch das Land NRW in die Arbeit für diese Gedenkstätte einzubeziehen und zu überzeugen, die Kosten i. H. von 64 Millionen € zu übernehmen. Allerdings ist die Auszahlung dieser Gelder abhängig von der Übernahme der jährlich anfallenden Betriebskosten in Höhe von rund 4,6 Millionen € durch die Kreise der Region abhängig.

Ausgerechnet der Kreis Gütersloh, auf dessen Territorium Stukenbrock liegt, stellt sich nun quer, obwohl die im Kreis gelegene und von der CDU regierte Stadt Schloß Holte-Stukenbrock ihre Unterstützung beschlossen hat.

Offenbar haben die Abgeordneten der CDU im Gütersloher Kreistag den Wert

1 Vgl. Holger Czitrich-Stahl / Werner Höner: „Blumen für Stukenbrock“. Der Aufruf zum Antikriegstag 1982 und die Geschichte des Arbeitskreises „Blumen für Stukenbrock“, *Mitteilungen* 58 (September 2020), S. 11 ff.

und die Bedeutung dieser Gedenkstätte als Lernort für Demokratie und Völker Verständigung noch nicht verstanden und auch nicht den politischen Schaden erkannt, den sie durch ihr gemeinsames Abstimmen mit der AfD angerichtet haben. Es wäre schade und auch unverzeihlich im Interesse der Menschen gerade im Kreis des Gütersloh, wenn die Schaffung dieser bedeutungsvollen Gedenkstätte am Verhalten einzelner Kreistagsabgeordneter scheitern sollte.

Inzwischen gibt es eine breite Unterstützung in der Region und darüber hinaus für diese Gedenkstätte. Mehrere Kreistage haben ihre Unterstützung signalisiert. Zahlreiche Initiativen und Gedenkstätten haben ein aktives Netzwerk geschaffen, das, wie es auf einem Treffen am 12. Januar 2024 auf der Wewelsburg deutlich wurde, solidarisch und mit inhaltlichen Vorstellungen zur Mitarbeit bereit ist. Dazu gehört selbstverständlich der Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock, der auf seiner Internetseite www.Blumen-fuer-Stukenbrock.eu seine inhaltlichen Vorstellungen und Kritiken dargelegt hat.

Werner Höner

Interview mit Dr. Matthias Dohmen

Erstmals stellen wir in unserer Interviewreihe mit Dr. Matthias Dohmen (Wuppertal) ein Neumitglied unseres Förderkreises vor. Er hat mit seinen 76 Jahren eine interessante Vita aufzuweisen. Er studierte an der Universität Bonn Germanistik, Geschichte, Politik und Philosophie und schloss seine Studien mit dem Magister Artium ab. Viele Jahre war er in den 1980er-Jahren als Bonner Korrespondent der UZ tätig und begleitete seinerzeit den Besuch Erich Honeckers in der BRD. Später arbeitete er als freier Journalist u. a. für den WDR, die Deutsche Welle und den Deutschlandfunk. Darüber hinaus ist er Buchautor. Mit 66 Jahren erfüllte er sich seinen Jugendtraum und promovierte in Düsseldorf mit einer Studie zum Thema „Der Kalte Krieg und die Geschichtswissenschaft in den 1950er- und 1960er-Jahren. Die deutsche Arbeiterbewegung des Jahres 1923 in ausgewählten Darstellungen aus der DDR und der Bundesrepublik“. Die Arbeit erschien erweitert 2017 im Leipziger Universitätsverlag unter dem Titel „Geraubte Träume, verlorene Illusionen. Westliche und Östliche Historiker im deutschen Geschichtskrieg“.

Matthias, Du bist ja vor einigen Wochen Mitglied unseres Förderkreises geworden und bringst Dich sofort ein. Wie bist Du auf unseren gemeinnützigen Verein aufmerksam geworden? Was hat Dich bewogen, einen Mitgliedsantrag zu stellen?

Matthias Dohmen: Ich habe mich in meinem ersten Studium, das ich mit einer Magisterarbeit über die Einheitsfrontpolitik der KPD 1923 abschloss, in einem großen Teil meines beruflichen Lebens und in meinem zweiten Studium, an dessen Ende die Promotion stand, theoretisch mit der Arbeiterbewegung befasst. Praktisch habe ich lange Jahre der DKP und später der SPD angehört. Die Arbeit in der Hauptstadt der alten Bundesrepublik ist die intensivste und produktivste meines ganzen Berufslebens.

Welchen Eindruck hast Du von unserem Fachorgan?

In einer Zeit, in der maßgebliche Kräfte jegliche sozialistische Theorie für obsolet erklären, ist es wichtig, dass zur politischen und Ideen-Geschichte der Arbeiterbewegung weiter geforscht wird und sich die wenigen Autoren, die weiter seriös über die DDR arbeiten, austauschen.

Welche inhaltlichen und Gestaltungsvorschläge hast Du als langjähriger Redakteur und als Historiker?

Die Hefte, die ich gelesen habe, sprechen mich an, inhaltlich und gestalterisch.

Vielleicht könnte man hier und da ein Foto unterbringen, faksimiliert wird ja schon (Prokop in Nr. 64). Was sich in allen gedruckten Medien gut macht und gern gelesen wird, sind Porträts handelnder Personen. Warum erfahre ich einiges aus dem Leben von Dr. Jürgen Stroeck erst im ... Nachruf?

Was motivierte Dich, auch noch zu promovieren?

Zwischen dem ersten und dem zweiten Studium habe ich hauptsächlich journalistisch gearbeitet. Schnell, möglichst dennoch so präzise wie möglich, aber weitgehend für das Tagesgeschäft. Jetzt reizte mich die Möglichkeit (und Notwendigkeit), mich sehr gründlich umzutun, kritisch mit Literatur und vor allem schöpferisch mit Quellen umzugehen, hier und da Neues oder neu zu Interpretierendes auszugraben.

Worin siehst Du Haupttendenzen der gegenwärtigen Historiographie?

Es erscheinen zahlreiche Arbeiten niedrigen Niveaus, die beweisen wollen, dass etwa die DDR ein Unrechtsstaat war und von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das ist nicht völlig aus der Luft gegriffen, aber noch lange nicht die Wahrheit. Vor allem in der frühen DDR steckten gewaltige Potenziale, die bis ins letzte Jahrzehnt ihrer Existenz fortgewirkt haben, wie allerdings auch schon in den ersten Monaten der Sowjetischen Zone Keime des Untergangs bestanden. Zur Wahrheit gehört auch, dass das Jahr 1990 Teil eines größeren geschichtlichen Prozesses war.

Was könnte der Förderkreis tun, um jüngere Autorinnen und Autoren zu gewinnen?

Weiterarbeiten. Sich mehr um Frauen- und „quere“ Themen kümmern, ohne die Schwerpunkte zu verrücken. Mal eine Konferenz oder ein Seminar außerhalb von Berlin organisieren. Die Basis verbreitern, damit neue Ideen eingebracht werden.

Wir bedanken uns für den anregenden Austausch!

Das Interview führten Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze

Besondere Zeitdokumente

Was sagte Michail Gorbatschow im Oktober 1989 in Berlin wirklich?

Gorbatschow wurde am 6. Oktober 1989 von einem Journalisten angesichts der brisanten Stimmung in der Bevölkerung gefragt, ob er die Situation für gefährlich halte. Darauf soll er mit dem zum Klassiker avancierten Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ geantwortet haben. Bei den Montagsdemonstrationen wurde dieser Satz aufgegriffen. Der Gorbatschow zugeschriebene Satz entfaltete rasch eine enorme politische Dynamik. Kein Qualitätsmedium ließ ihn aus. Selbst in Schulbüchern wurde er kolportiert. Über die Wirkung dieses Satzes schrieb die Frankfurter Allgemeine: „Damals aber war es, als habe alle Welt auf den Spruch gewartet. Die Medien brauchten ihn, denn dies war die einzige griffige Formulierung in einem Meer von diplomatischen Konjunktiven. Und in der DDR war es ein Fanal. Der erste Dissens zwischen der DDR und der Sowjetunion. Ein Signal zum Aufbruch, ausgerechnet von der Besatzungsmacht.“¹

Claus Richter, der Mann, der den Tagesschau-Beitrag gedreht hatte (danach Redaktionsleiter des Politmagazins Frontal von 2002-2014), protestierte anfangs noch dagegen und zeigte ihn zum Beweis einem Kollegen von der dpa. Er sagte: „Schau her, die Worte sind so nicht gefallen.“² Auch der Dolmetscher Arno Lange, der Gorbatschow am 6.10.1989 vor der Neuen Wache übersetzt hatte, wehrte sich vergeblich, wenn in seiner Gegenwart behauptet wurde, diese Worte seien aus Gorbatschows Munde gekommen.

Für die Öffentlichkeit unübersehbar aber wiesen erst die Autoren des Buches „Schlüsselwörter der Wendezeit“³ im Jahre 1997 darauf hin, dass dieses Zitat nicht von Gorbatschow stammt.

Gorbatschow hatte auf die Frage eines Journalisten vor der Neuen Wache am 6. Oktober in Wirklichkeit etwas hintergründig geantwortet: „Gefahren lauern nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“⁴ Gorbatschows Sprecher Gennadi Gerassimow wählte auf der informellen Pressekonferenz am 7. Oktober folgende in Englisch vorgetragene Formulierung für die Antwort von Gorbatschow auf die Frage des Journalisten am 6. Oktober: „Those who are late will be punished by life itself.“ (Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort.)

Die Medien rätselten seit Jahren darüber, wie es wohl zu dieser Fälschung gekommen war. Eine schlüssige Antwort wurde bisher nicht gefunden. Noch unter-

1 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.07.2021.

2 Ebenda.

3 Vgl. Dieter Herberg, Doris Steffens und Elke Tellenbach: Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin 1997.

4 <https://www.n-tv.de/politik/dossier/Zitat-article535536.html>.

liegen die Akten der Gruppe „Luch“⁵ in Moskau einer strengen Geheimhaltung.⁶ Es könnte sein, dass eines Tages dort die Antwort auf die seit 1997 gestellten Fragen gefunden wird.

Am 7. Oktober auf der Veranstaltung mit dem SED-Politbüro im Schloss Niederschönhausen hielt Gorbatschow eine Rede, mit der er an seine Aussage vom Vortage anknüpfte. Sie wurde erst vier Jahre später veröffentlicht: „Die Partei muss ihre eigene Auffassung haben, ihr eigenes Herantreten vorschlagen. Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben.“⁷ Noch deutlicher wurde Gorbatschow in der folgenden Passage: „Ich halte es für sehr wichtig, den Zeitpunkt nicht zu verpassen und keine Chance zu vertun. Die Partei muß ihre eigene Auffassung haben, ihr eigenes Herantreten vorschlagen. Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben.“⁸ Die letzte Passage ist dem verbreiteten legendären Satz sehr ähnlich, ihr fehlt allerdings die Zuspitzung lediglich auf die eine Seite.

5 „Luch“ (russisch für Strahl) geheime Residentur im KGB, ein Geheimdienst im Geheimdienst, der die Aufgabe hatte, in der DDR die Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild zu betreiben bzw. zu unterstützen.

6 Vgl. Ralf Georg Reuth / Andreas Bönnte: *Komplott. Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam.* München-Zürich, 1993. – Ferdinand Kroh: *Wendemanöver. Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung.* München 2005, S. 122.

7 SAPMO-BArch DY30/2389, Bl. 161-166; Daniel Küchenmeister (Hrsg.): *Honecker Gorbatschow. Vieraugengespräche.* Berlin 1993, S. 253-259.

8 Mit 17 Jahren Verspätung meldete der frühere Chefdolmetscher von Erich Honecker, Helmut Ettinger, die Urheberschaft auf den legendären Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ an. Allerdings verortete er diesen Satz für das vertrauliche Treffen zwischen Gorbatschow und dem SED-Politbüro am 7. Oktober 1989. An diesem Tag hatte aber Gorbatschow eine modifizierte Formulierung gebraucht: „Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben.“ *Der Spiegel*, 32/2006.

Dokument

Stenografische Niederschrift

Des Treffens der Genossen des Politbüros des Zentralkomitees der SED mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Michail Sergejewitsch Gorbatschow, am Sonnabend, dem 7. Oktober 1989 in Berlin-Niederschönhausen
(Beginn: 13.00 Uhr)

*Stenografische Niederschrift

EM
9.10.89
152

des Treffens der Genossen des Politbüros des Zentralkomitees
der SED mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und
Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Michail
Sergejewitsch Gorbatschow, am Sonnabend, dem 7. Oktober 1989
in Berlin-Niederschönhausen

(Beginn: 13.00 Uhr)

Dt/Bc

Michail Sergejewitsch Gorbatschow :

Vor allem möchte ich Ihnen allen, die hier mit uns an einem Tisch sitzen, ganz herzlich, aufrichtig, freundschaftlich und brüderlich zum 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gratulieren. Alle, die jetzt hier an diesem Tisch sitzen, haben Ihr Schicksal mit dem des ersten sozialistischen Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden verbunden und alles gegeben, damit der Traum der Arbeiterklasse, der mehrere Generationen der Werktätigen Deutschlands inspirierte, reale Formen annahm. Ich verstehe ganz gut, was sie in diesen Tagen fühlen. Man kann natürlich vieles sagen, aber ich würde folgendes bemerken: Ihr ganzes Leben und alle Ihre Taten waren nicht umsonst. Das, was die DDR heute ist, ist eine hervorragende Krönung des langwierigen Weges bis zur Gründung des Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden.

Natürlich gab es auch Schwierigkeiten, Fehler und Mängel. Alles das gab es; denn nur in Schemata geht alles glatt, im realen Leben ist das anders. Sie können mit Recht jetzt das Gefühl der Befriedigung haben.

Wir betrachten das Jubiläum der Deutschen Demokratischen Republik als unseren gemeinsamen Feiertag. Natürlich spricht das Sie nicht frei von der Hauptverantwortung für das, was auf diesem Boden vor sich geht, und schon gar nicht bedeutet

01/8c

diese Feststellung irgendwelche Anmaßungen unsererseits. Ich stelle nur die Realität fest. Ich habe dem Genossen Honecker gesagt - und das möchte ich, liebe Genossen, vor Ihnen allen wiederholen: Die Deutsche Demokratische Republik ist für uns der vorrangigste Partner und Verbündete. Davon lassen wir uns in unserer Politik leiten. Hier ist die Annäherung unserer Staaten, sind die Beziehungen zwischen unseren Staaten bindend, und davon sind die besonderen Beziehungen zwischen unseren Parteien abhängig. Natürlich sagt man: Was wir gemacht haben, ist schon gemacht. - Aber vor uns stehen Jahre und Jahrhunderte.

Was wir während der gestrigen Feierlichkeiten, während der Treffen mit den Vertretern der Werktätigen und während der Fahrt durch die Straßen beobachtet und gespürt haben, und die Worte, die wir darüber gewechselt haben, daß wir auch künftig zusammenbleiben werden, das alles sieht so aus wie ein Verständnis, daß die Leute dieser historischen Option und dieser Zusammenarbeit treu sind. Wir haben darüber mit Genossen Erich Honecker gesprochen und völlige Übereinstimmung in bezug auf die Einschätzung der Prozesse festgestellt, die sich in unseren Ländern und in der sozialistischen Welt im Ganzen vollziehen. Wir kommen zu der Schlußfolgerung, daß wir die Impulse des sich entwickelnden Lebens unbedingt aufnehmen müssen.

01/Bc

Ich möchte einen Blick in die 70er Jahre zurückwerfen. Damals haben alle in der Welt die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gespürt. Erinnern wir uns daran, wie der Westen sein System an diese Herausforderungen anzupassen versuchte. Er ergriff viele Maßnahmen, ohne dabei die Interessen der Werktätigen zu berücksichtigen. Damals haben wir in der Partei diese Frage sehr scharf diskutiert, und es wurde schon damals die These aufgestellt: Wenn wir die wissenschaftlich-technische Revolution, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht meistern, dann wird der Sozialismus in diesem Wettbewerb der Systeme verlieren. Das war damals so real, daß auch Genosse Leonid Iljitsch Breschnew meinte, daß eine Tagung zu den Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts notwendig sei. Ich will jetzt nicht ins Detail gehen, aber eine solche Tagung kam nicht. Das war ein Fehler, ich würde sogar sagen: ein strategischer Fehler, dessen Folgen wir bis heute spüren.

Ich war im Jahre 1966 in der Deutschen Demokratischen Republik und habe die Anfänge Ihrer Reformen studiert. Sie haben Anfang der 70er Jahre anders reagiert als wir und die Herausforderung der Zeit angenommen. Das war richtig. Dadurch, daß Sie diesen Weg beschritten haben, vermochten Sie vieles. - Das sind zwei Reaktionsweisen auf die Impulse, die von der Gesellschaft ausgehen, zwei Beispiele, wie man diese Impulse umsetzen kann und die Gesellschaft umgestalten muß.

01/Bc

Vielleicht noch ein Beispiel aus der Umgestaltung. Ich habe zu Erich gesagt: Dort, wo die Partei in der theoretischen Ausarbeitung der Politik zurückbleibt, haben wir Verluste. Sicher beobachten Sie, wie sich bei uns die zwischennationalen Leidenschaften entfachen. Das ist ein sehr komplizierter Bereich; denn hier ist sehr viel miteinander verflochten, Wirtschaft, Demographie, soziale Aspekte, Probleme der Demokratie, der Souveränität, Tradition und Muttersprache. Wir konnten der Gesellschaft keine herangereifte Frucht anbieten. Während wir intensiv arbeiten, versuchen manche Kräfte, die andere Ziele verfolgen, giftigen Samen auf diesem feinfühligem, sensiblen Boden zu säen.

Als wir die Plattform zur Frage der zwischennationalen Beziehungen bestätigt haben, hat das die Gesellschaft beruhigt. Die Leute haben damit eine klare und zuversichtliche Orientierung erhalten, und die Konsolidierung ist im Gange.

Ich denke über diese Jubiläumstage nach und habe dem Genossen Honecker heute gesagt, daß ich die Idee, die seiner gestrigen Ansprache zugrunde lag, sehr gut finde. In seiner Ansprache wurden die großen Leistungen der Deutschen Demokratischen Republik überzeugend demonstriert und auch die Stärke und die Vorzüge des Sozialismus deutlich hervorgehoben. Nicht weniger

01/Bc

bin ich auch damit zufrieden - und das ist wohl auch verständlich; denn wir als Kommunisten sind daran gewöhnt, zu meinen, daß das, was wir geschaffen haben, unser ist.

Selbstverständlich stellt sich nun die Frage: Was weiter? Das, was Genosse Erich Honacker in seiner Rede als Antwort auf diese Frage sagte, konnte natürlich nicht vollständig sein. Es war ja nur eine Jubiläumsansprache, in der er sehr wichtige Gedanken auch auf lange Sicht zum Ausdruck brachte. Kurz zum Ausdruck gebracht wurde die Notwendigkeit der weiteren gründlichen und tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft, was Basis, Oberbau und Demokratie betrifft, mit dem Akzent auf die umfangreichere Einbeziehung der Menschen in die vor sich gehenden Prozesse.

Ich entnehme daraus, daß die Arbeit zum nächsten Parteitag in vollem Gange ist, zu dem Parteitag, der eine Wende in der Entwicklung des Landes sein und die Perspektiven für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bestimmen muß. Es war für mich sehr wichtig, das zu hören. Ich glaube, daß auch unsere Umgestaltung eine Antwort auf die Erfordernisse der Zeit ist. Letzten Endes sind wir doch alle Kommunisten. Wir denken nicht nur daran, etwas für unser Leben zu vollbringen, sondern wir denken auch an die kommenden Generationen und daran, daß die nächsten Generationen vieles vollbringen müssen.

01/Bc

Ich habe Erich Honecker eben gesagt, daß es Ihnen leichter wird, Umgestaltungen durchzuführen, weil Sie keine solchen Spannungen im sozialökonomischen Bereich haben. Ich kann Ihnen versichern, daß es keine leichte Sache ist, einen Beschluß über politische Veränderungen zu fassen. Mutige Zeiten erwarten Sie, mutige Beschlüsse sind erforderlich. Ich sage das, ausgehend von meinen eigenen Erfahrungen. Es ist so, wie Lenin sagte: In ~~den~~ ^{den} stürmischen revolutionären ~~Fahren~~ ^{Zeiten} erhalten Leute ~~mehr als im Laufe von Wochen, Jahren und Monaten~~ ^{persönlich} ~~des revolutionären Kampfes.~~ ⁱⁿ ~~Wochen, Jahren und Monaten~~ ^{mehr als sonst im Jahr.}

Natürlich hat uns die Umgestaltung zu der alten These des Marxismus geführt, daß die revolutionäre Sache keine Unterstützung der Werktätigen bekommt, wenn das soziale Umfeld, die sozialen Bedingungen der Leute nicht verbessert werden. Aber es erweist sich eben, daß viel Wurst und viel Brot noch nicht alles sind. Die Leute verlangen dann eine neue Atmosphäre, mehr Sauerstoff, einen neuen Atem, insbesondere für die sozialistische Ordnung. Ich sage das nicht deshalb, weil ich an die alten Wahrheiten mahnen möchte. Damit sind wir selbst konfrontiert. Schon die unartigen Römer sprachen von "Brot und Spielen". Wenn wir diesen Spruch sozusagen vergewärtigen, müssen wir sagen: Der Mensch braucht entsprechende materielle Bedingungen, aber er braucht zugleich auch die entsprechende geistige Atmosphäre in der Gesellschaft.

UL/Bc

Ihre Treue zum Sozialismus bestätigt. Aber sie waren ganz entschieden unzufrieden damit, wie die Umgestaltung vor sich geht. Sie haben gesagt: Geht uns die Möglichkeit, selbst unser Potential freizulegen, unsere Kräfte zu erschließen. - Wir haben diesen Prozeß, ehrlich gesagt, verpaßt. Wir haben Zwischenstrukturen im Ministerium für Kohle geschaffen, die das Ansehen der Prozesse der Umgestaltung unter den Kumpeln ein bißchen untergraben haben; denn die Werktätigen spüren nichts von den Ergebnissen ihrer Arbeit. Die Fragen des Gewinns - sagen wir so - werden auf den oberen Etagen gelöst, in den Arbeitskollektiven selbst ist das kaum zu spüren. Die Kumpeln haben das direkt mit der Kaderfrage verbunden, und dort gibt es jetzt gewaltige Veränderungen.

Die Frage nach der Rolle der Partei wurde so akut gestellt, daß manche Kommunisten und Parteiorganisationen sogar beschlossen haben, für die Einberufung eines außerordentlichen bzw. Sonderparteitages einzutreten und Argumente für ein solches Herangehen vorbrachten. Sie meinten: Viele der heutigen Kader nehmen die Umgestaltung nicht auf. Wir müssen die Parteistrukturen erneuern. Und in dieser Situation sind wir dazu gekommen, den Parteitag vorzuziehen. Wir mußten die Initiative ergreifen und haben als Tagesordnung vorgeschlagen, über den Verlauf der Umgestaltung zu beraten. Die Erneuerung des Statuts der Partei wird die Möglichkeit bieten, den Weg für die Prozesse der Erneuerung in der Partei

01/Dc

Ich halte es für sehr wichtig, den Zeitpunkt nicht zu verpassen und keine Chance zu vertun. Die Partei muß ihre eigene Auffassung haben, ihr eigenes Herantraten vorschlagen. Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort.

Gerade deswegen wollen wir auch die Einberufung des XXVIII. Parteitagcs vorziehen. So wie sich die Prozesse in der Partei vollziehen, so wird auch die Umgestaltung vor sich gehen. Die Stimmungen in der Arbeiterklasse und in der Partei selbst sind zwar nicht einheitlich, aber ich würde sagen, daß die Idee der Umgestaltung von niemandem in Zweifel gezogen wird. Niemand hat alternative Vorschläge. Es gibt kleinere Gruppen, das sind keine gesellschaftlichen Bewegungen oder Strömungen. Manche fordern sogar: Zurück zur Monarchie, zum Zaren. Andere wieder wollen den Kapitalismus zurückholen. Aber das ist bedeutungslos. Ich spreche von den Hauptkräften der Gesellschaft, und sie sind alle für die Umgestaltung. Wo ein Widerstreit der Meinungen vorhanden ist, geht es um das Tempo der Umgestaltung, ihre Tiefe und ihre Taktik.

In bedeutendem Maße hängt die Umgestaltung davon ab, wie die Partei handelt.

Ein Wort zum Streik der Arbeiter im Kusbas. Niemand dort war gegen die Umgestaltung, niemand war gegen die Sowjetregierung, niemand war gegen die Führung. Im Gegenteil, sie haben

10

162
162

01/8c

ihre Treue zum Sozialismus bestätigt. Aber sie waren ganz entschieden unzufrieden damit, wie die Umgestaltung vor sich geht. Sie haben gesagt: Göht uns die Möglichkeit, selbst unser Potential freizulegen, unsere Kräfte zu erschließen. - Wir haben diesen Prozeß, ehrlich gesagt, verpaßt. Wir haben Zwischenstrukturen im Ministerium für Kohle geschaffen, die das Ansehen der Prozesse der Umgestaltung unter den Kumpeln ein bißchen untergraben haben; denn die Werktätigen spüren nichts von den Ergebnissen ihrer Arbeit. Die Fragen des Gewinns - sagen wir so - werden auf den oberen Etagen gelöst, in den Arbeitskollektiven selbst ist das kaum zu spüren. Die Kumpel haben das direkt mit der Kaderfrage verbunden, und dort gibt es jetzt gewaltige Veränderungen.

Die Frage nach der Rolle der Partei wurde so akut gestellt, daß manche Kommunisten und Parteiorganisationen sogar beschlossen haben, für die Einberufung eines außerordentlichen bzw. Sonderparteitages einzutreten und Argumente für ein solches Herangehen vorbrachten. Sie meinten: Viele der heutigen Kader nehmen die Umgestaltung nicht auf. Wir müssen die Parteistrukturen erneuern. Und in dieser Situation sind wir dazu gekommen, den Parteitag vorzuziehen. Wir mußten die Initiative ergreifen und haben als Tagesordnung vorgeschlagen, über den Verlauf der Umgestaltung zu beraten. Die Erneuerung des Statuts der Partei wird die Möglichkeit bieten, den Weg für die Prozesse der Erneuerung in der Partei

11

163
103

01/8c

freizulegen, ohne das Programm zu berühren. Vieles muß sich noch herausbilden.

Wir sind zu der Schlußfolgerung gekommen, daß wir ein Programmdokument für die nächste Zukunft haben müssen, das wir als Aktionsprogramm auf dem Parteitag bestätigen. Bereits ein paar Monate vor Beginn des Parteitagess wollen wir dieses Programm veröffentlichen und zur Volksauseprache stellen. In einer demokratischen Atmosphäre, ohne Chaos, aber gründlich und im Rahmen der parteilichen Demokratie müssen wir die Fragen der Aufstellung der neuen Parteiorgane durcharbeiten.

Nach der Tagung des Zentralkomitees und nach der Ankündigung der Durchführung des Ordentlichen XXVIII. Parteitages ging alles wieder in normale Bahnen. Die volle Initiative gehört jetzt uns. Wir werden im Rahmen des obersten Sowjets und auf dem Parteitag alle Fragen besprechen und entsprechend beschließen: Zum sozialistischen Eigentum, zu Pacht und Pachtverhältnissen, zu den Steuern. Wir werden auch das Gesetz über den Boden verabschieden. Damit werden wir sozusagen die rechtlichen Voraussetzungen für die Umgestaltung schaffen.

Wir schätzen sehr hoch, daß Sie ein großes Interesse an den Prozessen in unserem Lande an den Tag legen. Deswegen hielt ich es für nötig, Ihnen darüber zu berichten.

12

No 7
164

01/nc

Wie ich verstanden habe, steht auch vor Ihnen die ernsthafte Besprechung über das im Laufe des vierzigjährigen Kampfes Erreichte und über die Perspektiven der Entwicklung der Gesellschaft. Ich bin voller Zuversicht, daß Sie richtig handeln. Man muß weitergehen und die Impulse der Zeit erfassen. Das bringt uns noch näher zueinander.

Ich möchte auch sagen, daß wir die Vereinbarung über die Zusammenarbeit unserer Gesellschaftswissenschaftler mehr nutzen müssen. Ein solcher Austausch von Wissenschaftlern ist lebenswichtig; denn das Leben ist dynamisch und stellt seine Anforderungen.

Wir sind in einer Etappe sehr wichtiger Beschlüsse. Es müssen weitreichende Beschlüsse sein, sie müssen gut durchdacht sein, damit sie reiche Früchte tragen. Unsere Erfahrungen und die Erfahrungen von Polen und Ungarn haben uns überzeugt: Wenn die Partei nicht auf das Leben reagiert, ist sie verurteilt. Wir und Sie unternehmen gemeinsame Anstrengungen, um die gesunden Kräfte in diesen Ländern zu unterstützen. Aber das ist gar nicht einfach, die Situation dort zu perfektionieren; denn das war in der Tat ein Aufgeben der parteilichen Position, eine Lostrennung von Parteipositionen, und zwar deswegen, weil keine Antwort auf das Gebot der Zeit gegeben wurde. Das alles dort hat jetzt einen schmerzhaften Charakter angenommen.

rau/kk

Auch die polnischen Genossen haben die nach 1980 gebotenen Möglichkeiten nicht wahrgenommen, vielleicht auch nicht Genosse Kadar. Es ist schwer zu sagen, aus welchen Gründen. Er hat sehr tief bedauert, daß er nicht rechtzeitig gemacht hat, was damals notwendig war.

Wir haben nur eine Wahl: entschieden voranzugehen, sonst werden wir vom Leben selbst geschlagen. Das Leben ist eine sehr ernste Sache, das wissen wir. Der Westen versichert uns, daß die sich in unseren Ländern vollziehenden Prozesse die Angelegenheit dieser Völker sind. Aber tatsächlich sind sie drüben sehr schadenfroh und versuchen sogar, Revanche zu nehmen und den Bereich des Sozialismus einzuengen.

Ich glaube, die KPdSU und die SED sind die stärksten Parteien, und sie müssen ihre Taten auch untermauern und sogar anwachsen lassen, aber auf der Grundlage der Erneuerung und der Realität, auf der Grundlage der Ideale und der Ideen, die vom Oktober proklamiert wurden.

Ich denke, wir haben ein gutes Jubiläumsgespräch. Aber was gibt es Wichtigeres für die Kommunisten, als über die Zukunft zu sprechen, an die Zukunft zu denken, an die Zukunft unserer Bewegung? - Wir sind bereit, gemeinsam zu gehen, zusammenzuarbeiten. Wir sind für alles offen, ohne Vorbehalt.

Berichte

„Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und wirtschaftlicher Wandel – transnationale Perspektiven aus der Arbeitsgeschichte“. Die 58. ITH-Tagung (7. bis 9. September 2023 in Linz)

Ein weiteres Mal widmete sich die nunmehr 58. Internationale Tagung der Historiker*innen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen einer arbeitsgeschichtlich und soziologisch dominierten Thematik im „Jägermayrhof“ der Arbeiterkammer Oberösterreich in Linz. Als Zielsetzungen dieser Tagung formulierte das Programmpapier: „Seit der Industriellen Revolution gibt es auch Prozesse der Deindustrialisierung, ja Industrialisierung und Deindustrialisierung müssen als miteinander verbundene Phänomene globaler Reichweite gesehen werden.“ Als Beispiele werden die Industrialisierungswelle in England um 1800 und die gleichzeitige Zerstörung der handwerklich geprägten Textilindustrie im kolonisierten Indien genannt. So heißt es weiterhin: „Seitdem erleben wir weltweit zahlreiche Wellen der Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und des wirtschaftlichen Wandels. Diese miteinander verbundenen Prozesse gingen mit oftmals dramatischen Veränderungen der Arbeitswelt im Allgemeinen und der Beschäftigungsmöglichkeiten im Speziellen einher.“ Diesen Prozessen wollte sich die Tagung aus einer zugleich historischen und globalen Perspektive zuwenden. Die Panels und ihre vielfältigen Beiträge untersuchten deshalb beispielhafte Fälle von Kapitalabwanderung und -zuwanderung, Standortaufbau und -schließung, deren Bewältigung seitens der Betroffenen sowie die Folgen.

Zuvor tagten der Vorstand der ITH und die Generalversammlung. Laurin Blecha als Generalsekretär hielt den Finanzbericht und konnte feststellen, dass sich die finanzielle Basis der ITH wieder positiv stabilisieren konnte, was Lukas Neissl als Revisor bestätigte. Die ITH-Präsidentin Theresa Garstenauer stellte die inhaltlichen Planungen für die 59. und 60. ITH vor, unterstützt von Gleb Albert und Tina Lintunen.

Nach dem Ende der Generalversammlung begrüßte Therese Garstenauer die erschienenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und eröffnete die Konferenz. Herzliche Grußworte richteten Günter Bremm (Arbeiterkammer Oberösterreich) und Thomas Gegenhuber (Stadt Linz) an die Teilnehmenden und bekräftigten die lange Dauer und den Wert der Zusammenarbeit für alle Beteiligten. Daran schloss sich der Eröffnungsvortrag von Alina-Sandra Cucu (Berlin) zum Thema „Artikulationen des Arbeitsmarktes in den langen 1990er Jahren“ an. Die aus Rumänien stammende Wissenschaftlerin stellte ihre Forschungsergebnisse zum schmerzhaften Transformationsprozess in Rumänien nach 1990 vor. Dabei traten besonders zwei Merkmale in den Vordergrund: Die Gewerkschaften, vor-

her vom Regime Ceausescu und der kommunistischen Partei dominiert, wurden schnell zu frenetischen Befürwortern einer zügigen Privatisierung der vormaligen Staatsbetriebe, unterstützt von antikommunistischen Intellektuellen mit neoliberaler Orientierung und Kontakten in den USA oder zur EU. Die unabhängig gewordenen Gewerkschaften mussten erst das Verhandeln mit den neuen Kapitalbesitzern lernen, die entweder ehemalige Parteifunktionäre oder ausländische Manager waren. Jedenfalls entwickelten sich rasch in Rumänien eine schwere Transformationskrise, Saisonmigration, Depravierung und Armut; die Verantwortlichkeit dafür wurde vereinzelt. So wurde Rumänien zu einem Standort gemacht, indem sich nach dem EU-Beitritt westliche Konzerne neu ansiedeln konnten, die vorher ihre Standorte im Westen Europas geschlossen hatten. Wem fiel hier nicht das Beispiel Nokia ein, als der finnische Konzern sein Bochumer Werk schloss, um in Rumänien neu zu eröffnen? Deindustrialisierung hier, Reindustrialisierung dort. Doch hatte der Staat lange Zeit versucht, diesen Prozess hinauszuzögern.

In vier Panels suchten die Vortragenden und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dreizehn Fallbeispielen und entsprechenden methodischen Überlegungen nach Antworten auf Fragen der Deindustrialisierung und dem „Was kommt danach?“ Von Ravi Ahuja (Göttingen) moderiert, stellte Kaveh Yazdani (ehem. Bielefeld, jetzt USA) den Prozess der Verdrängung vorhandener manufakturieller und landwirtschaftlicher Potenziale in Indien durch die britischen Kolonisatoren vor. So waren die landwirtschaftlichen Erträge im 16. Jahrhundert im untersuchten Fürstentum Misore höher als zum Ende der Kolonialzeit Mitte des 20. Jahrhunderts. Überdies hatten die Briten durch verschiedene Restriktionsmaßnahmen die Eisenproduktion, die Baumwollverarbeitung und die Rohstoffförderung generell verdrängt bzw. sich selbst unterworfen. Allein zwischen 1800 und 1850, also parallel zur britischen Industrialisierung, sank die Anzahl der Webstühle in Indien auf die Hälfte. Dass Ausnahmen diese Regel bestätigten, verschwieger nicht, denn in der Region Gujarat, von ethnischen Parsi bewohnt, die Zoroastrier waren, entwickelte sich durch Kooperation mit den Kolonialherren eine frühe Bourgeoisie. Juan Grigera (London) betrachtete den Zusammenhang zwischen der Diktatur in Argentinien nach 1976 und dem Rückgang der Industrialisierung und hob hervor, dass dies politisch gewollt war, um einerseits die Arbeiterbewegung zu schwächen und zweitens eine neoliberale Öffnung zu bewirken. Diesen Konnex bestätigte auch Angela Vergara (California State University/USA) für die Zeit der Pinochet-Diktatur in Chile von 1973-1990, wo ebenfalls die Entrechtung der Arbeiterschaft ökonomisch vor allem der Transformation hin zum Neoliberalismus diene. Im zweiten Panel spielte der Begriff des „Lieferkettenkapitalismus“ eine zentrale Rolle, bezogen auf Maßnahmen der Reindustrialisierung. Auf Kosten der Umwelt und mit Hilfe der technischen Steuerung und Überwachung von Abläufen und Arbeitskräften entstehen so gegenwärtig in

Südafrika, in bisher abgelegenen Regionen Englands und in Zentralindien, so die Fallbeispiele, Logistikzentren und an Lieferketten angepasste Produktionsstätten mit hohem Flächenverbrauch, massiver Ressourcenvernutzung und der Folge der Verdrängung traditioneller Erwerbsquellen, völlig neue Produktionsareale, deren Funktionsweise an Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“ erinnert. Die Beiträge von Bridget Kenny (Witwatersrand/RSA), Will Kendall (London) und Lokesh und Majur Chetia (Delhi) waren sehr aufschlussreich. Hinzu trat der Beitrag von Tanja Kotik (Graz) über den Beginn der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit Mitte der 1980er-Jahre, als der Joint Venture-Betrieb von Shanghai Volkswagen die Produktion aufnahm und die traditionelle Arbeitsteilung im Automobilbereich vor Ort revolutionierte und so Chinas Marktöffnung forcierte. Lokale und regionale Auswirkungen zwischen Industrialisierung und Deindustrialisierung betrachteten neben Angela Vergara für Chile noch Peter Alaban für dörfliche Regionen im Nordosten Ungarns und Alicia Gorny (Bochum) für das Ruhrgebiet. Sie bezog sich besonders auf den mittlerweile vergessenen Sektor der Textilproduktion mit seinen vorwiegend weiblichen Belegschaften, deren Abwicklung seit den 1960er-Jahren nicht das öffentliche Augenmerk besaß wie das Schrumpfen der Standorte der Produktion von Kohle und Stahl mit seinen vom Selbstbild männlichen Arbeitens geprägten Strukturen. Diese Betrachtung lokaler und regionaler Auswirkungen komplettierten im vierten Panel Andreas Fasel/Leo Grob (Schweiz) für den lang andauernden Schließungsprozess einer Aluminiumhütte im idyllischen Wallis, Tibor Valuch (Eger) für Ungarn, Andela Pepic (Banja Luka) für das aus dem sozialistischen Jugoslawien hervorgegangene Bosnien-Herzegowina sowie Istvan Horvath (Cluj) für Rumänien im Grenzgebiet zu Ungarn. Allen vier Beiträgen war gemein, dass es nicht zuletzt die Schwäche der Gewerkschaften war, die eine strikte Abwälzung der Folgen auf die Arbeitenden mit der Folge von Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Depravierung und Armut ermöglichte. Für alle Gewerkschaften aus dem Bereich des ehemaligen europäischen Staatssozialismus galt, dass sie das Kämpfen gegen die neue Klasse der Kapitalisten, gleich ob internationales Kapital oder ehemaligen Parteikader, nicht gelernt hatten. Den negativ Betroffenen blieb oft nichts als Nostalgie, verbunden mit der aktuellen Unterstützung populistischer Kräfte. Den Abend beschloss eine Debatte über „Industrie 4.0 und der Wohlfahrtsstaat“, in der die Diskutanten, moderiert von Laurin Blecha, auf die Verantwortung der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zur Gestaltung eines technologischen und sozial-ökologischen Umbaus eindringlich hinwiesen.

Dass es einen Unterschied ausmacht, ob der Staat gestaltend in schwierige Prozesse eingreift oder die Kapitalmacht einfach gewähren lässt bzw. im neoliberalen Sinne die Rahmenbedingungen verändert, durchzog beinahe alle Panels, so auch am Sonnabend. Hier eröffnete Thomas J. Adams aus den USA den Reigen der

Beiträge mit seinem Überblick über einen zur industriellen Geisterstadt gewordenen Standort (Anderson County) in South Carolina. Hier hatte die Gewerkschaft CIO nach dem Zweiten Weltkrieg versucht, durch die „Operation Dixie“ grundlegende Verbesserungen für die Textilarbeiterschaft zu erstreiten. Nach schweren Arbeitskämpfen mit Todesopfern endete diese lang andauernde Kampagne mit einer schweren Niederlage der CIO, die von der Demokratischen Partei im Stich gelassen wurde. Neben der Abwanderung vieler Unternehmen besonders nach Mexico prägte diese Niederlage der Arbeiterbewegung das aggressive Verhalten der Unternehmer heraus, also Unnachgiebigkeit gegenüber den Beschäftigten und Gewerkschaften sowie Erpressungsrhetorik gegenüber der Politik. Ähnliches berichtete die in Norwegen lehrende Aynur Özugurlu über einen sozial profilierten Kohlebergbaubetrieb in Corum/Türkei. Aus dem „Paris von Corum“, so genannt wegen der kulturellen und sozialen Initiativen des Betriebes, wurde mit Hilfe der Regierung ein „zweites Palästina“, nachdem der Betrieb 2002 privatisiert und zerschlagen wurde. Was in den Köpfen der Betroffenen blieb, war die Erinnerung als permanente Anklage, aber auch das Wissen um die Fähigkeiten zur Selbstgestaltung. Sumeet Mhaskar (Jindal/Indien) sprach über die Remigration von „Bauern-Arbeitern“ von Mumbai auf das Land und die Gründe der Rückkehr, aber auch über die Veränderungen, die die Erfahrungen dieser Arbeitergruppen auf dem Land auslösten, zum Beispiel über Selbstorganisation und politische Initiativen. Sorin Gog (Cluj/Rumänien) gab einen Überblick über die Integration bzw. Desintegration der Roma im nördlichen Rumänien, die zumeist als Angelernte in der Industrie arbeiteten, nach dem Ende des Staatssozialismus am Ende der sozialen Skala stehend in Ghettos vegetierten und so den Weg freimachten für die Umwandlung dieser Standorte für Billigstproduktion für Wertschöpfungs- und Lieferketten, wobei der Name IKEA nicht zu verschweigen ist. Auch diese Depravierung fiel in die Phase neoliberaler Öffnung in Rumänien. Das fünfte Panel diskutierte über die Erinnerungskulturen nach solchen Deindustrialisierungsprozessen. Stefan Backius und Asa Melin (Karlstad/Schweden) schlossen aus der Tendenz zur Idealisierung der Zeit vor der Zerschlagung der SKF, die Kugellager für den Weltmarkt produzierte, auf einen psychologischen Verdrängungsprozess, zumal der vorzufindende Lokalpatriotismus sich aus dieser „goldenen Zeit“ speist und politisch mit der Sozialdemokratie verbunden blieb. Für Finnland formulierten Christoffer Holm/Matias Kaihovirta (Abo University) einen etwas anderen Befund. Hier habe sich die Hoffnung auf einen Neuanfang, aber auch auf ökologische Wendeprozesse der Produktion erhalten. An diesem Beispiel entspann sich eine auch in der Schlussbetrachtung weiter geführte Debatte über männliche und weibliche Repräsentation von Arbeit. Gemeinsam war vielen der Fallbeispiele, dass Schließungen von männerdominierten Industrien eine höhere öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren als jene, in denen vorwiegend Frauen tätig waren. Dass

hier klassische Rollenverständnisse und -praxen wirksam waren, wurde ebenso zur Sprache gebracht wie die Veränderungen in den Familienbeziehungen, die durch Deindustrialisierungen ausgelöst wurden.

Insgesamt waren die zahlreichen Fallstudien sehr lehrreich und blieben in den Panels stets sinnvoll miteinander verbunden. Die Vorgängerkonferenzen seit Corona besaßen eher einen tendenziellen Mangel an Konsistenz, der in diesem Jahr nicht zu kritisieren ist.

Die 59. ITH-Konferenz findet vom 26. bis 28. September 2024 statt.

Holger Czitrich-Stahl

IALHI mal anders: Die Jahrestagung der International Association of Labour History Institutions in Buenos Aires

Vom 5. bis 8. September 2023 fand die 53. Jahrestagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) erstmalig in einem südamerikanischen Land statt. Nach zweijähriger Vorbereitungszeit fanden sich in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires mehr als 70 Archivar:innen, Bibliothekar:innen und Historiker:innen ein, um über ganz unterschiedliche Fragen zur Sammlung, Archivierung, Aufbereitung und historischen Forschung zu diskutieren.

Das Programm fiel in diesem Jahr umfangreicher aus als sonst üblich, um mehr Personen die Möglichkeit für Präsentationen zu bieten und dabei vor allem Gästen aus ganz Süd- und Lateinamerika die Möglichkeit zum Austausch vor Ort zu bieten, da solche Konferenzen sonst aufgrund der Kosten kaum stattfinden, zumal diese Form des wissenschaftlichen Zusammentreffens seit der Coronapandemie fast zum Erliegen gekommen war. Daher war die hohe Anzahl von Teilnehmer:innen aus dem ganzen Kontinent bis hinauf aus Mexiko bemerkenswert. Die Vorträge wurden auf Spanisch bzw. Portugiesisch/Englisch gedolmetscht. Sie bezogen sich auf die Vorstellungen bestimmter Sammlungen / Bestände / Einrichtungen, auf erfolgreiche Rettungen von Unterlagen, Ausstellungs- und Digitalisierungsprojekte sowie auf Methoden der Geschichtswissenschaft mit Blick auf Quellen und digitale Techniken.¹ In Gänze betrachtet erscheint die Breite des Archivmaterials bemerkenswert. In den letzten Jahren macht sich der visual turn der Geschichtswissenschaft auch in den Archiven der Arbeiterbewegung bemerkbar, in denen nicht nur oral history eine wichtige Rolle spielt, sondern auch Bild und Ton eine größere Rolle in der Erschließung und Digitali-

1 Auf die nähere Darstellung wird aus Platzgründen verzichtet und auf die Sammlung der Abstracts verwiesen, die auf Englisch, Spanisch und Portugiesisch abrufbar sind: <https://ialhi.org/2023> [letzter Zugriff 20.1.2024].

sierung einnehmen, bis hin zur digitalen Archivierungspraxis sozialer Medien, die ebenfalls als eher bildorientiert gelten dürften. Hier soll nur das Vorhaben der als Netzwerk funktionierenden Gruppe „IIEP – Intercâmbio, Informações, Estudos e Pesquisas“ („Austausch, Information, Studien und Forschung“) hervorgehoben werden, die sich dem Widerstand bzw. der Verfolgung von Arbeiter:innen gegen die bzw. unter der Militärdiktatur in Brasilien (1964-1985) widmet und dabei insbesondere auf das Thema der Zwangsarbeit fokussiert. Miguel Breyton Silva konnte berichten, dass mehrere Gerichtsverfahren gegen internationale Konzerne vorbereitet werden, denen eine aktive Zusammenarbeit mit der Militärdiktatur auf der Grundlage konkreter Fälle nachgewiesen werden kann.

Am Abend des ersten Tages fand zudem ein Panel statt, das sich den Strategien und Herausforderungen archivarischer Sicherungsfragen in technischer und politischer Hinsicht sowie mit Blick auf die Folgen des Klimawandels beschäftigte. Hier trug der Direktor des argentinischen Nationalarchivs, Pablo Fontdevila, die bemerkenswert weit vorangetriebene digitale Archivierungsstrategie seines Hauses vor.

Eine besondere Sektion entfiel auf ein unübliches Thema der IALHI. Hier wurden vier historischen Fachzeitschriften aus Südamerika (Argentinien: Archivos de historia del movimiento obrero y la izquierda; Brasilien: Mundos do Trabalho und História em Revista; Chile: Revista Izquierdas) vorgestellt, die mit Ausnahme der História em Revista erst seit den späten Nullerjahren gegründet wurden. Daher ist es vielleicht auch nicht verwunderlich, dass sie alle digital erscheinen und komplett zugänglich sind – auch hier bildet die älteste Zeitschrift mit einer moving wall die Ausnahme. Alle Zeitschriften legen besonders hohen Wert auf englische Abstracts und eine Verfügbarkeit in anderen Katalogen weltweit. Im Kontext des Gesprächs wurde deutlich, dass sich zudem in Südamerika eine andere Praxis der wissenschaftlichen Anerkennungsgewinnung entwickelt hat, als dies zumindest mit Blick auf Geschichtswissenschaft im globalen Norden der Fall ist: Um als Historiker:in wissenschaftlich anerkannt zu werden, gilt es als erstrebenswert, mindestens einmal jährlich einen Artikel zu publizieren, und zwar jeweils in einer anderen Zeitschrift als zuvor. Bücher spielen nur eine untergeordnete Rolle; mehrere Artikel in ein- und derselben Zeitschrift zu veröffentlichen, mindert das Ansehen. Überhaupt wurde auch deutlich, welchen Zuwachs an Reichweite und Forschungsmöglichkeiten die Digitalisierung auch für historische Fragen bereitstellt, wenn Übersetzungsdienste integriert angeboten werden oder über die Nutzung anderer Plattformen anderssprachige Texte verständlich werden.

Am Tag vor der Konferenz fand die Jahresversammlung der IALHI statt, auf der eine weitere Entwicklung in Richtung eines auf (digitalen) Austausch orientiertes globales Netzwerk diskutiert wurde. Außerdem stand die Wahl eines/einer neuen Präsidenten/-in an. Die 2018 gewählte Anja Kruke hatte sich erneut zur

Wahl gestellt und wurde ohne Gegenstimmen wiedergewählt.

Die Tagung stand unter dem Eindruck der bevorstehenden Wahlen in Argentinien, die sich nicht nur in Plakaten und im Rahmen der Gespräche, sondern auch Aufrufen herkömmlicher Bürger während U-Bahn-Fahrten bemerkbar machte. Die Spannung ging mit der Furcht einher, dass der libertäre Kandidat die Demokratie im Land und den letzten Rest an sozialer Sicherung und Zusammenhalt zerstören könnte. Die nächste Konferenz wird zwischen dem 11. und 14. September 2024 in Frankreich bei La Contemporaine in Paris stattfinden.

Anja Kruke

„Tief ins Gedächtnis gegraben“. Gespräch mit der chilenischen Staatspräsidentin a.D. Michelle Bachelet.

Gemeinsame Veranstaltung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27.09.2023 in Berlin

Im wahrsten diplomatischen Sinne hoher Besuch war in die Berliner Zentrale der FES gekommen, um 50 Jahre nach dem Militärputsch gegen die Regierung der Unidad Popular des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende in Chile der Ereignisse, der Opfer und des Widerstandes gegen die Diktatur zu gedenken. Die ehemalige Staatspräsidentin (Amtszeiten 2006-2010, 2014-2018) und spätere UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, hatte den Weg in die Berliner Zentrale der FES gefunden, wo mindestens 150 Besucher auf sie warteten. Begrüßt wurden alle Teilnehmenden von Martin Schulz (FES) und Heinz Bierbaum (RLS). Eine kurze Einführung in die Geschichte der weltweiten Solidaritätsbewegungen mit dem demokratischen Chile vor und nach dem Putsch des Militärs am 11.9.1973 gab die Historikerin Dr. Caroline Moine (HU Berlin). Sie verwies darauf, dass das 1970-1973 sozialistisch regierte Chile ein wichtiger Orientierungspunkt für die weltweite Linke war, deren Vertreter sich gern vor Ort über den damals beschrittenen demokratischen Weg zum Sozialismus informierten. Nach dem Putsch gegen das demokratische Chile entstand sehr schnell eine globale Solidaritätsbewegung. Die Regierungen der Staaten des Realsozialismus, die linken Parteien im Westen und die Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ riefen zum Widerstand gegen die Junta General Pinochets auf. Natürlich gab es damals unterschiedliche Interessen. Die westliche Linke verstand die Solidarität als ein Identifikationsthema, die Regierungen des Staatssozialismus konnte mit der tatsächlich massiv geübten Solidarität die Wogen von Prag 1968 etwas glätten, die Opposition in diesen Staaten suchte nach möglichen Strukturen

zivilgesellschaftlichen Handelns. Die tragende Säule dabei waren die Exilantinnen und Exilanten: Rund 200.000 weltweit, davon die Hälfte in Europa, darunter ca. 3.000 in der Bundesrepublik und 2.000 in der DDR. Die Linken und fortschrittliche Christen arbeiteten dabei eng zusammen, bekannt wurde besonders Bischof Helmut Frenz (Amnesty International). 1990 stürzte die Pinochet-Diktatur über ein Referendum. Das Volk selbst hatte sich von der Diktatur befreit.

Im Anschluss daran nahmen Michelle Bachelet und die Journalistin (Radio Eins) und Schriftstellerin Marion Braasch auf dem Podium Platz, um das etwa 100-minütige Gespräch zu eröffnen. Humorvoll nahm es Frau Bachelet, dass die Moderatorin sie in alter Gewohnheit zunächst einmal duzte, bis sie es selbst bemerkte. Auf die erste Frage nach dem Gefühl, nach dem Exil wieder in Berlin zu sein, antwortete Frau Bachelet, dass sich Berlin sehr verändert habe, aber sie sei ergriffen und gleichzeitig froh wegen der Einheit. Wenn die Linke sich einig sei, könne viel erreicht werden. Sie erzählte, dass sie als Tochter eines Luftwaffengenerals und einer Archäologin progressiv aufwuchs, ihre Eltern hätten ihr mit der Milchflasche auch Verantwortung mitgegeben. So habe sie Medizin studieren wollen, um das marode Gesundheitssystem in Chile zu verbessern. In ihrem Elternhaus sei der Wahlsieg Allendes gefeiert worden, doch sehr bald überzog die Rechte das Land mit antikommunistischer Propaganda, berichtete sie. Dennoch habe man nicht an die akute Gefahr eines Staatsstreiches geglaubt. Als er am 11.9. 1973 begann, waren viele Menschen überrascht. Ihr Vater wurde verhaftet und starb 1974 in Haft, 1975 wurden ihre Mutter und die sozialistische Studentin Michelle Bachelet verhaftet, nachdem sie verraten wurden. Auch sie wurden gefoltert und mussten Chile verlassen. Ihr Weg ins Exil führte über Australien in die DDR, wo die chilenischen Exilanten sehr gut aufgenommen wurden, studieren und arbeiten konnten, wie Frau Bachelet hervorhob. Die Startschwierigkeiten in der deutschen Sprache konnte sie bald überwinden und studierte Medizin in Leipzig, dann an der Humboldt-Universität. Hier erinnerte sich Marion Braasch an die Massenbriefkampagne für die Freilassung des KP-Vorsitzenden Luis Corvalan und an die guten Kontakte zu den Kindern chilenischer Familien in Lichtenberg. Exil, so Frau Bachelet, sei etwas Schlimmes, weil man entwurzelt wurde, fern der Heimat leben und in eine fremde Lebensweise hineinwachsen müsse. Man wurde dazu gezwungen und habe die Wahl, entweder zu weinen oder in der Fremde zu lernen, was man bei der Rückkehr für einen neuen Anfang einbringen könne. Und die Solidarität war damals – und sei heute – wichtig, weil die vielen Betroffenen ihren Schmerz verarbeiten konnten. In der DDR selbst habe sie eine andere Kultur und einen anderen Rhythmus des Lebens kennengelernt, was sich vom Lateinamerika unterscheide. Sie selbst sei als Medizinerin privilegiert gewesen und habe sich nicht überwacht gefühlt. Personenkult und Angstkultur aber wären für ein demokratisches Chile nicht übernahmewürdig.

1979 kehrte sie nach Chile zurück und erfuhr eine berufliche Zurücksetzung. Man musste stets vorsichtig agieren, wenn man die Demokratie zurückgewinnen wollte. In einer gemeinsamen Ärztegruppe, so erinnerte sie sich, habe man bei gemeinsamen Koch- und Essensabenden die Lage besprochen, was nicht ungefährlich gewesen war.

Die Diskussion drehte sich um die Lage im heutigen Chile, um die Erstarkung der Rechten und um die öffentliche Erinnerung an den Versuch eines sozialistischen Chile und an den Militärputsch. Anwesend war neben vielen Gästen mit lateinamerikanischem Hintergrund auch Wolfgang Thierse. Frau Bachelet betonte, dass die Lage von 1973 und 2023 kaum miteinander vergleichbar sei, auch die heutigen Militärs seien in der Demokratie aufgewachsen. Doch wüchse mit den wirtschaftlichen Problemen und den Existenzsorgen, der Demokratieskepsis und der gesellschaftlichen Polarisierung und Unsicherheit auch der Hang zum Autoritarismus und zur „starken Hand“. Da die Menschen vor allem an der individuellen und sozialen Sicherheit interessiert seien, verfangen einfache Botschaften sehr gut. Die Linke müsse deshalb den Menschen erklären, was sie verlieren, wenn die Rechte an die Macht käme. Zur Zeit ist der Staatspräsident mit Gabriel Boric ja ein Vertreter von Mitte-Links.

Sorgen mache ihr, dass der Putsch und seine verheerenden Folgen für die Menschenrechte und die Freiheit zunehmend von der Rechten relativiert werde, hier nähere sich die konservative der extremen Rechten an. Gerade Teile der Jugend seien anfällig für diese autoritären Deutungsmuster. Frau Bachelet bejahte den Hinweis aus dem Publikum, dass in Deutschland von heute der Anteil der BRD am Putsch aufgearbeitet werden müsse.

Insgesamt war dies eine sehr gelungene Veranstaltung der beiden politischen Stiftungen mit einer guten Moderation von Marion Braasch und einer eindrucksvollen Staatspräsidentin a.D. Michelle Bachelet zu einem überaus gegenwartsrelevanten Thema. 50 Jahre sind nur scheinbar ein langer Zeitraum.

Holger Czitrich-Stahl

Neues aus der Forschung

Thomas Schubert:

Bürgerkrieg und Romantik im Realsozialismus. Zum Frühwerk Rudolf Bahros (1952–1970). Eine Weltanschauungsanalyse.

Die Dissertation erschien bei Nomos, in der Reihe Extremismus und Demokratie Nr. 44, Baden-Baden 2024.

Die Ausgangsfrage des Buches war die nach dem Werkzusammenhang von Bahros Schriften. Trotz des thematisch und stilistisch heterogenen Charakters der Texte ergab sich bald das Bild verschiedener Werkphasen, die es zu benennen, zu analysieren und aufeinander zu beziehen galt. Bahros Frühwerk reicht von 1952 bis 1970, von seinen ersten Gedichten in der Schule bis zum Beginn der Arbeit an der Alternative. Neben zahlreichen kürzeren Texten und Journalbeiträgen zählen dazu zwei kleineren Gedichtbände und etliche unveröffentlichte Texte unterschiedlicher Qualität. Hinzu kommt eine Diplomarbeit zu Johannes R. Becher, im Folgenden: Das Beispiel Becher (1959), und eine Sammlung von essayistischen Vorarbeiten zu einer musikphilosophischen Dissertation, im Folgenden: Das Beispiel Beethoven (1968/69).

Das Hauptwerk umfasst die verschiedenen Stadien seiner Kritik des östlichen Parteisozialismus, hier insbesondere das Buch *Die Alternative* (1977) und seine Kritik des modernen Industriekapitalismus, hier insbesondere das Buch *Logik der Rettung* (1987). Hinzu kommen alle im Zusammenhang mit diesen Büchern stehenden Aufsätze, Briefe, Interviews und Gedichte. Das mit Bahros Rückkehr in die DDR im Dezember 1989 beginnende Spätwerk gruppiert sich um ein Sarah Wagenknecht gewidmetes aber unveröffentlicht gebliebenes Buchmanuskript von 1994. Darin äußerte sich Bahro gegenüber der seiner Meinung nach künftigen Parteivorsitzenden ausführlich zum Entwicklungsweg seines Denkens und zu seiner Biografie. Dabei unternahm er den Versuch, Wagenknecht davon zu überzeugen, dass ihr Platz nicht an der Spitze dieser oder einer anderen Partei sei, sondern dass ihr Talent als ein an Rosa Luxemburg gemahnender Volkstribun an der Spitze einer breiten ökosozialistischen und pazifistischen Volksbewegung besser aufgehoben ist – einer Volksbewegung, als deren Cheftheoretiker sich Bahro damals sah. Was ihn allerdings irritierte und worüber er sie zur Rede stellte, war Wagenknechts öffentlich geäußertes Verständnis gegenüber den imperialen Hegemonialbestrebungen der Sowjetunion, welche nicht davor zurückschreckte, diese – wie z. B. 1968 in der CSSR – mittels Panzern durchzusetzen.

Zur Quellenlage der einzelnen Phasen ist zu sagen: Alle Texte des Hauptwerks liegen vor und sind leicht zugänglich. Zur Alternative findet sich einiges an Se-

kundärliteratur und zur Logik der Rettung manches, allerdings lässt sich nichts zum Zusammenhang dieser beiden Bücher finden. Ähnlich verhält es sich mit Bahros Spätwerk. Dessen wichtigsten Texte sind inzwischen veröffentlicht und vereinzelt auch kommentiert, allerdings wurden diese bisher nicht im Zusammenhang mit den Texten des Hauptwerkes oder gar des Frühwerks betrachtet. Zu Bahros Frühwerk hingegen fand sich bislang nichts, was an der erschwerten Zugänglichkeit der maßgeblichen Texte und an der z. T. Aufsehen erregenden Bekanntheit seiner späteren Texte seine Ursache haben mag.

Es war also nicht überraschend, dass sich bis auf vereinzelte Hinweise in einer englischen Dissertation aus dem Jahr 1990 und in der Biografie von 2002, nichts zu Bahros Gesamtwerk oder zu sich hindurchziehenden Motivstrukturen finden ließ. So tat sich ein doppeltes Desiderat auf: Auf der einen Seite war unklar, welche Texte überhaupt zum Frühwerk zu zählen sind, bzw. ein solches ausmachen könnten, auf der anderen Seite war die systematische Struktur des Frühwerks oder das, was man die sich darin abzeichnende philosophische Weltanschauung nennen kann, unbekannt. Um einen Zugang zum Gesamtwerk Bahros zu gewinnen, schien es daher notwendig, zunächst dessen bislang unbeachtetes Frühwerk zu erschließen.

Bereits die erste Sichtung der schon veröffentlichten, bzw. bekannten Quellen zeigte, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Frühwerk den Umfang einer eigenständigen Monografie annehmen würde. Dies umso mehr, da in verschiedenen Archiven noch mit einer Reihe von relevanten Funden zu rechnen war. Das hatte Folgen für die Konzeption der Dissertation: Erstens rückte die Sichtung, Kontextualisierung und Analyse von Bahros Frühwerk in den Mittelpunkt. Zweitens war eine weltanschauliche Grundmotivik herauszuarbeiten (im doppelten Sinn von Motiv/Begriff und Motivation). Und drittens war zu prüfen, ob sich aus der aufgefundenen Motivik ein Zugang oder Schlüssel zu Bahros Gesamtwerk ergibt.

Bahros Texte wurden chronologisch betrachtet und innerhalb der Chronologie thematisch geordnet in: Gedichte, publizistische Texte (propagandistische und kritische) und Monografien. Der Schwerpunkt lag auf den beiden zum Beginn und zum Ende der Werkphase geschriebenen Bücher *Das Beispiel Becher* (1959) und *Das Beispiel Beethoven* (1968/1969). Sie wurden auf eine dreifache Weise biografisch, werkgeschichtlich und historisch kontextualisiert und anschließend einer hermeneutisch-motivgeschichtlichen Analyse unterzogen.

Was sich in Bahros Texten dokumentiert, ist die intellektuelle und nationalgeschichtliche Situation der frühen und mittleren DDR. Zwei aufeinander bezogene Leit motive gaben sich als charakteristisch und als titelgebend für die Untersuchung zu erkennen. Es handelt sich um das Motiv des revolutionären Bürgerkrieges (nach Lenin, Stalin und Lukács), insbesondere im ersten Buch, und

um das Motiv einer revolutionären Romantik (nach Gorki, Becher und ebenfalls Lucács) im zweiten. Ergänzt werden die beiden Motive um ein drittes: um das erst im Spätwerk zur Selbstbeschreibung genutzte Motiv des politischen Glaubens, bzw. der politischen Theologie (nach Sölle und Metz). Die sich daraus ergebende Leitmotivik kann als eine interne Heuristik bezeichnet werden, während die zuvor getroffene Unterscheidung dreier Lebens- und Werkphasen als eine externe Heuristik fungiert. Im Schlusskapitel werden die beiden Heuristiken aufeinander bezogen, woraus sich einige überraschende Einsichten bezüglich Bahros und seinem geistigen Umfeld in der DDR ergeben.

Zusammenfassen lässt sie diese Entwicklung unter dem Signum einer Romanisierung und Theologisierung des Marxismus-Leninismus. Bahro sah sich in den 1950er- und 1960er-Jahren als Dichter der Revolution und des Bürgerkrieges (von Lenin bis Becher synonym verwandt). Ab Mitte der 1960er-Jahre agierte er für zwanzig Jahre und unter den spezifisch deutschen Verhältnissen als ein romantischer und letztlich tragischer Held, wobei er sich in der Alternative in der Rolle eines marxistischen Luther sah und später in der Logik der Rettung zu einem revolutionären Mystiker avancierte. Mit dieser Entwicklung stand Bahro dem Marxismus allerdings nicht gänzlich fremd gegenüber, denn sie beschrieb eine mögliche Konsequenz aus Marx' eigenen idealistisch-poetischen Anfängen und aus der Struktur einer säkularen (Weber) oder politischen (Vögelin) Religion, die der Marxismus spätestens mit der Oktoberrevolution angenommen hatte.

In formaler Hinsicht bewegt sich Bahros Frühwerk auf dem Gebiet der politischen Ästhetik, d. h. einer künstlerischen, kunstkritischen oder kunstwissenschaftlichen Praxis zur Erreichung primär politischer Zwecke. Das dabei bereits feststellbare Interesse an einer politischen Ethik sollte seine späteren Werkphasen bestimmen. Gerade an seinen frühen Versuchen, sich von den Vorgaben der Parteiethik, der Parteilichkeit und der Parteiästhetik des sozialistischen Realismus zu befreien, wird deutlich, dass es sich dabei um keinen Realismus, sondern um einen sozialistischen Idealismus und Utopismus gehandelt hat. Allerdings führte die Kritik am real existierenden Sozialismus und an dessen Doktrinen Bahro nicht zu einem Realismus im überkommenen, bürgerlichen Sinne, sondern er blieb der ursprünglichen gesellschaftlichen Utopie treu, oder er blieb in ihr befangen – je nach Perspektive. So oder so agierte Bahro als ein revolutionärer Romantiker.

Die Texte von Bahros wichtigsten Stichwortgebern fanden sich in verschiedenen Bibliotheken der Humboldt-Universität und der Potsdamer Universität. Bahros eigenen Zeitschriften- und Journalartikel, manche seiner Gedichte und die Texte, die unter seiner Regie als Redakteur entstanden sind, fanden sich in Spezialbibliotheken, wie der des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam oder auf Mikrofilm in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Als unschätzbare Mittel für Zufallsfunde erwies sich die Onlinerecherche, so ließen

sich z. B. im Zentralen Verzeichnis antiquarischer Bücher Broschüren oder Gedichtsammlungen mit Texten Bahros finden, die in den sonstigen Katalogen nicht verzeichnet sind.

Sehr hilfreich für die Arbeit waren die Zeitzeugengespräche. Es gab noch Gesprächspartner zu Bahros Grundschuljahren, dem Abitur, seiner Zeit als Student, als junger Parteijournalist auf dem Land, als Redakteur beim Forum und als Technologe in der Produktion – ein Archiv lebendiger Erinnerungen, das dem Abgleich mit anderen Sammlungen und Archiven bedurfte und zugleich den Weg dazu wies. Neben der gewonnenen Klarheit bei inhaltlichen Fragen, waren diese Gespräche ein großer persönlicher Gewinn. Mit einer einzigen Ausnahme handelte es sich um interessierte, unpräzise und entgegenkommende Gesprächspartner, und auch wenn die Gespräche wenig Sensationelles ergaben, so waren die daraus gewonnenen Mitteilungen und Hinweise doch ein Gewinn für das Buch.

Wenn von größeren Überraschungen die Rede sein soll, dann waren diese dann doch der Arbeit in den Archiven im eigentlichen Sinn vorbehalten. Im Privatarchiv eines Kollegen Bahros und befreundeten „Verschwörers“ fanden sich z. B. ein bisher unbekanntes Vorwort zur Alternative und ein unbekannter Brief Bahros, den er Walter Ulbricht während des Prager Frühlings 1968 schrieb. Im sehr umfangreichen Privatarchiv von Bahros Biografen Guntolf Herzberg befinden sich zahlreiche Materialien. Der noch nicht erschlossene Teil zum Frühwerk, der ihm von Bahros ersten Ehefrau überlassen wurde, barg noch einige Überraschungen, wie z. B. das bislang unbekannte Protokoll eines Gesprächs mit Alfred Kurella zum Verhältnis von Oktoberrevolution und Stalinismus. Am interessantesten waren allerdings die Funde aus dem erst kürzlich der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Nachlass Bahros im Archiv Grünes Gedächtnis in Berlin (AGG). Hierzu zählen u. a. zwei Briefe an Gorbatschow und ein kurzer Briefwechsel mit dem Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker. Nicht zuletzt sei auf die Bestände des Bahro-Archivs der Humboldt-Universität verwiesen, in dem vor allem mit Blick auf das Spätwerk noch mit interessanten Funden zu rechnen ist.

Thomas Schubert

Informationen

Ehrung des sozialdemokratischen Pazifisten Julius Gerson (1868-1944)

Führende Sozialdemokraten wie Hugo Haase, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg u. a. waren in Berlin-Dahlem Gast im Hause von Julius Gerson, Besitzer der Stein-druckerei Pittius in Berlin-Kreuzberg. Gerson sammelte im Ersten Weltkrieg bei wohlhabenden linken Pazifisten für die illegale Antikriegsflugschriften der Spartakusgruppe Geld und unterstützte auch einzelne Genossinnen und Genossen, ohne je eine Parteifunktion auszuüben. In der Weimarer Republik gehörte er zum Vorstand der „Liga für Menschenrechte“. Nach 1933 musste er als Jude nach Frankreich fliehen, wurde 1944 nach Verhaftung im Gefängnis von Straßburg umgebracht.

Nachdem am 23. März 2023 in einer gut besuchten Feierstunde vor dem damaligen Wohnhaus Im Dol 23 in Berlin-Dahlem ein Stolperstein für Julius Gerson verlegt worden war, ist im Technikmuseum Berlin nunmehr mit dem Ausgangspunkt der Pittius Stein-druckerei eine Ausstellung mit einer ausführlichen Beschreibung des Schicksals von Julius Gerson und seiner Familie zu sehen – auch online: <https://ausstellungen.deutsche-digitale-bibliothek.de/paul-pittius>.

Eine Edition der Briefe des sowjetischen Botschafters in Berlin von 1918

Als Projekt der Deutsch-Russischen Historikerkommission ist nunmehr diese wichtige Edition in Moskau erschienen:

Авторы-составители:

А.Ю. Ватлин, Л.В. Ланник, Т. Пентер

Берлинская миссия полпреда Иоффе 1918 г. Документы / авт.-сост. :

А.Ю. Ватлин, Л.В. Ланник, Т. Пентер. – М. : Политическая энциклопедия, 2023. – 618 с., ISBN 978-5-8243-2534-8.

Obwohl von deutscher Seite die Arbeiten in der Kommission wegen des Überfalls Russlands auf die Ukraine auf Eis gelegt worden sind, werden die bereits begonnenen Projekte zu Ende geführt. Deshalb wird bereits an einer Übersetzung ins Deutsche für eine deutschsprachige Ausgabe gearbeitet. Die Joffe-Briefe wurden bisher nur selten ausgewertet, so in einem Aufsatz von unserem Vereinsmitglied Ottokar Luban: Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten

am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. Beziehungen und Einflussnahme, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2009, S. 283-298. <https://www.kommunismusgeschichte.de/jhk/jhk-2009/article/detail/russische-bolschewiki-und-deutsche-linkssozialisten-am-vorabend-der-deutschen-novemberrevolution-beziehungen-und-einflussnahme?type=%22%3E%3Cscript%20%3Ealert%28String.fromCharCode%2888%2C83%2C83%29%29%3C%2Fsript%3E>.

Aus dem Inhalt der BzG 3/2023 (September), 179 Seiten

Matthias John: Karl Liebknechts bedeutendster Prozess – der Königsberger Prozess (Teil VIII)

Reinhold Werlein: Die Hungersnot 1932-1933 in der Sowjetunion

Siegfried Prokop: Das Wirken der GBM für die Rechte der DDR-Bürger im Beitrittsgebiet. Eine Rede zum Abschied

Klaus Leesch: Ein Denkmal für Paul Löbe und die Pressefreiheit. Veranstaltet am 17.02.2023 in der Europäischen Akademie Berlin e. V.

Andreas Heyer und Ulrich Busch: Zum Buch von Siegfried Prokop über die Ära Ulbrichts der DDR von 1950 bis 1970

Herbert Bauch: Zwangsarbeit in den Adlerwerken Frankfurt a. M. 1942-1944

Günter Benser: Jürgen Hofmann zum 80. Geburtstag

Lutz-Dieter Behrendt: Nachruf auf Prof. Dr. Gerhard Fuchs (30.06.1928-03.04.2023)

Annotationen: Rainer Holze zum Heft 243 der Pankower Vorträge der Hellen Panke; Michael Klein zum Heft 63 der „Mitteilungen“ des Förderkreises

Aus dem Inhalt der BzG 4/2023 (Dezember), 482 Seiten

Ulrich Busch: Die Hyperinflation von 1922/23 und das deutsche Inflationstrauma

Jaques Mayer: Der militärische Leiter der „Deutschen Oktoberrevolution“ schreibt 1927 an Stalin – ein Archivfund

Jörg Wollenberg: Das Bremer KZ Mißler im Spiegel der Berichterstattung der NSDAP und ihrer Gegner von 1933

Richard Albrecht: „Freunde, greift ein“. Carl Mierendorff (1897-1943). Über einen militanten sozialdemokratischen Intellektuellen der Zwischenkriegszeit

Michael Klein: „Millionen erwarten ihre Befreiung.“ Margarete Buber-Neumann und die Gründung des Befreiungskomitees über die Opfer totalitärer Gewalt

Benedikt Hopmann: „Die Gewerkschaft sind wir!“ Die Streiks im Jahre 1996 zur Verteidigung der Entgeltfortzahlung bei Krankheit

Bericht: Jürgen Hofmann: Die globalen Welten der De- und Reindustrialisierung. Von der 58. Tagung der ITH

Diskussion: Heinz Niemann, Siegfried Kuntsche und Alexander Amberger zum Buch von Siegfried Prokop über die Ära Ulbricht in der DDR von 1950-1970; Günter Benser: Die Debatte um die Ära Ulbricht – Versuch einer Bilanz

Francois Melis / Walter Schmidt: Nachruf auf Martin Hundt (13.7.1932-23.9.2023)

Günter Benser: Nachruf auf Klaus Höpcke (27.11.93-12.10.2023)

Annotation: Eckhard Müller zum Heft 64 der „Mitteilungen“ des Förderkreises, Gratulation der BzG-Redaktion zum 80. Geburtstag von Eckhard Müller

Rezensionen: u. a. von Holger Czitrich-Stahl zu: Marc Jones. 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2023; Günter Wehner zu: Ben Macicityre: Agent Sonja. Kommunistin, Mutter, Topspionin; Berlin 2022; Günter Benser zu Katja Hoyer: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR, Hamburg 2023

Einzelheft 16 Euro zzgl. Porto, Bestellung über jede Buchhandlung oder direkt beim trafo Wissenschaftsverlag (info@trafoberlin.de, 030/61299418).

Miszelle

Elly Lotte Schleif, verh. Bergtel-Schleif (1903-1965) – Eine Bibliothekarin im Widerstand gegen den Faschismus

Berlin war das Zentrum des politischen Widerstands von Bibliothekar:innen gegen die NS-Diktatur. Eine wichtige, wenn auch fast vergessene Person war die Diplombibliothekarin Elly Lotte Bergtel-Schleif. Die kommunistische Widerstandskämpferin wird zur „Roten Kapelle“ gezählt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die beliebte Dozentin Leiterin der Berliner Büchereischule in Ost-Berlin, deren Wiederaufbau ihr wesentlich zu verdanken ist.

Kindheit und Jugend

Lotte Schleif wurde am 4. Juli 1903 in Lichterfelde, heute Berlin, geboren. Ihr Vater Fritz Schleif war Volksschullehrer und Konrektor, von ihrer Mutter weiß man nur, dass sie Martha hieß und ihr Geburtsname Liedke war.¹ Ihre Eltern ermöglichten ihr eine gute Ausbildung. Zwischen 1909 und 1919 besuchte sie die Volksschule und das Krämersche Lyzeum und dann das Oberlyzeum in Berlin-Lichterfelde. Beim Oberlyzeum handelte es sich um ein Mädchengymnasium, zur Vorbereitung auf den Lehrerberuf. Lotte wollte jedoch Bibliothekarin werden und machte anschließend an der Zentrale für Volksbüchereien Berlin eine Ausbildung zur Bibliothekarin, die sie 1925 mit dem Examen zur Diplombibliothekarin an Wissenschaftlichen Bibliotheken abschloss.

Als Bibliothekarin in verschiedenen Städten

Nach bestandene Examen arbeitete die Diplombibliothekarin während der nächsten beiden Jahre in der Stadtbibliothek in Stralsund und weitere drei Jahre bis 1930 an der Freien Öffentlichen Landesbücherei in Gera und danach in der Stadtbibliothek Berlin-Neukölln. Zwischen 1933 und 1937 wurde sie Mitglied einer Kommission des Vereins Deutscher Bibliothekare, welche verbindliche Regeln für die Katalogisierung in Bibliotheken erarbeiten sollte. Ab 1936 war sie stellvertretende Leiterin der Städtische Volksbücherei Nordmarkplatz im Stadtteil Prenzlauer Berg, zwischen 1937 und 1942 übernahm sie die Leitung. 1939 wurde sie zur beamteten Bibliotheksinspektorin benannt. Während der Zeit ihrer Be-

1 Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel: Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle, Halle/S. 1992, S. 112.

rufstätigkeit traf sie sich mit einem Kreis von linksorientierten Bibliothekarinnen zu philosophischen Schulungsabenden. seit der Machtübergabe an die Nazis 1933 war sie bereits für die illegale KPD tätig, weil sie gegen den Faschismus arbeiten wollte.²

Widerstand gegen den Faschismus

Lotte Schleif zählte zum Kreis der Widerstandsgruppe um John Sieg (1903-1942) in Berlin-Neukölln. Sie erledigte vor allem Schreib- und Kopierdienste, half verfolgten zur Flucht und stellte ihre Wohnung für illegale Treffen und zu Übernachtungen zur Verfügung. Um 1933 machte sie die Bekanntschaft mit dem bereits verfolgten Sozialisten und Gewerkschaftsfunktionär Rudolf Bergtel (1897-1981) und gewährte ihm illegale Unterkunft.³ Kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wandte sie sich hilfeschend an die Gruppe um Harro Schulze Boysen (1909-1942), weil sie in ihrer Wohnung in Berlin-Wilmersdorf, Kaiserstraße 172, auf die Bitte des Freundes Philipp Schaeffer (1894-1943), erneut den wegen Hochverrat zu acht Jahren Zuchthaus verurteilten Rudolf Bergtel versteckt hielt, der wenige Tage zuvor aus einem Arbeitslager entflohen war.⁴ Genoss:innen, unter ihnen Elfriede Paul (1900-1981),⁵ halfen den Widerstandskämpfer in Sicherheit zu bringen, sodass er 1939 illegal in die Schweiz flüchten konnte.⁶ Von diesem Zeitpunkt an gehörte Lotte Schleif zu den aktiven Mitgliedern der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen-Harnack, die von der Gestapo der „Roten Kapelle“ zugeordnet wurde. Sie unterhielt Kontakte zu zahlreichen Mitarbeitern dieser Gruppe und unterstützte unter anderem den Bildhauer Kurt Schumacher bei der Vervielfältigung einer illegalen Schrift.⁷

Verfolgung und Verhaftung

Am 18. September 1942 wurde sie an ihrem Arbeitsplatz in der Volksbücherei-Hauptstelle am Nordmarkplatz⁸ verhaftet, in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz eingeliefert und zur Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße zum

2 Vgl. Hans Coppi: Philipp Schaeffer. Orientalist, Bibliothekar, Widerstandskämpfer, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz Nr. 3/2005, S. 366-386; hier: S. 375.

3 Zu Rudolf Bergtel vgl.: Bundesstiftung Aufarbeitung: Biographische Datenbanken Bergtel, Rudolf: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/rudolf-bergtel> (Zugriff: 21.12.2023).

4 Heinz Höhne: Die Geschichte des Spionageringes „Rote Kapelle“, 4. Fortsetzung, Die Gruppe Schulz-Boysen/Harnack, in: DER SPIEGEL, Nr. 25/1968, S. 100-114; hier: S. 114.

5 Zu Elfriede Paul vgl. Griebel/Coburger/Scheel, Erfasst, S. 100-101.

6 Coppi, Philipp Schaeffer, S. 377/383; Griebel/Coburger/Scheel, Erfasst, S. 112.

7 Zu Kurt Schuhmacher vgl. Ebenda, S. 130-131.

8 Heute Fröbelplatz.

Verhör gebracht. Anschließend wurde sie im Gefängnis in Berlin Plötzensee in Untersuchungshaft genommen. Am 5. und 6. Februar 1943 fand der Prozess vor dem 2. Senat des Reichskriegsgerichts statt. Der Strafantrag lautete auf Todesstrafe. Am 6. Februar 1943 wurde sie vom Reichskammergericht wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Haftzeit verbrachte sie ab 30. März 1943 im Gerichtsgefängnis Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 79, ab 10. September 1943 im Frauenzuchthaus Cottbus, ab 22. Januar 1944 im Frauenzuchthaus Jauer. Anfang 1945 brachte man sie zurück ins Frauenzuchthaus Cottbus und am 10. Februar 1945 ins Frauenstrafgefängnis Leipzig-Kleinmeusdorf. Dort wurde sie am 19. April 1945 durch die US-Armee befreit und am 10. Mai 1945 durch die Militärbehörde entlassen.⁹

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach ihrer Heirat mit dem aus der Schweizer Emigration zurückgekehrten Rudolf Bergtel im Jahr 1945 trug sie den Doppelnamen Bergtel-Schleif, unter dem sie auch publizierte. Später gab sie den Doppelnamen wieder auf. Von 1945-1946 wurde sie Referentin für öffentliche Bibliotheken in der Abteilung Volksbildung des Magistrats von Groß-Berlin und war für den Neuaufbau der Volks- und Betriebsbüchereien zuständig. 1946 wurde sie Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands SED. Von 1946-1947 war sie an der Volksbücherei (Stadtbibliothek) Berlin-Neukölln beschäftigt. 1947 erhielt sie die Auftrag, die Berliner Bibliotheksschule in Ost-Berlin aufzubauen; 1950 begann die Arbeit in der inzwischen gegründeten DDR. Nach der Fertigstellung übernahm sie die Leitung und war dort bis zu ihrer Pensionierung 1955 als Dozentin tätig. Bei den Schüler:innen, die an dieser Schule ihre Ausbildung zur Bibliothekar:in absolvierten, war sie offensichtlich sehr beliebt. Heinz Peter schrieb später, dass „die Leiterin Lotte Bergtel“ ihm Vorbild war und ihn stark beeinflusste, besonders weil sie dem NS Widerstand geleistet hatte, dafür bestraft wurde, und ihre Erfahrungen weitergab.¹⁰ „Sie konnte zuhören und sie wurde auch nicht ungeduldig, wenn sie etwas hörte, womit sie nicht einverstanden war,“ lobte der ehemalige Schüler.¹¹

1947 publizierte Lotte Schleif den Text „Möglichkeiten volksbibliothekarischer Arbeit unter dem Nationalsozialismus“.¹² Darin wies auf das Versagen vie-

9 Griebel/Coburger/Scheel, Erfasst, S. 112.

10 Heinz Peter: Bücher und Menschen, Eigenverlag 2005, S. 199 ff.; Heinz Peter, Versuch über Lotte Bergtel, in: Der Bibliothekar, 31 (1977), Beih. 3, S. 6-21. Ders., Auskunft über Lotte Bergtel, in: Laurentius, 14 (1997) 1, S. 14-22.

11 Heinz Peter: Auskunft über Lotte Bergtel, in: Laurentius, 14 (1997) 1, S. 15.

12 Lotte Bergtel-Schleif: Möglichkeiten volksbibliothekarischer Arbeit unter dem Nationalsozialismus (1947). Zitiert nach dem Nachdruck in Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der

ler Volksbibliothekare gegenüber dem NS-Staat hin und arbeite drei Verhaltensweisen heraus, zwischen denen Bibliothekarinnen und Bibliothekare sich in der NS-Zeit entscheiden mussten: erstens, den Wechsel in einen weniger exponierten Beruf, zweitens, das Ausharren bzw. Abwarten auf ihrem Dienstposten und drittens, eine Mitarbeit im Widerstand gegen das faschistische Regime. Die dritte Möglichkeit wertete Lotte Schleif, ohne zu schreiben, dass sie selbst diese gewählt hatte, als beglückende Aufgabe: „Es war der entsagungsvollste und zugleich beglückendste Weg. Hier war der Ausgleich gefunden, den die Volksbüchereiarbeit niemals zuließ. Die Büchereiarbeit selbst wurde zur Tarnung unter gleichzeitiger Benutzung jeder Chance zu individueller Resistenz. Diejenigen Berufskollegen, die diesen Weg in die ‚Dunkelheit‘, in die ‚zweite Existenz‘ gewählt haben, werden bestätigen, welch innere Befreiung diese Entscheidung mit sich brachte. Niemand, der im illegalen Kampf – und sei es als bescheidenstes Glied – gestanden hat, konnte jemals ganz der Verzweiflung anheimfallen, denn er sah und erlebte die besten Kräfte des Volkes. Er wußte, dass sich dieses Volk nicht restlos mißbrauchen ließ.“¹³ Das sind auch heute wichtige Worte, wenn es darum geht, gegen Faschismus und Rassismus zu kämpfen und sich nicht von rechtsgerichteten Kräften beeinflussen zu lassen.

Ab 1950 trat Lotte Schleif in den Ruhestand. 1956 erhielt sie den Vaterländischen Verdienstorden der DDR; 1958 die Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus 1933-1945. Sie starb am 26. Februar 1965 in Berlin (DDR) und gilt heute als die bekannteste Bibliothekarin im NS-Widerstand.¹⁴

Postume Ehrungen in der DDR

Zahlreiche Aufsätze und Gedenkfeiern zu Ehren von Lotte Bergtel-Schleif wurden in der DDR nach ihrem Tod verfasst bzw. abgehalten. An der Humboldt-Universität zu Berlin wurde 1975 am Institut für Informationswissenschaft zum ersten Mal der Bergtel-Schleif-Preis verliehen. Ausgezeichnet wurden Arbeiten, die sich durch schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auszeichneten und zur Lösung von Schwerpunktaufgaben in der bibliotheks- und informationstechnischen Forschung beitragen. Heute gibt es an der HU einen (oder mehrere) „Preis/e für gute Lehre“. Von einem Lotte-Schleif-Preis ist 33 Jahre nach der „Wende“ schon lange keine Rede mehr. Am 27. Juni 1973 wurde an der Stadtbücherei am Baumschulenweg (damals Lotte-Bergtel-Bibliothek) eine Gedenkta-

Frauenarbeit in Bibliotheken, hrsg. Helga Lüdtko (Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1992), S. 130.

13 Ulrich Hohoff: Wissenschaftliche Bibliothekarinnen und Bibliothekare als Opfer der NS-Diktatur. Eine Übersicht über 250 Lebensläufe seit dem Jahr 1933. Teil 2: Emigration, Widerstand, Deportation und Gefangenschaft, in: o-bib - Das offene Bibliotheksjournal: <https://www.o-bib.de/bib/article/view/2016H2S1-41/5368> (Zugriff: 21.12.2023).

14 Ebenda.

Ofel angebracht, die heute nicht mehr existiert. Schade, dass sie auch nicht wieder hergestellt wird, denn nach der „Wende“ wurde die Lotte-Bergtel-Bibliothek reorganisiert und umbenannt. Sie heißt jetzt Stadtteilbibliothek Baumschulenweg. Damit ist auch Lotte Schleif zu einer der vielen zu Unrecht vergessenen Frauen geworden, die gegen den Faschismus und Militarismus gekämpft haben und die uns heute Wegbereiterinnen sein könnten.

Gisela Notz

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2023

Das Geschäftsjahr 2023 wurde vom Krieg zwischen Russland und der Ukraine sowie durch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Eingreifens der Politik in die allgemeine Lage beeinflusst. Dies kam im Editorial des Heftes 63 zum Ausdruck.

Insgesamt konnte der Förderkreis auf eine überwiegend erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen, die Mitteilungen haben sich auf einem hohen Qualitätsstandard behauptet. Weitere Veranstaltungen des Förderkreises konnten realisiert werden. Die Arbeit des Vereins konzentrierte sich 2023 sowohl auf die wissenschaftliche und kulturelle Publizistik als auch auf die Begleitung der Debatte um die Zukunft der BStU-Unterlagen und der SAPMO-BArch.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1. Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK)

Im März und September erschienen die Hefte 63 und 64 der Mitteilungen unter der redaktionellen Federführung von Elke Reuter und Alexander Amberger. Unterstützt wurde die Redaktion von Jochen Gester (Satz/Layout) und Rainer Knirsch (Korrektur) vom Verlag DIE BUCHMACHEREI. Die Auflage stabilisierte sich bei 200 Exemplaren, die vollständig ausgegeben bzw. veräußert werden konnten. Unsere Zeitschrift leistete auch im letzten Jahr weitere Beiträge zu den Debatten zur Geschichte der DDR, zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zum Widerstand gegen die NS-Diktatur, zur Friedensbewegung und zur Nachkriegsgeschichte im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten. Dazu trugen die dokumentierten Quellen, Dokumente, Vorträge und Forschungsberichte (Gisela Notz, Trille Schünke, Stefan Heinz, Siegfried Prokop, Klaus Leesch, Hans Rainer Sandvoß, Christoph Stamm) wie auch Diskussionsbeiträge, Besprechungen, Interviews und Berichte bei. Den öffentlichen Vortrag vor der 32. Jahresmitgliederversammlung am 6. Mai 2023 hielt Dr. Volker Külow (Leipzig). Fortgesetzt wurde das Vorstellen von Archiven, Bibliotheken und Erinnerungsstätten, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, der demokratischen Bewegungen und der DDR beschäftigen. So wurden z. B. im Heft 63 das Fritz-Bauer-Archiv in Bochum, die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall in Frankfurt/M. und die Bemühungen um die Erhaltung des Zeitgeschichtlichen Archivs in Berlin-Marzahn vorgestellt, in Heft 64 das Kulturhistorische Archiv

(KHA) des Humanistischen Verbandes (Landesverband Berlin-Brandenburg), Gedenktafeln der Arbeiterbewegung in Jena und Apolda sowie das Schaudepot „Für Freiheit und Demokratie!“ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Unsere Interviewreihe wurde mit Thilo Scholle und Vera Bianchi fortgesetzt. Gleiches gilt für die Rubrik „Neues aus der Forschung“, die sich großen Interesses erfreut und seit langem ein Kennzeichen unserer Mitteilungen ist. Hier kamen 2023 Beiträge zur schweizerischen Gewerkschaftsgeschichte und ein Promotionsprojekt zur Globalgeschichte großer Hafenstreiks in den 1940er-/1950er-Jahren zum Abdruck.

Die Mitteilungen wurden 2023 weiter beim „Schaltungsdienst Lange Buchdruck“ in Berlin gedruckt. Die Heftstärken waren im vergangenen Jahr ähnlich: besaß Heft 63 einen Umfang von 118 Seiten, so Heft 64 von 100 Seiten.

Es zeichnet sich weiterhin positiv ab, dass neue und jüngere Autorinnen und Autoren gewonnen werden können und dass die Verbreitung der Mitteilungen in weitere Regionen zunimmt. Der Kreis der uns wahrnehmenden Zeitschriften und Zeitungen hat sich leider immer noch nicht nennenswert erweitert. Ohne Eigeninitiative wären wohl kaum Besprechungen zustande gekommen. Das Anbieten von Anzeigen bzw. des Anzeigentauses könnte hier weiterhelfen.

Im Juli 2023 erschien das Sonderheft der Mitteilungen mit dem Thema „Kein Schlussstrich! Der Aufstieg des deutschen Faschismus und der antifaschistische Widerstand“ als Dokumentation des Ehrensymposiums für unseren verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden Dr. Reiner Zilkenat (1950-2020).

Der 2019 errichtete „Wissenschaftliche Beirat“ der Mitteilungen unterstützte uns bei der Qualitätssicherung, bei der Gewinnung neuer Autorinnen und Autoren und bei der Mitgliederwerbung. Kommunikation und Kooperation verliefen in der Regel solidarisch und positiv. Zahlreiche Mitglieder des „Wissenschaftlichen Beirats“ haben in Vorbereitung der 32. Jahresversammlung am 10. September 2022 ihre Vorschläge zur Qualitätsentwicklung der Mitteilungen ausgetauscht und auf schriftliche Weise bzw. in einer Zoom-Konferenz weitergegeben. Es wurde bestätigt, dass das Augenmerk auf Archive, Bibliotheken und Erinnerungsstätten unser „Markenkern“ bleiben solle. Eine Blattkritik soll es auch zur 33. Jahresmitgliederversammlung geben.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern des Vereins und des „Wissenschaftlichen Beirats“, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben. Zu danken ist Dr. Ursula Bitzegeio (Bonn), die im Herbst 2023 aus dem Wissenschaftlichen Beirat ausschied. An ihre Stelle trat ab dem 18.9.2023 mit Beschluss des Vorstands PD Dr. Stefan Müller (Duisburg/FES).

1.2. Veranstaltungen/Vorträge

Im Vereinsjahr 2023 konnten wir unsere öffentlichen Veranstaltungen fortsetzen. Am 23. März referierte im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe von SAPMO-BArch, Förderkreis und Johannes-Sassenbach-Gesellschaft Dr. Riccardo Altieri (Würzburg) zum Thema „Historischer Rekonstruktivismus und Netzwerkforschung – von den Grenzen archivaliengestützter Biographieforschung am Beispiel von Rosi Wolfstein und Paul Frölich“. Die Veranstaltung fand im großen Vortragssaal des Benutzungszentrums des Bundesarchivs Berlin statt und wurde von ca. 30 Personen besucht.

Am 6. Mai hielt anlässlich unserer 32. Jahresmitgliederversammlung Dr. Volker Külow (Leipzig) den öffentlichen Vortrag. Sein Thema: „Vom Felsenkeller nach Falkenstein und zurück. Einige Bemerkungen zur gegenwärtigen Pflege des Erbes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Sachsen“.

1.3. Webseite

Seit dem Jahreswechsel 2020/21 betreut Ingo Müller unsere neugestaltete Homepage. Die notwendigen Aktualisierungen wurden von ihm zeitnah vorgenommen. Durch die Webseite konnte Autorinnen und Autoren ein weiteres Publikationsangebot gemacht werden. Unsere Veranstaltungen wurden auf der Webseite angekündigt und zum Teil nach ihrer Durchführung mit Bild- und Textmaterial dokumentiert. Die Digitalisierung der Mitteilungen ist abgeschlossen. Die Vereinschronik wurde bis zum Jahresende 2023 auf den aktuellen Stand gebracht. Im Geschäftsjahr 2023 wurden die Einträge des Förderkreises und der Mitteilungen bei Wikipedia zeitnah aktualisiert.

2. Zusammenarbeit mit der SAPMO-BArch und Interessenvertretung der Mitglieder

Die gemeinsame Vortragsreihe mit der SAPMO-BArch und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft konnte am 23. März fortgesetzt werden. Für 2024 ist ein Termin bereits anberaumat, eine Zoomkonferenz der Beteiligten der Vortragsreihe fand im November statt.

Die Arbeit des Kuratoriums der SAPMO-BArch wurde 2023 unter Präsenzbedingungen fortgesetzt. So fand die 33. Kuratoriumssitzung am 20. April statt. Über die Sitzung wurde im Vorstand gesprochen, die entsprechenden Berichte erschienen in den Mitteilungen. In Sachen Zukunft des Areals in Lichtenberg berichtete Prof. Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, dass es hinsichtlich der Baufragen am Standorts Berlin-Lichtenberg keine neuen Entwicklungen gebe. Wohl aber treten Konturen von Alternativplanungen, etwa Lichtenfelder, als Schwerpunktstandort zur DDR-Geschichte hervor, die von uns intensiv verfolgt

werden müssen.

Der Förderkreis jedenfalls wird weiterhin die aktuellen Entwicklungen aufmerksam verfolgen und bewerten sowie im Interesse der von ihm vertretenen Einbringer möglichst im Verein mit anderen Betroffenenvertretungen tätig werden, wo es sich gebietet. Insbesondere mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft bestehen gute Arbeitskontakte.

3. Beziehungen zu anderen Vereinigungen

3.1. Berlin-Brandenburgisches Bildungswerk/Zeitgeschichtliches Archiv

2023 beschäftigte uns der Verbleib der Sammlungen des Zeitgeschichtlichen Archivs (ZGA). Günter Benser und Kurt Metschies engagierten sich erneut in dieser Sache. Mittlerweile konnte der Hauptteil des Archivs nach Shanghai verbracht werden, wo er hoffentlich bald digitalisiert zur weltweiten Nutzung zur Verfügung stehen wird. Einzelne Bereiche sind durch Übernahmen innerhalb der Bundesrepublik gesichert worden.

3.2. ITH

Die 58. ITH-Konferenz mit dem Leitthema „Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und wirtschaftlicher Wandel – transnationale Perspektiven aus der Arbeitsgeschichte“ fand vom 7.- 9. September 2023 in Linz statt. Für den Förderkreis nahm sein Vorsitzender Dr. Holger Czitrich-Stahl an der Tagung teil. Der Bericht über die Konferenz erscheint 2024 im Heft 65 der Mitteilungen. Der Bericht über die 57. ITH-Konferenz (2022) erschien im Heft 63.

3.3. IALHI

Im Jahr 2023 erschien der Bericht über die 52. IALHI-Jahreskonferenz (2022) im Heft 63 der Mitteilungen. Wenn möglich, sollte demnächst ein Vorstandsmitglied zumindest online an den IALHI-Konferenzen teilnehmen.

3.4. Andere Vereinigungen und Publikationen

Es bestehen nach wie vor Arbeitskontakte zum August-Bebel-Institut, zur Friedrich-Ebert-Stiftung, zur Hellen Panke e.V., zum Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bund und in Sachsen, zur Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, zum Koordinationskreis Unvollendete Revolution 1918 und zur Paul-Löbe-Stiftung bzw. Hugo-Preuß-Stiftung. Dieses Netzwerk zur Kultur- und Wissenschaftsvermittlung sollte ausgebaut werden.

Verlagskontakte besitzen wir besonders zur Edition Bodoni, zum Trafo-Verlag und zum Verlag Die Buchmacherei, Redaktionskontakte bzw. redaktionelle

Mitarbeit in anderen Fachzeitschriften erfolgen durch Rainer Holze (Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung; Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung) und Holger Czitrich-Stahl (Arbeit – Bewegung – Geschichte).

4. Vereinsangelegenheiten

2023 mussten wir wieder Abschied nehmen. Es verstarben unsere langjährige Kassenprüferin Barbara Kontny, die Gründungsmitglieder unseres Vereins Dr. Jürgen Stroech und Klaus Höpcke sowie Prof. Dr. Gerd Callesen.

Am 6. Mai führten wir unsere 32. Jahresmitgliederversammlung im Nachbarschaftszentrum „RuDi“ in Berlin-Friedrichshain durch. Turnusgemäß fanden die Wahlen zum Vorstand statt. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder standen erneut zur Wahl und wurden wiedergewählt.

Die Vorstandssitzungen wurden am 15. Februar, am 25. Mai, am 12. September und am 14. Dezember 2023 durchgeführt. Die zwischenzeitliche und nachfolgende Koordination der Vorstandsarbeit erfolgte schriftlich, postalisch und fernmündlich. Wie in den vergangenen Jahren, so wurde auch im Berichtszeitraum auf den Sitzungen und in der Vorstandskorrespondenz den Mitteilungen und den anderen Vorhaben und Publikationen des Förderkreises große Aufmerksamkeit gewidmet. Weiterhin besprachen wir die Zukunft des Vereinsarchivs.

Günter Benser stand dem Vorstand mit Rat und Tat in Sachen SAPMO-BArch zur Seite.

Keith Grünewald organisierte den Vertrieb der Mitteilungen und wurde dabei von Dagmar Goldbeck unterstützt. Christoph Stamm unterstützte die Redaktion durch die Begutachtung archivwissenschaftlicher Beiträge.

Elisabeth Ittershagen legte die Finanz- und Mitgliederentwicklung dar. Rainer Holze unterstützte u. a. die Redaktion bei der Gewinnung von Themen, Autoren und Rezensenten für die Mitteilungen und bei der Vernetzung mit anderen Multiplikatoren. Ingo Müller betreute die Webseite des Fördervereins, Jochen Gester und Rainer Knirsch unterstützten die Redaktion bei Korrektur, Layout und Satz und hielten den Kontakt zur Druckerei.

Auf jeder Sitzung und in seinem Schriftverkehr thematisierte der Vorstand weiterhin die aktuellen Entwicklungen zur Zukunft der SAPMO-BArch und das entsprechende Vorgehen zur Vertretung der diesbezüglichen Vereinsanliegen.

5. Vereinsarchiv

Das von Sylvia Gräfe geordnete und verzeichnete Vereinsarchiv wird 2023/24 aktualisiert. Gleiches gilt für das Findbuch. Eingearbeitet in den Aktenbestand werden die fortlaufenden Unterlagen. Am 25. Mai wurde beschlossen, das Ver-

einsarchiv beim Vorsitzenden zu deponieren. Im Juli wurde das Archiv an den Vorsitzenden übergeben, der es vorübergehend betreut und weiterführt.

Herzlichen Glückwunsch

Am 2. Dezember 2023 feierte Dr. Eckhard Müller seinen 80. Geburtstag. Als langjähriges Mitglied unterstützte er unseren Verein auf vielfältige Weise, so mehrere Wahlperioden als Vorstandsmitglied und Schriftführer und bis 2009 auch im Vertrieb unserer Zeitschrift. Mit seinen profunden wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, erwähnt seien die Editionen der Reden und Schriften August Bebels und die neuen Werkbände Rosa Luxemburgs, gestaltete er das Profil unseres Vereins in Vorträgen und Zeitschriftenartikeln maßgeblich mit. Eckhard ist immer ein verlässlicher Ratgeber und Mitstreiter.

Wir gratulieren herzlich, wünschen Gesundheit und Lebensfreude und hoffen auf weitere produktive Zusammenarbeit.

Einladung zur 33. Jahresmitgliederversammlung

Liebe Vereinsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,
der Vorstand unseres Förderkreises hat die diesjährige Jahresmitgliederversammlung

für **Samstag, den 27. April 2024**, einberufen.

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Regularien
 - 1.1 Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
 - 1.2 Wahl einer Versammlungsleitung
 - 1.3 Bestätigung des Protokolls der 32. Jahresmitgliederversammlung
2. Berichte
 - 2.1 Erläuterungen zum Geschäftsbericht 2023
 - 2.2 Kassenbericht
 - 2.3 Bericht der kommissarischen Kassenprüfer
3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte
4. Wahlen
 - 4.1 Wahl einer Wahlleitung
 - 4.2 Nachwahl der Kassenprüfer
5. Informationen
 - zur Entwicklung der SAPMO
 - des Wissenschaftlichen Beirats der Mitteilungen

Anschließendes Gespräch und Diskussion
6. Schlusswort (gegen 14 Uhr)

Die Jahresversammlung führen wir dieses Mal im Stadtteilzentrum „Kreativhaus“, Fischerinsel 3, 10179 Berlin, durch. Beginn: 12.30 Uhr. Vor unserer Jahresversammlung wird wie üblich ein öffentlicher Vortrag stattfinden. Es spricht **Dr. Gisela Notz** (Berlin): „**August Bebel oder: Der revolutionäre Sozialdemokrat**“. Beginn: 10.30 Uhr.

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen,
Der Vorstand

Anmerkungen zur Tagesordnung und organisatorische Hinweise

Das von der Versammlung zu bestätigende Protokoll der 32. Jahresmitgliederversammlung finden Sie in Heft 64 (September 2023), den zur Diskussion und Abstimmung stehenden Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2023 in Heft 65 (März 2024).

Verpflegung wird vor Ort zur Verfügung stehen.
Vor den Veranstaltungen und während der Pausen haben Sie die Möglichkeit, Ihren Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

Anträge und Vorschläge richten Sie bitte an die Adresse unseres Vorsitzenden:
Dr. Holger Czitrich-Stahl, Beethovenstraße 51, D-16548 Glienicke/Nb. – Tel.: 033056-77417 – E-Mail: czitrich-stahl@arcor.de

Verkehrsverbindung

Sie erreichen den Tagungsort Stadtteilzentrum-Kreativhaus über folgende Verkehrsverbindungen:

U2: Märkisches Museum, Busse: 147, 165, 248, 265

U- und S-Bahn: Jannowitzbrücke

Weitere Hinweise

Webseite: <https://www.kreativhaus-berlin.de>

Weitere Informationen entnehmen Sie gegebenenfalls unserer Homepage

<http://archive.fabgab.de/>

Nachruf Klaus Höpcke (27.11.1933-14.10.2023)

Inge Pardon hat in ihrem Erinnerungsbericht – verfasst für die Festschrift 20 Jahre Förderkreis – festgehalten, dass der erste Verantwortungsträger, den sie für die Gründung unseres Förderkreises gewonnen hat, Klaus Höpcke war. Mit seinem Tode haben wir also einen der Gründungsväter unseres Vereins verloren.

Höpckes Gesamtlebenswerk hat anderenorts seine Würdigung erfahren. Wir wollen es hier bei seinen Verdiensten auf unserem gemeinsamen Tätigkeitsbereich belassen. Klaus Höpcke, der zu den Einberufern des Außerordentlichen Parteitages gehörte, mit dem der Erneuerungsprozess von der SED zur Partei des demokratischen Sozialismus eingeleitet wurde, erschloss sich nunmehr ein ganz neues Arbeitsfeld. Da er im neugewählten Parteivorstand die Leitung der Kommission Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik übernahm, erwuchs ihm ein hohes Maß an Verantwortung für die wissenschaftlichen Institutionen seiner Partei, nicht zuletzt für die Bewahrung des Zentralen Parteiarchivs und die mit ihm verbundene Bibliothek, für die Weiterführung der Marx-Engels-Gesamtausgabe. Von ihm und von Günter Benser wurde die Vorlage für den Beschluss eingereicht, mit dem das Präsidium des Parteivorstandes die Umbildung des Instituts für Marxismus-Leninismus in das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung bestätigte.

Am meisten bedroht sah sich das Zentrale Parteiarchiv. Der am 6. März 1991 gegründete Förderkreis Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung – so lautete zunächst der Vereinsname – wollte sachkundige angesehene Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland gewinnen, die dem Ringen um die Einbindung von Archiv und Bibliothek in zukunftssichere Strukturen Rückhalt und Kompetenz zu verleihen vermochten. Das ist dank des Wirkens des Vereinsvorsitzenden Henryk Skrzypczak auch in beeindruckendem Maße gelungen. Klaus Höpcke, der von März bis Oktober 1990 der Volkskammer der DDR angehörte, hat seinen Beitrag als Parlamentarier geleistet und ist im Gleichklang mit dem Förderkreis unermüdlich Versuchen der Enteignung oder Aufsplitterung der Bestände entgegengetreten.

Als die Zeit herangereift war, um zwischen den Vertretern des Ministeriums des Innern sowie des Bundesarchivs und den Bevollmächtigten der PDS die Konditionen für eine dauerhafte Lösung auszuhandeln, gehörten neben dem Parteivorsitzenden Gregor Gysi und Klaus Höpcke auch die Leiterin des Zentralen Parteiarchivs und Initiatorin unseres Förderkreises auch dessen Vorsitzender Henryk Skrzypczak zu den Verhandlungspartnern. So kam der schließlich von Gregor Gysi

und Klaus Höpcke unterzeichnete Vertrag über die Einbringung von Archiv, Bibliothek und Technischen Werkstätten in die unselbständige Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) zustande. Klaus Höpcke hat in seiner Doppelfunktion als Vertreter der PDS und als unser Vereinsmitglied dazu seinen konstruktiven Beitrag geleistet. Aus Tagebuchnotizen Skrzypczaks und Erinnerungen Höpckes lässt sich entnehmen, wie in beider Zusammenarbeit gegenseitiger Respekt zwischen dem Westberliner Sozialdemokraten und dem langjährigen Partei- und Staatsfunktionär der DDR gewachsen ist und sich eine dauerhafte Freundschaft anbahnte.

Klaus Höpcke hat, solange es sein Gesundheitszustand erlaubte, aktiv in unserem Förderkreis mitgewirkt und dessen Versammlungen mit nützlichen Informationen und wertvollen Anregungen bereichert. Im Kuratorium der SAPMO-BArch, dem er fast drei Jahrzehnte lang angehörte, hat er nicht nur die Verbindungen zwischen Förderkreis und Stiftung gepflegt, sondern auch Sorge getragen, dass bei allen Entscheidungen der Satzung der Stiftung und den abgeschlossenen Verträgen Rechnung getragen wird.

Mit unserer Trauer verbindet sich der Dank an unseren Weggefährten Klaus Höpcke.

Günter Benser

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Friedrich Lenger: Der Preis der Welt. Eine Globalgeschichte des Kapitalismus. C. H. Beck, München 2023, 669 Seiten.

Vom Handels- über den Industrie- zum Finanzmarktkapitalismus

Bis zum Ende des zweiten Jahrzehnts in diesem Jahrhundert – und damit über einen Zeitraum von rund 50 Jahren – haben sich Friedrich Lenger zufolge die weltweiten ökonomischen und politischen Verflechtungen allen Widersprüchen zum Trotz deutlich beschleunigt. Erste Indizien einer Stagnation zeigten sich Angaben der WTO zufolge Ende des letzten Jahrzehnts in Form rückläufiger weltweiter Warenexporte, die durch Corona-Pandemie in den Jahren 2020 bis 2022 noch einmal verstärkt wurden. In seiner „Globalgeschichte des Kapitalismus“ zeichnet Lenger die prägenden Entwicklungslinien bis zur Jetztzeit nach. Seine Leitfrage: „Wie (hat) die Dynamik des Kapitalismus asymmetrische Verhältnisse in der Welt hervorgerufen?“ (S. 13).

Lenger startet seine Analyse mit dem Handelskapitalismus im eurasischen Raum vor der Entdeckung Amerikas. Er stützt sich dabei auf Arbeiten der US-amerikanischen Soziologin Janet Abu-Lughod. Von einem Kontinente umfassenden Handelssystem könne demnach schon von Mitte des 13. bis Mitte des 14. Jahrhunderts gesprochen werden (S. 33); als die Pest den Handelswegen von Ost nach West folgte, war der Boom vorüber. Den geografischen Raum dieses Handelssystems bildete der Indische Ozean. Hier spielten China und

Indien führende Rollen als Exporteure. Die italienischen Stadtstaaten wie Genua und Venedig waren im Mittelmeerraum tätig, bedienten Handelswege nach Nordwesteuropa und bildeten das westliche Ende der Seidenstraße.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang Lengers Hinweis auf den Zusammenhang von frühem Handels- und Finanzkapitalismus. Wechselgeschäfte zur Absicherung von Zahlungsverprechen und die Nutzung von Bankkonten waren Abu-Lughod zufolge in China und Indien zum Teil schon seit dem 11. Jahrhundert im Handel innerhalb religiös-homogener Welten verbreitet, etwa der christlichen, moslemischen, indischen oder armenischen (S. 38). In Oberitalien haben sich Wechselgeschäfte – die einigen als der Beginn frühkapitalistischer Aktivitäten gelten – erst ab dem 13. Jahrhundert etabliert und waren Mittel, um die Handelsprozesse am Laufen zu halten.

Die gewaltsamen europäischen Eroberungen vor allem in Mittel- und Südamerika, die radikale Ausbeutung von Gold und Silber und deren Import ab dem frühen 16. Jahrhundert beförderten massiv den europäischen Fernhandel und den Aufbau von Handelsnetzwerken zwischen Amerika, Asien und Europa. Spanien etwa bestritt mit den erzielten Einnahmen die hohen Kosten seiner Kriege und es entstanden enge Verbindungen zwischen Staat und Handelskapital (S. 86). Vor allem im 17. und 18. Jahrhundert stiegen die Staatseinnahmen der Handelsnationen kontinuier-

lich an, was etwa den Wandel der Niederlande und von England zu fiskalisch-militärischen Staaten beschleunigte (S. 75 f.). Ob die Staaten dann, wie es bei Immanuel Wallerstein anklingt – zu „Handlangern des merkantilen Kapitals“ wurden, sei dahingestellt.

Von der Mitte des 17. bis weit ins 19. Jahrhundert waren Lenger zufolge Handelskapitalismus, Plantagensklaverei und Kolonialismus eng miteinander verbunden. Das Handelskapital war ein wesentlicher Antreiber für ein profitorientiertes und mit Gewaltmitteln aufrechterhaltenes Plantagensystem, das sich zu einem „agro-industriellen Produktionskomplex“ entwickelte (S. 112). Die Kommodifizierung von Menschen bezeichnet Lenger als Perversion: „Sie verband das tägliche Geschehen auf den Plantagen mit dem Treibriemen kapitalistischer Entwicklung: dem Kredit“ (S. 127). Zudem, so Lenger, dürften dabei vielfältige Kooperationen lokaler und regionaler Geldgeber mit internationalen Finanzmärkten nicht unberücksichtigt bleiben (S. 127).

Den Gepflogenheiten der Geschichtswissenschaft und der Wirtschaftsgeschichte folgend, unterscheidet Lenger die zweite industrielle Revolution von der ersten, die er in der Zeit von 1750 bis 1830 ansiedelt. Damit ergeben sich in der Anfangszeit noch zeitliche Parallelitäten mit dem Handelskapitalismus. Zumindest in den USA wurde das durch Handel und Sklaverei akkumulierte Kapital allmählich in die beginnende industrielle Produktion investiert. Als Financiers waren in London bis Mitte des 19. Jahrhunderts Handelsbanken führend, die sowohl im Warenhandel als auch bei Geldgeschäften tätig waren. Aktienbanken gab

es erst nach 1825 (S. 175).

Wie zu erwarten, befasst Lenger sich beim Thema industrielle Revolution mit der Frage, warum gerade in England – und nicht in China – die kapitalistische Entwicklung ihren Anfang nahm, ein Aspekt, der üblicherweise unter dem Thema „die große Divergenz“ diskutiert wird. Ein zentraler Faktor für Lenger ist der Handelskapitalismus in enger Verbindung mit politischen Interessen – man ist geneigt zu sagen den imperialistischen Zielen – nämlich: „der Vorherrschaft des britischen Reiches auf den Meeren der Welt und die durch sie abgesicherte Durchsetzung britischer Handelsinteressen“ (S. 156).

Die zweite industrielle Revolution fällt in Lengers Periodisierung mit dem Zeitalter des Imperialismus zusammen und reicht von den frühen 1870er-Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise 1929. Die ökonomische Entwicklung wurde von drei technologischen Innovationen vorangetrieben: der Dampfschiffahrt, der Eisenbahn und dem Telegrafen (S. 216). Dazu kam die Entstehung von Großunternehmen, nicht zuletzt gefördert als Folge der Wirtschaftskrise 1893 (S. 223). Profiteure waren Banken. Ihre Einflussmöglichkeiten waren enorm: Industriefinanzierer wie J. P. Morgan sowie vier weitere Finanzkonzerne waren Lenger zufolge 1912 in den Aufsichtsräten von 68 Großunternehmen tätig (S. 243). Ähnliche Konzentrationsformen waren in Deutschland, Großbritannien und Japan zu verzeichnen.

Was bei Lenger deutlich zu kurz kommt, sind die politisch-ökonomischen bzw. imperialistischen Auswirkungen der Berliner Kongo-Konferenz 1884/85. Er beschreibt

sehr detailliert die wirtschaftlichen Auswirkungen und die daraus entstandenen Abhängigkeiten einer ungleichen und kombinierten Entwicklung in Afrika und verwendet die Begriffe „imperialistische Metropolen“ (S. 302) und „Zeit des Hochimperialismus“ (S. 302). Ihm fehlt aber eine stringente Imperialismustheorie wie sie etwa Tobias ten Brink in „Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Münster 2008“ aufzeigt. Für ihn zeichnet sich Imperialismus durch eine enge Vernetzung politisch(-militärischer), ökonomischer und ideologischer Strukturen und den daraus entstehenden und immer wieder neu reproduzierten Macht- und Herrschaftsverhältnissen aus.

Im letzten Drittel seiner Studie behandelt Lenger zunächst die Zeit von 1929 bis 1970, um sich abschließend mit dem halben Jahrhundert von 1970 bis zur Gegenwart zu befassen. Die vier Jahrzehnte von der Weltwirtschaftskrise bis zu den 1970er-Jahren sind für ihn gekennzeichnet durch den Aufbau supranationaler Instanzen und staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben (S. 333). In einer ersten Phase gab es ihm zufolge „wiederholte Anläufe zur Rekonstruktion einer Ordnung nach Vorbild des 19. Jahrhunderts“. Erst in einer zweiten Phase entstanden als Folge der Konferenz von Bretton-Woods (im Juli 1944) Institutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die International Trade Organization, aus der später die WTO hervorging (S. 345 f.); sie prägten die fordistischen Jahrzehnte bis in die frühen 1970er-Jahre und spielen auch heute noch eine bedeutende Rolle.

Die darauffolgende neoliberale Welt-

ordnung und die massive Erweiterung der kapitalistischen Weltwirtschaft durch die postsozialistischen Staaten führte schließlich seit Beginn des 21. Jahrhunderts zu einem „Industriekapitalismus im Zeichen neuer Wertschöpfungsketten“ (S. 454 ff.); in diesen – so Lengers These – würden die „Grenzen zwischen Produktion und Handel (sowie) zwischen Industrie und Dienstleistungen verschwimmen“ (S. 472). Vor allem für die Konsumgüterbranche sieht er sowohl eine „Dominanz des Handels über die Produktion“ (S. 493) als auch eine immer stärkere „Durchdringung von Produktion und Handel durch den Finanzsektor“ (S. 494), dem er indirekt eine dominierende Rolle zuspricht. Diese These nimmt er in seinem Schlusskapitel durch den Bezug auf Giovanni Arrighi etwas zurück. Diesem zufolge hätten sich die systemischen Akkumulationszyklen der Weltwirtschaft seit dem Mittelalter von einem System, in dem Akkumulationsnetzwerke vollständig in Machtnetzwerke eingebettet und diesen untergeordnet waren, zu einem System weiterentwickelt, in dem Machtnetzwerke vollständig in Akkumulationsnetzwerke eingebettet und diesen untergeordnet seien (S. 519). Trotz einiger Schwächen im Detail halte ich die Studie in Anbetracht der Breite des empirischen Materials – das offen ist für andere Interpretationen – für unbedingt lesenswert.

Jürgen Wasem-Gutensohn

Frank Jacob (Hrsg.): Emma Goldmann oder die Freiheit um jeden Preis. Dietz, Berlin 2023, 160 S., ISBN 978-3-320-02408-6.

Der Autor stellt die russisch-amerikanische Anarchistin Emma Goldman (1869-1940) mit einer einleitenden Kurzbiografie vor und lässt sie danach mit neun Auszügen aus ihren Schriften für sich selbst sprechen. Abgerundet wird das Buch durch eine Chronologie wichtiger Daten, ein Personenregister und ausführliche Literaturhinweise.

Mit verschiedenen Schwerpunkten skizziert der Autor die Gedankenwelt und politische Laufbahn Goldmanns. Sie beginnt mit der widerspenstigen jungen Frau, die, schon als Kind allergisch gegen jegliche Autorität, sich mit 16 Jahren aus familiären Zwängen, insbesondere des autoritären Vaters, aus den Konflikten mit der jüdischen Tradition und den ausbeuterischen Strukturen in einer Fabrik löste und mit Schwester und Schwager in die USA auswanderte, wo sie bald mit Anarchisten in Kontakt kam, auch mit Alexander Berkman, der ihren künftigen Weg begleiten sollte. In der Erkenntnis, dass die Verhältnisse in den USA in keiner Weise die großen Freiheits- und Gleichheitsversprechen einhielten, und überzeugt von der Notwendigkeit eines basisdemokratischen Anarchismus, begann sie, 21-jährig, Vorträge zu halten, was ihr schon wenige Jahre später die erste Haft wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ einbrachte. Zwei weitere Inhaftierungen folgten.

Die Haft-Erfahrungen wie auch die staatliche Repression schärfen ihr feministisches Bewusstsein. Konfrontiert mit dem Elend so vieler Frauen erkannte sie deren doppelte Ausbeutung. Sie sprach sich konsequent für Abtreibung und freie Sexualität aus und traf mit ihren Positionen zu Frauen (und Homosexualität) bei den kommunistischen

Genossen auf Unverständnis und Ablehnung, von Konservativen wurde sie als gefährliche Radikale eingestuft.

Ihre Agitation gegen den Krieg und insbesondere gegen die neu eingeführte Wehrpflicht bot der Regierung schließlich die willkommene Gelegenheit, sie 1919 (zusammen mit Berkman) nach Russland abzuschleppen.

Entsetzt, dass die früher von ihr gelobten Bolschewiken eine Parteiendiktatur errichteten, bemühte sie sich bald, Russland zu verlassen. Doch wo immer sie infolge Zuflucht suchte, Schweden, Deutschland oder England, wurde sie wegen ihrer antibolschewistischen Haltung im links-intellektuellen Milieu ausgegrenzt. Als sie sich schließlich in Südfrankreich niederließ, war das Interesse an ihr wie auch am Anarchismus geschwunden. Ihre Biografie brachte ihr nicht die erhofften Einnahmen und ihre Vorträge nur noch wenige Interessierte, so dass sie nach ihrem Tod im Jahr 1940 schnell in Vergessenheit geriet.

Die vorgestellten Schriften, teilweise erstveröffentlichtes Archivmaterial, sind zwischen 1911 und 1934 entstanden. Ihr zentrales Thema ist Freiheit von jeglichen Zwängen physischer oder moralischer Art als Voraussetzung zur optimalen Entwicklung der individuellen Potenziale und Fähigkeiten, der „perfekten Persönlichkeit“, wobei sie Individuum und Gesellschaft nicht als Gegensätze sieht, sondern sich mit wertvollen Impulsen ergänzend – „die einen ein äußerst potenter Faktor für individuelles Bestreben, für Wachstum, Ambition und Selbstverwirklichung, die anderen ein gleichermaßen potenter Faktor für gegenseitige Hilfe und gesellschaftliches

Wohlergehen“ (S. 61). Individuen, die, ihrer selbst bewusst, ihre Arbeit nach eigenen Wünschen und Fähigkeiten wählen und ihre Arbeitsweise selbst gestalten, würden in freiwilliger Kooperation zusammenwirken, statt in stumpfsinniger Wiederholung selbst zu den Maschinen werden, die sie bedienen und ein Leben zu führen, das sie hassen. Die einzige Philosophie, die diese Freiheit erlaubt, sei der Anarchismus, während Staat und Religion die Menschen gängeln, verblödeten und bis in die intimsten Bereiche verfolgen.

Weder der amerikanische Parlamentarismus noch der bolschewistische Kommunismus hielten ihr Versprechen auf Gleichheit und Gerechtigkeit. Der eine erlaube, wie sie früh erkannte, einzig „den Starken, Reichen, Schlawen ... an die Macht zu gelangen und dort zu bleiben“ (S. 46), und setze sämtliche Institutionen und Gesetze effektiv zum Schutz einer Minderheit von Vermögenden ein. Seine Vertreter gelangten durch Manipulation und Korruption zum Erfolg, woraus Goldmann tiefes Misstrauen gegen jegliche gewählte Vertretung entwickelte und den Schluss zog, dass nur die direkte Aktion zu wirklicher Veränderung führe. Der Bolschewismus dagegen habe mit Terror alle vom Volk ausgehenden revolutionären Bestrebungen unterbunden, mit der Verfolgung der Intelligenzija wertvolle Potenziale der notwendigen Verbindung von Kopf- und Handarbeit vernichtet. Mit der Parole, dass der Zweck alle Mittel heilige, mit der Trennung von Methoden und ethischen Vorstellungen, habe er zu einer tiefen Demoralisierung geführt.

Freiheit für die Frauen ist ihr besonders wichtig. So spottet sie über die Ehe als pa-

rasitäre Institution, in der Frauen vermeintliche Sicherheit „mit ihrem Namen, ihrer Privatsphäre, ihrer Selbstachtung, ja mit ihrem Leben“ (S. 114) bezahlen, während Männer die Einschränkung allenfalls im Geldbeutel spürten. Den Emanzipierten, die selbst für ihren Unterhalt sorgten,bürde sie noch eine weitere Last auf, was aber nicht verhindere, dass auch sie ihrer Zurechtweisung auf die Ehe folgten, was sie im Beruf schlecht organisierbar mache.

Leidenschaftlich spricht sie sich für sexuelle Freiheiten für Frauen aus und verurteilt die Prüderie und gezielte Nichtinformation über Sex, mit der sie in die Ehe gingen, die ihnen Lust und Extase vorenthalte und sie zwingt, eines der wichtigsten Lebenselemente zu unterdrücken.

In späten Texten äußert sie sich zu Nationalsozialismus und (dem italienischen) Faschismus. Letzteren betrachtet sie in einem Vergleich mit dem Bolschewismus. Beide hätten gleiche Auswirkungen, so sehr sich auch Ziele und Ideale unterschieden. Zu eigenen Denkleistungen unfähig habe der Faschismus seine Methoden vom Bolschewismus abgekupfert, den sie aber für gefährlicher hält, da mit Versprechungen angetreten, die das Volk blendeten: Freiheitsideale, die der Faschismus nicht kenne, die für ihn im Gegenteil eine Bedrohung seien.

Den Nationalsozialismus beschreibt sie als „Zusammenbruch der deutschen Kultur“ (so der Titel einer Schrift von 1934), den Verlust deutscher Dichter und Denker wie auch vieler Größen der Wissenschaft, wobei sie den großen Anteil von Juden hervorhebt, deren Verdienste um die Kultur sie mit Lobeshymnen nichtjüdischer

Zeitgenossen belegt. Nicht nur sie jedoch seien den Verirrungen völkischen Denkens der neuen Machthaber zum Opfer gefallen, auch viele nicht Verfolgte, die gegen die ungerechten Maßnahmen protestierten, ihren Dienst quittierten, auswanderten. Diese Aufrechten machten ihr gewissermaßen Hoffnung, während sie den deutschen Juden unterstellt, sie würden keinen Finger gerührt haben, wären nur die Ostjuden verfolgt worden.

Die Nazis habe ihre antihumanistische Haltung im Übrigen nie davon abgehalten, sich die kulturellen Errungenschaften anderer Völker anzueignen, egal ob sie von Juden stammten.

Auffällig ist für eine heutige Leserin, dass Goldmanns jüdische Herkunft nur in wenigen Nebenbemerkungen und eher im frühen Konflikt mit der Familie oder Religion überhaupt zur Sprache kommt, nicht aber, inwieweit der (auch in den USA) herrschende Antisemitismus ihre politische Arbeit beeinflusst hat.

Aktuell ist die Lektüre allemal und die vielfältigen Assoziationen zu den Utopien der heutigen alternativen Bewegungen scheinen dem Autor Recht zu geben, der Goldmanns Ideen als Inspiration für all diejenigen bezeichnet, die den „Wunsch nach unbeschränkter Freiheit“ weiter hegen. Ein eingehender Vergleich wäre interessant, denn während ihre helllichtigen Analysen der Funktion demokratischer Strukturen im Dienst kapitalistisch-imperialistischer Interessen, der Frauenunterdrückung sowie der Funktion von Kriegen noch heute gelten, scheint ihre Folgerung, dass nur absolute Freiheit starke, widerständige Individuen hervorbringt, die dann folgerichtig

eine gerechtere Gesellschaft schaffen, vielfach missverstanden zu werden und enthält, wie sich gezeigt hat, keinen Automatismus für die richtige Verwendung der Freiheit – schon gar nicht im Sinne des Gemeinwohls.

Eine Anmerkung zum Schluss: So schön es sich für eine Feministin liest, dass die Texte gegendert sind, ist es doch fragwürdig, dies in Originaltexten zu verwenden, auch wenn sie aus dem Englischen übersetzt sind, das keine so konsequente Zweigeschlechtlichkeit kennt und der Autorin unterstellt werden könnte, dass sie wohl, lebte sie heute, gendern würde.

Eveline Linke

Olaf Briese und Alexander Valerius: Findbuch archivalischer Quellen zum frühen Anarchismus. Beiträge zur Erschließung von Akten aus Berliner Archiven über die „Freien“ (1837-1857). Mit einer Einleitung von Olaf Briese. Herausgegeben von Wolfgang Eckhardt, Verlag Edition AV, Bodenburg 2021.

Das vorliegende Buch aus der „Anarchistischen Bücherei im Haus der Demokratie“, erschienen unter „Findmittel und Bibliographien“, ist ein Findbuch archivalischer Quellen zum frühen Anarchismus. Es besteht aus zwei aufeinander bezogenen Teilen. In einem ersten Teil, der sich Einleitung nennt, aber weit mehr ist, behandelt Olaf Briese den „Vormärzlichen Anarchismus. Das Beispiel der Berliner Junghegelianer und ‚Freien‘.“ (S. 7-158) Der zweite Teil ist eine Dokumentation, in der Alexander Valerius die regierungsoffiziellen Verfolgungen der einzelnen führenden Op-

positionellen durch weit mehr als Regesten, sondern durch ausführliche Wiedergabe der Quellen aus Berliner Archiven anbietet (S. 162-369), womit die Benutzung durch die Wissenschaft erleichtert wird.

Olaf Briese geht in seiner Einleitung richtig davon aus, dass der Anarchismus in seiner frühen, unentwickelten Form sich nicht isoliert, sondern gemeinsam mit anderen politischen Strömungen und gewissermaßen in diesen entwickelte. Er schreibt: Der Zugang sollte ... „nicht darin bestehen, Sozialismus und Anarchismus grundsätzlich einander entgegensetzen. Denn in der Zeit vor und nach 1848 gab es auch in den deutschen Staaten zahlreiche „nichtmarxistische“ sozialistische und kommunistische Ansätze, die ‚anarchoid‘ oder gar ‚anarchistisch‘ angelegt waren. ... Die Geschichte des frühen Anarchismus – die, das ist zu betonen, mit der Geschichte des Frühsozialismus teilweise durchaus zusammenfällt, sich aber auch unabhängig davon und eigenständig entfaltete, ist noch wenig aufgearbeitet. Das Ziel dieses Essays ist es, ein bestimmtes Segment im vormärzlichen anarchistischen Spektrum näher zu analysieren: nämlich anarchoide und anarchistische Vorstellungen im Umfeld der Berliner ‚Freien‘. Solche Vorstellungen ließen sich auch bei anderen vormärzlichen Gruppen und Strömungen herausarbeiten – Junges Deutschland; sog. wahrer Sozialismus; Junges Deutschland in der Schweiz (Wilhelm Marr). Aber bei den Berliner ‚Freien‘ gewannen sie, verglichen damit, eine deutlich prägnantere Kontur.“ (S. 9)

Unter dieser Zielstellung untersucht der Autor die Gründung der „Freien“ nach der Welcker-Serenade Ende 1841, um dann

dem Anarchistischen in ihrem Kreis von Mitgliedern auf die Spur zu kommen, so bei Edgar und Bruno Bauer, Ludwig Buhl, Max Stirner, Karl Friedrich Köppen, Eduard Meyen. Auch bei Friedrich Engels findet sich Ende 1843 ein anarchistisch-kommunistisches Selbstverständnis. (S. 65) Mit den Freien verbunden waren die Schriftstellerinnen Louise Aston, die als eine „Anarchistin der Tat“ vorgestellt ist, und Emilie Lehmann, ebenfalls eine Teilnehmerin der Berliner „Freien“, die beide von den preußischen Behörden intensiv verfolgt wurden. Gegenüber der Kerntruppe der Freien unterscheidet Briese sog. Außenposten, denen er ebenfalls um Anarchistisches nachgeht. Dazu zählt er Wilhelm Marrs „Arbeiteranarchismus“, den er als den ersten deutschen Arbeiteranarchisten bezeichnet, der sozial-anarchistische Ansichten verfocht. Gleichfalls ein Außenposten war der österreichische Revolutionär Hermann Jelinek, der wegen seines Kampfes gegen die Reaktion im November 1848 hingerichtet wurde. Er vertrat anarchistische sozial-ökonomische Zukunftsvorstellungen Proudhons.

In einem besonderen Abschnitt untersucht der Autor ausführlich den Anteil der nachmärzlichen deutschen Presse bei der Weiterentwicklung und Verbreitung anarchistischen Denkens in der Öffentlichkeit. Insbesondere gilt dies für die *Abend-Post* von 1850, die er als erste deutschsprachige anarchistische Zeitung qualifiziert. (S. 98) Unter seinem Blickwinkel geht er auch auf die Deutsche Reform und die Berliner *Nationalzeitung* ein. Sein besonderes Interesse findet wegen sozialistisch-anarchistischer Rezeptionsansätze jedoch die Breslauer *Neue Oder-Zeitung*. Doch verdankt sie ge-

rade diese den Beiträgen des Kommunisten Louis Heilberg. Einen Blick wird noch auf die Redakteure Eduard Meyer und Julius Faucher geworfen; letzterer kam stärker vom Freihandel zu anarchistischen Positionen. Es wurden schließlich auch Unterlagen von Titus Ulrich und Arthur Müller aufgenommen. Da das Ziel verfolgt wurde, anarchistische Diskurse nicht nachträglich isolierend herauszustellen, da diese nicht separiert für sich, sondern eingebettet in einen sich zunehmend ausdifferenzierenden Strom oppositioneller Bewegungen zu betrachten, werden auch Quellen zu Arnold Ruge, Georg Herwegh, Julius Fröbel aufgenommen (S. 145).

In Schlussbemerkungen kommt Olaf Briese auf ein wichtiges, eigentlich entscheidendes methodisches Dilemma zu sprechen: inwiefern nämlich eine im Denken einer bestimmten Persönlichkeit oder einer gesellschaftlichen Strömung das Anarchistische deutlicher hervortritt oder aber das Sozialistische oder Kommunistische überwiegt, was nicht immer genau zu bestimmen war.

Der zweite Teil, die Dokumentationen aus 55 Akten des Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, des Berliner Landesarchivs und aus der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR behandelt 18 Persönlichkeiten der Vormärzopposition von Louise Aston über Georg Herwegh und Arnold Ruge bis zur Welcker-Serenade. Sie bieten nicht nur kurze Regesten, sondern ausführliche Wiedergaben des Akteninhalts, bringen neben Gerichtsurteilen gegen Junghegelianer vor allem die Verfolgungen der Behörden zur Sprache und bereichern und erweitern so

das im ersten Teil gezeichneten Bild.

Walter Schmidt

Jacques Bidet: Foucault mit Marx, Nachwort von Frieder Otto Wolf zur Rezeption von Jacques Bidet in Deutschland. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023, 216 Seiten.

Machtpole moderner Klassenherrschaft

So unterschiedlich die Werke und Erkenntnisse von Foucault und Marx auch sind, bedeutende Teile davon lassen sich im Framework eines „historischen Materialismus“ einordnen (S. 11). Mit dieser Hypothese arbeitet der französische Philosoph Jacques Bidet in seiner Studie zu „Foucault mit Marx“. Was Foucault angeht, bezieht er sich primär auf dessen Vorlesungen am Collège de France in Jahren 1971 bis 1979. Bidets Argumentation zielt darauf ab, zentrale Erkenntnisse von Marx und Foucault für eine „allgemeine Theorie der Gesellschaft“ (S. 13) bzw. deren Metastruktur herauszuarbeiten, wobei die philosophischen Unterschiede zwischen beiden erhalten bleiben sollen. Es geht Bidet also nicht darum, Marx um Foucault zu erweitern oder umgekehrt.

Bidet entwickelt ein „metastrukturelles Quadrat“ (S. 19) mit den Polen „Markt“ auf einer Makroebene (beherrscht durch Macht-Eigentum, Marx) und „Organisation“ auf einer Mikroebene (beherrscht durch Macht-Wissen, Foucault). Gemeinsam bilden Markt und Organisation „das ökonomisch Rationale“ und dieses wiederum ist eng verzahnt mit einer rechtlich-politischen Absicherung bzw. einer rechtlich-politischen Legitimation, die im Markt-Pol eine

interindividuelle und im Organisations-Pol eine zentrale Kontraktualität im Sinne allgemein akzeptierter Regeln, Normen oder Vereinbarungen sicherstellt (S. 19).

Ein wesentlicher Ansatzpunkt von Bidet ist es, die „strukturierte Totalität“ von Marx mit dem „individualistischen Terrain“ von Foucault zu vermitteln (S. 19). Ich halte mich im Folgenden an die im Deutschen übliche Terminologie „Macht-Eigentum“ und „Macht-Wissen“. In der englischen Ausgabe wurden Bidets Begriffe „*pouvoir-propritaire*“ und „*pouvoir-savoir*“ mit „*property-power*“ und „*knowledge-power*“ übersetzt, was vieles etwas zugänglicher macht. Seine zentralen Argumente entwickelt Bidet in den Kapiteln zwei bis vier.

Im Kapitel zwei diskutiert er Foucaults Ansatz — der bekanntermaßen keine Theorie hinterließ, sondern von Dispositiven und Ensembles spricht und diese analysiert — unter der Perspektive, welche Lücken sich daraus für den Marxschen Ansatz ergeben. Bidet zufolge entwickelt Foucault im Rahmen seiner Vorlesungen im Verlauf der 1970er-Jahre eine weitere Macht, die nicht vom Kapital ausgeht (S. 52). Bedeutend sind hierbei die Vorlesungen Foucaults über „die „Strafgesellschaft“ (1972/73) und dessen Studie „Überwachen und Strafen“ (1975).

In diesem Umfeld, in dem die Disziplin eine entscheidende Rolle spielt, führe Foucault eine zusätzliche Macht neben der des ökonomischen Eigentums (der eine Macht-Pol) ein. Dieser zweite Macht-Pol, so Bidet, zeige sich in der zumindest zu Beginn der 1970er für Foucault noch bedeutsamen „(klassenmäßigen) Komplexitäts-Konkurrenz der Eigner von Macht-

Wissen“, bedingt durch die Übertragung von Kompetenzen und der damit verbundenen Autorität (S. 55). Disziplin ist nicht beschränkt auf Strafanstalten, sondern sei auch in Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern, der Psychiatrie, Produktions- und Dienstleistungsumgebungen anzutreffen. Bidet bezeichnet solche Konstellationen als „panoptische Organisation von Raum und Zeit“. Er erweckt damit Assoziationen an den Begründer des Utilitarismus Jeremy Bentham und dessen Entwürfe für Gefängnisse und Fabriken, die von einem zentralen Ort die Überwachung einer Vielzahl von Menschen ermöglichen.

Übrigens verwies auch Marx schon in seiner berühmten Passage zur Charakterisierung der Sphären von Produktion, Zirkulation und Warenaustausch auf den britischen Philosophen: „Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“ (Marx, Karl, *Das Kapital*, Erster Band, MEW 23, Berlin 1956 ff., S. 190). Die panoptische Organisation und Ordnung, die Marx in der ökonomischen Sphäre (dem einen Markt-Pol) verortete, entdeckte Foucault auch in der Bildungs-, Gesundheits-, Gefängnis- und Sicherheits-sphäre – so die These von Bidet, mit der er den anderen Macht-Pol, nämlich die Organisation, begründet.

Die Arbeiten von Foucault tragen dazu bei, das Panoptikum von gesellschaftlichen Kräften und Kompetenzträgern zu kartografieren (S. 80). Der Begriff der Kompetenz stellt Bidet zufolge eine Verbindung zur Macht mittels des Eigentums her. Kompetenz umfasst erstens das unterstellte, erworbene Wissen und zweitens die damit verbundene Autorität im Sinne einer

Machtbefugnis. Ein allgemein anerkanntes, akzeptiertes Wissen ist verbunden mit der Kompetenz, Macht auszuüben (S. 77). Allerdings interessiert sich Foucault nicht für die Bedingungen der Entstehung der Kompetenz, den damit verbundenen Klassenstrukturen und -privilegien und deren Reproduktion, so der berechtigte Vorwurf von Bidet.

Im Kapitel drei nimmt Bidet die umgekehrte Perspektive aus dem vorherigen Kapitel ein, analysiert die Marxsche Theorie und zeigt daran, welche thematischen Felder Foucault ignoriert. Bidet unternimmt dazu eine Analyse der immanenten Grenzen der Ansätze von Foucault, denen er die Schublade des Nominalismus mit einem Vorrang des Singulären zuordnet, und von Marx, den er als „Realismus der Strukturen“ in einer Totalität bezeichnet (S. 94). In der sich auf dieser Ausgangsbasis ergebenden Diskussion geht es im Kern um die Beziehungen zwischen Individuen (einem nominalistischen Konzept der „Mikrobeziehungen der Macht“) und Gesellschaft (einem strukturalistischen Konzept der „Makro-Verhältnisse der Klasse“, S. 95).

Im Unterschied zu Marx verfügt Foucault über keine allgemeine Theorie der modernen Gesellschaft, sondern konzentriert sich auf Macht-Dispositive. Er beschreibt die Ausübung von Macht als Handlungen von Individuen, wobei deren Handlungen auf die Handlungen anderer Individuen einwirken (S. 95). Die marxsche Auffassung von Macht und Herrschaft findet sich in dessen Ausführungen „zum stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx, Karl, *Das Kapital*, Erster Band, MEW 23, Berlin 1956 ff., S. 765);

diese greift Bidet in seiner Studie allerdings nicht auf.

Bidet ist zuzustimmen, wenn er behauptet, Foucault habe die wissenschaftliche Forschung über die „Mikrobeziehungen der Macht“ auf Feldern wie Klasse, gender und race (manchmal auch als foucaultsches Triptychon bezeichnet, S. 121) in hohem Maße befördert – und nicht zuletzt auch die Arbeiten von WissenschaftlerInnen angeregt, die sich dem Marxismus zuordnen.

Im vierten Kapitel untersucht Bidet Foucaults Vorlesungen der Jahre 1978 (Sicherheit, Territorium, Bevölkerung) und 1979 (Geburt der Biopolitik), die sich im Unterschied zu den Arbeiten in der ersten Hälfte der 1970er nicht mehr vorrangig mit Individuen, sondern mit dem „Gefüge von Institutionen und ökonomisch-politischen Praktiken“ befassen, welche „die ganze Bevölkerung“ eines Landes betreffen (S. 137). Die zentralen Begriffe hier sind Biopolitik und Gouvernamentalität. Bidets zentrale These in diesem Zusammenhang: Biopolitik sollte als Bestandteil eines metastrukturalen, historischen Materialismus betrachtet werden, in dem verschiedene gesellschaftliche Kräfteverhältnisse – und nicht ein einfaches Schema von Herrschaft und Widerstand – wirken. Zudem ließen sich damit auch „Gestalt und Wesen der politischen Macht“ erschließen sowie Gegenstrategien entwickeln (S. 165); dieses Thema skizziert Bidet zum Abschluss seiner Ausführungen.

Die vorliegende Studie überzeugt durch einen stringenten sowie argumentativ überzeugenden Aufbau und zeugt davon, dass Bidet sich dem Lager der marxistischen

Theorie zuordnet. Er bietet eine höchst anregende Lektüre, auch wenn man ihm in einer Reihe von Details nicht zustimmen mag. Sehr hilfreich in der deutschen Übersetzung sind die editorischen Anmerkungen von Alexis Petrioli, in denen er auf kleinere Fehler aufmerksam macht (etwa die S. 84 erläuterte formationstheoretische Trias Sklaverei, Feudalismus und Kapitalismus, die nicht auf Marx, sondern auf Engels zurückgeht, siehe Fn. 197). Positiv hervorzuheben ist auch das Nachwort von Frieder Otto Wolf, der den Text von Bidet in dessen langjähriger wissenschaftlicher Tätigkeit im Anschluss an und einer Weiterentwicklung von Althusser kontextualisiert. Meine Empfehlungen für weiterführende und vertiefende Literatur: Søren Mau: *Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus*, Dietz, Berlin 2021, sowie Alex Demirović: *Das Wahr-Sagen des Marxismus. Foucault und Marx*, *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 151, 38. Jg., 2008, Nr. 2, 179-201.

Jürgen Wasem-Gutensohn

Anja Kruke, Ann Kathrine Maier (Hrsg.): Das Archiv der sozialen Demokratie in 50 Objekten. Mit einem Vorwort von Martin Schulz. Bonn 2022, 136 Seiten. ISBN 978-3-96250-854-8.

Wer sich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (oder neudeutsch Arbeiter_innenbewegung) befasst, kommt am Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn-Bad Godesberg nicht vorbei, erst recht nicht

seit der Herstellung der staatlichen Einheit 1990. Es war Willy Brandt, der für das AdsD am 12.12.1967 mit einer Rede die Grundsteinlegung vornahm. Mit der Eröffnung am 5.6.1969 verbunden war die Einbringung des Parteiarchivs der SPD und dessen Integration in die Friedrich-Ebert-Stiftung. Dadurch konnte eine systematische Sammlung von Unterlagen und Nachlässen, Parteidokumenten, Zeit- und Druckschriften sowie Bild- und Tondokumenten ermöglicht werden, die sich heute mit großer Benutzerfreundlichkeit in nettem Ambiente präsentiert.

Dieser von Anja Kruke und Ann Kathrine Maier herausgegebene Band mit 50 ausgewählten Dokumenten und einer imposanten Darstellung der Bestände in Zahlen und laufenden Metern wird von Martin Schulz, ehemals Präsident des Europa-Parlaments und SPD-Vorsitzender, mit einem Vorwort versehen. Es folgt eine sehr lehrreiche Einleitung, die neben der Vorstellung der Tätigkeit des AdsD auch in Alltägliches, Methodisches und Grundsätzliches der Archivalistik einführt, bis hin zur Vermeidung der lästigen Papierfischen. Gleichzeitig erfahren die Leserinnen und Leser, wie sich die aus dem Archiv gespeiste Tätigkeit der historisch-politischen Bildung über die Jahrzehnte veränderte. Zwischen humorvoll und von der Tragik der Zeitläufte bestimmt, pendelt der erste Beitrag: „Nichts‘ oder es gibt kein totales Gedächtnis“, bildlich illustriert durch leere Regale. Es lohnt sich, diesen Text aufmerksam zu lesen. Ebenso vorangestellt ist die Doppelseite „Wie archiviert man das Internet?“, eine Herausforderung, die sich dem AdsD seit dem Bundestagswahlkampf

1998 aufdrängte. Danach beginnt der Reigen der ausgewählten Dokumente aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, der SPD und ihrer Nebenorganisationen, der Gewerkschaften und der Sozialgeschichte, von denen einige herausragende exemplarisch vorgestellt werden sollen.

Da die SPD der Ära Kurt Schumacher politisch auf eine baldige staatliche Einheit setzte, ließ sie 1951 von Max Taut in Bonn eine provisorische Parteizentrale aus Fertigteilen erbauen, die „Baracke“. Tauts Baupläne werden hier mit einem Messtischblatt und dem Einband seiner Planungen dokumentiert. Der Name „Baracke“ hielt sich ja auch für den Neubau 1974, das „Erich-Ollenhauer-Haus“, da hatte sich die deutsche Teilung verfestigt und die Brandtsche Entspannungspolitik zwischen BRD und DDR trug ihre Früchte.

Die vorgestellten Objekte folgen keiner Chronologie, aber spiegeln die Bandbreite der archivalischen Sammlungs-, Bewertungs- und Dokumentationstätigkeit im Wandel der Zeiten wider. Aus der Zeit der Sozialdemokratie vor 1914 stammen etwa Wilhelm Liebknechts Rede „Wissen ist Macht“ in einer illustrierten Druckschrift, ein Bibliothekskatalog des SPD-Parteiarchivs von 1901, eine Verbotensanordnung der Landespolizeibehörde Minden gegen ein sozialdemokratisches Flugblatt vom 25.1.1884 und das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels. Jedes der Objekte wird ansprechend kommentiert. Der Übertäter der Sozialdemokratie vor 1914, August Bebel, wird durch seine goldene Uhr und durch das Geschäftsbuch mit dem Titel „Mit Gott (durchgestrichen) Mit Bebel!!!“ gewürdigt.

Natürlich darf die 2. Extraausgabe des *Vorwärts* vom 9.11.1918 mit der Schlagzeile „Der Kaiser hat abgedankt!“ nicht fehlen. Hieran knüpft sich eine kurze Geschichte des Zentralblatts der SPD bis dato. Natürlich ist die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, mit vielen Objekten präsent. Hier haben die Arbeitersportbewegung, die mit Marie Juchacz unauflöslich verbundene Gründung der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Juchacz' historische Rede in der Nationalversammlung am 19.2.1919, auf einem Tonträger gespeichert, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Kinderrepubliken der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ihren mit Objekten und Fotos visualisierten Platz. Die sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik in Berlin ist noch heute, wie diejenige der Wiener Sozialdemokratie, beispielgebend für sozialen Wohnungsbau und gehört eigentlich wiederbelebt. Seite an Seite mit fortschrittlichen Architekten und Planern wie Bruno Taut entstanden hier Wohngebiete, die die Arbeiterschaft tatsächlich aus dem Elend der Hinterhöfe erlösten.

Die dunklen Jahre der NS-Diktatur von 1933-1945 führten gleich zu ihrem Beginn zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung, dokumentiert auf einem Tonträger durch die letzte freie Rede in einem deutschen Parlament, gehalten von Otto Wels am 23.3.1933: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Die Deutschlandberichte der SOPADE gehörten zum Widerstand gegen das Regime, ebenso wie das 1953 in Stockholm gefundene, im Exil dort angelegte Archiv, gelagert in einem versteckten Keller. Personalisiert wird das

Schicksal deutscher sozialdemokratischer Politiker im NS-Regime durch den Entlassungsschein vom 20.9.1944 aus dem KZ Neuengamme.

Der Wiederaufbau der SPD in den Westzonen und in der SBZ vollzog sich unter unterschiedlichen Voraussetzungen. In der SBZ wurde aus SPD und KPD die SED gegründet bzw. gezimmert, in den Westzonen hingegen blieben beide Parteien getrennt. Dass hieran auch die aus der CSR geflüchteten deutschen Sozialdemokraten ihren Anteil hatten, ist weitgehend unbekannt und wird durch Papierdokumente vor Augen geführt, die die nach Westdeutschland überführten Akten der deutsch-tschechischen Sozialdemokratie (DSAP) von 1945/46 auflisten. Nach der doppelten Staatsgründung 1949 sahen sich SPD und SED dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs gegenüber. Das Ostbüro der SPD in Berlin führte während des Kalten Krieges Ballonaktionen durch, die Informationsmaterial über dem Gebiet der DDR niederlegen ließen.

Die neue Bundesrepublik wurde von starken Frauen mitverfasst, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz durchsetzen konnten. Frieda Nadig und Elisabeth Selbert waren für die SPD die dafür tätigen unerschütterlichen Frauen, was ein Foto unterstreicht.

In der Bundesrepublik wurde die SPD von der Oppositionspartei gegen die Ära Adenauer zur Regierungspartei der sozialliberalen Koalition von Bundeskanzler Willy Brandt. Das Godesberger Programm von 1959 war ein Trittstein auf diesem Weg, dessen Höhepunkt das ikonische, zum Plakat gewordene Foto von Willy Brandt mit

Zigarette im Mundwinkel und Mandoline markiert.

Alle der versammelten Exponate sind der Erwähnung wert, gleich ob sie die Geschichte der Gewerkschaften, die Traditionsfahne der Arbeiterpartei, das Plakat für die 35-Stunden-Woche oder die Gründung der SDP der DDR betreffen. Wenig bekannt aber ist die Geschichte des berühmtesten Hinterbänklers des Bundestages, Jakob Maria Mierscheid, der 1933 geboren, seit 1979 dem Bundestag angehört. Dass es sich um eine reine Kunstfigur handelt, wird zwischen den Zeilen deutlich, zeigt aber auch, dass die Zusammenstellung nicht einer Portion Humors entbehrt. Zu erwerben ist dieser gelungene Katalogband unentgeltlich unter public.history@fes.de.

Holger Czitrich-Stahl

Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Julius Martow oder: Für die Diktatur der Demokratie. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023, 200 Seiten, 12 €.

Julius Ossipowitsch Martow (ursprünglich Zederbaum) gehört zu den vielen Vergessenen der Arbeiterbewegung. Geboren am 24. November 1873 in eine noch während seiner Kindheit nach Russland übersiedelnde bürgerliche und kosmopolitische jüdische Familie im damaligen Konstantinopel, starb er am 4. April 1923 in Schömberg im Schwarzwald. In den Jahren dazwischen gehörte Martow zusammen mit Lenin zu den Gründern des Kampfbundes für die Befreiung der Arbeiterklasse, erlebte Verbannung und Exil während des Zarenreichs, wurde eine der Führungsfiguren des

menschewikischen Flügels der russischen Sozialdemokratie und musste unter der neuen bolschewikischen Herrschaft Anfang der 1920er-Jahre wiederum ins Exil gehen.

Wladislaw Hedeler nähert sich Leben und Werk Martows nun in einem neuen Band der im Berliner Karl Dietz Verlag erscheinenden „Biografischen Miniaturen“. Wie in dieser Reihe üblich, enthält der Band neben einem biografischen Essay auch Auszüge aus Texten von Martow selbst sowie Texte von Zeitgenossen über Martow. Wie im Titel des Bandes („Für die Diktatur der Demokratie“) schon angedeutet, steht im Mittelpunkt von Hedelers Darstellung Martows Gegnerschaft zu den Politikkonzepten Lenins und der Bolschewiki. Hedeler rechnet Martow dabei nicht nur zu den Vergessenen der internationalen Arbeiterbewegung, sondern noch zugespitzter zu den „Geschlagenen“: „1903 wurde er das erste Opfer der leninischen Politik“ – als nach einer Abstimmung auf dem Parteitag der russischen Sozialdemokratie Lenin sich entgegen der eigentlichen Mehrheitsverhältnisse zum Führer der Bolschewiki („Mehrheitler“) erhoben habe, und Martow zum Führer der Menschewiki („Minderheitler“) geworden sei, obwohl diese Strömung bis 1917 tatsächlich eine Mehrheit der russischen Sozialdemokratie repräsentiert habe. „Martows Scheitern ist der Welt nicht gut bekommen. Er wollte die Revolution, vor allem und zuerst in Russland zur Überwindung der Barbarei des Zarismus, und er wollte den Sozialismus, allerdings einen, der sich nicht würde rückgängig machen lassen.“ Die Sozialdemokratie in Russland sei nach Martows Einschätzung zwar schon grundsätzlich politisch handlungsfä-

hig gewesen, habe aber noch nicht die Verankerung besessen, auch gesellschaftlich ein sozialistisches Programm durchzusetzen. „Dazu bedürfe es einer Mehrheit in der Gesellschaft: vor allem nicht-proletarische Schichten, die eine proletarische Hegemonie als alternativlos akzeptieren und ihr damit zum Durchbruch verhelfen.“ Von einer solchen Situation sei man weit entfernt, möglicherweise allenfalls eine „Herrschaft nach dem Muster der kleinbürgerlich-plebejischen Jakobiner“. Zentrale Trennlinie zu Lenin war damit die Frage der Diktatur des Proletariats. Martow sei es um die Durchsetzung des Willens einer Mehrheit gegen eine wirtschaftlich starke Minderheit gegangen. Hedeler hält demgegenüber fest, dass zwischen Oktoberumsturz 1917 und der Niederschlagung des Kronstädter Aufstands im Jahr 1921 eine andere Linie durchgesetzt wurde: „durch Lenins und Trozkijs Tätigkeit (entstand) eine kleinbürgerlich-plebejische Jakobinerdiktatur, weniger plebejisch als das Original von 1794, dafür umso kleinbürgerlicher und vor allem viel bürokratischer“.

Hedeler schildert knapp die Familienhintergründe und Jugendjahre Martows und steigt dann mit dem bereits in der Schulzeit beginnenden politischen Engagement Martows ein. Sodann beschreibt er den Weg Martows innerhalb der menschewikischen Bewegung seit der Spaltung. Nachdem dieser nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs zunächst den Vaterlandsverteidigern nahegestanden habe, habe er dann ab 1915 dem internationalistischen Flügel angehört und eine schnelle Beendigung des Krieges und einen „demokratischen Frieden“ gefordert. Lenins Forderung nach

einer Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg habe er abgelehnt – zugleich aber für die Einheit der Partei plädiert. Die Differenzen mit Lenin spitzten sich im Jahr 1917 vor allem um die von Martow entschieden unterstützte Forderung nach der Einberufung einer konstituierenden Versammlung zu. Als Menschewik selbst von harten Einschränkungen seiner politischen Bewegungsfreiheit betroffen, zitiert Hedeler aus einem Brief Martows an den mittlerweile in der deutschen Sozialdemokratie aktiven ehemaligen Menschewiken Alexander Stein in Berlin: „Das Proletariat könne seine historische Mission nur dann erfüllen, wenn es sich auf Selbstverwaltung der Bürger, politische Freiheiten und die aktive Tätigkeit der Massen stütze, so Martow. Eine Politik, die danach strebe, die Klassendiktatur des Proletariats auf der Grundlage der politischen Rechtlosigkeit sämtlicher nicht-proletarischer Schichten zu praktizieren, stehe im Widerspruch zu den Aufgaben einer sozialistischen Revolution.“ Im Jahr 1920 ging Martow, der auch gesundheitlich zunehmend an Problemen litt, ins Exil nach Deutschland. Bis heute Nachhall hat seine von Alexander Stein vorgetragene Rede für den „rechten“ USPD-Flügel gegen die Unterwerfung der Partei unter das Diktat der „21 Bedingungen“ der Komintern auf dem Hallenser Parteitag der USPD im Oktober 1920. „Als Martow am Rednerpult erschien, drängte sich unwillkürlich der Vergleich mit seinem Antipoden Sinowjew auf. Martow bleich, hohlwangig, ausgemergelt und halb verhungert, Sinowjew wohlgenährt und feist, von strotzender Gesundheit. Auf der Rechten des Parteitags und in

der Presse sah man in diesem Kontrast die krasse Ungleichheit in den Lebensverhältnissen der herrschenden bolschewistischen und der unterdrückten menschewistischen Partei in Russland symbolisiert.“ Hedeler hält mit Blick auf die beginnenden Verfolgungen gegen die Menschewiki in Russland fest, dass Lenin selbst „seine schützende Hand über seinen Jugendfreund“ gehalten habe. Nach Lenins Tod habe Stalin dann begonnen, die in Russland verbliebenen Familienangehörigen Martows zu verfolgen, die in die Verbannung getrieben, zu langen Lagerstrafen verurteilt und teils auch ermordet wurden.

Den zweiten Teil des Bandes bilden zwölf Auszüge aus Texten von Martow selbst. Inhaltlicher roter Faden ist die Einordnung der Entwicklungen in Russland nach dem Ende der Zarenherrschaft und insbesondere die Frage der Rolle von Demokratie und konstituierender Versammlung. „In der gegenwärtigen Revolution sehen die Leninisten in der ‚Avantgarde‘ eine Kraft, die der Konstituierenden Versammlung für die Durchsetzung der von der Mehrheit des Volkes anerkannten Aufgaben (Frieden, Republik, Bodenreform) radikalere Methoden aufzwingt. Diese sind dem Selbstbewusstsein der Mehrheit des Volkes entgegengesetzt und schon deshalb utopische Aufgaben. Die klassenbewussten Arbeiter-Sozialisten, die verstehen, was für ein gewaltiger Schritt vorwärts für die wirkliche Befreiung des russländischen und internationalen Proletariats die Eroberung der Volksmacht in Russland darstellt, die Festigung und Entwicklung der demokratischen Republik, dieser laut Marx, besten politischen Form, in der die soziale Befrei-

ung des Proletariats erfolgen kann, werden die Sophismen der neuesten utopischen ‚Kommunisten‘ verwerfen, und ohne die Angst, in das Lager der ‚Konterrevolutionäre‘ eingesperrt zu werden, ausrufen: ‚Alle Macht der Konstituierenden Versammlung!‘“ Und in einem weiteren Text heißt es: „Die in der Staatsgewalt konzentrierte reale Macht, die fähig ist, den bewussten Willen der Mehrheit gegen den Widerstand einer ökonomisch mächtigen Minderheit durchzuführen, dies allein ist, dies allein kann nur, im Einklang mit der Lehre von Marx, die Diktatur des Proletariats sein.“ Im Jahr 1922 schrieb Martow, die aktuelle Aufgabe sei der „Kampf für den Übergang zu einem normalen Regime der demokratischen Republik (...), die eine Entartung der überlebten roten Diktatur in eine bonapartistische Diktatur unmöglich macht. Dieser Hauptaufgabe ordnet die Partei ihre taktischen Losungen unter: Kampf für die auf dem Papier festgeschriebenen Rechte der Werktätigen, Recht auf freie Wahlen, Kampf gegen den Terror, Kampf für die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung und der Genossenschaften, freie Betätigung der politischen Parteien usw.“

Den Abschluss des Bandes bildet eine Sammlung zeitgenössischer Texte über Martow – überwiegend aus der Feder von Bolschewiki. So lobt etwas Trotzki Martow zwar als „scharfsinnigen Geist“ – und zugleich tragische Gestalt. Allerdings habe es seinem Scharfsinn an Willen gemangelt, weiter noch gehe es bei Martow um eine „politische Verfälschung des Marxismus“, um eine „Interpretation der Passivität, Anpassung und Kapitulation als den höchsten Formen des unversöhnlichen Klassen-

kampfes“.

Wladislaw Hedeler ist eine sehr lesenswerte und in ihrer Argumentationsführung klare Vorstellung der politischen Biografie Julius Martows gelungen. Überzeugend nachgezeichnet wird insbesondere die zentrale Differenz zwischen Martow sowie Lenin und den Bolschewiki in der Frage der Demokratie. Anders als für die neue russische Staatsführung besaßen Demokratie sowie politische Rechte und Freiheiten für Martow einen Eigenwert, auch als Fundament einer demokratischen Ordnung. Zudem vertrat Martow mit Blick auf die Frage, in welcher Geschwindigkeit und mit welchen Zwischenschritten eine sozialistische Gesellschaftsordnung in Russland erreicht werden könnte, eine deutlich andere Analyse: Martow hielt weder die politisch-ökonomische Situation noch die gesellschaftliche Verankerung der Arbeiterbewegung für ausreichend, um mit so weitreichenden Änderungen der politisch-ökonomischen Ordnung beginnen zu können. Hedeler selbst hält an einer Stelle im Band fest, eine „bürgerlich-demokratische Revolution“ würde für Russland auch heute noch einen gewaltigen Fortschritt bedeuten – eine sicherlich zutreffende Einschätzung. Aus dem zitierten Vorwurf Trotzki, Martows Denken sei von „Passivität“ geprägt, wird zudem deutlich, wie eng die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse im Denken der Bolschewiki bereits durch das Ziel möglichst kurzfristiger und durchgreifender Veränderungen der Gesellschaft vorgeprägt und enggeführt war. Die intellektuelle Verachtung von sorgfältig analysierenden und argumentierenden Persönlichkeiten wie etwa von Julius Martow wird vor diesem Hinter-

grund umso deutlicher – und mit Blick auf die weitere Geschichte des 20. Jahrhunderts umso fataler.

Thilo Scholle

Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Josef Stalin oder: Revolution als Verbrechen. Berlin 2023.

Wladislaw Hedeler ist einer der profiliertesten Stalinismusforscher des Landes und hat sich, neben eingehender Beschäftigung mit dem namensgebenden Despoten selbst, insbesondere durch seine Arbeiten zu in der deutschen Forschungslandschaft vergleichsweise spärlich beleuchteten Persönlichkeiten des Bolschewismus wie Nikolai Bucharin um die Geschichtswissenschaft verdient gemacht. Entsprechend gewichtig liest sich sein Name auf der Ende 2023 erschienenen Neuauflage des schmalen Bandes „Josef Stalin oder: Revolution als Verbrechen“, erstmals 2011 veröffentlicht.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: Den ersten Abschnitt, etwa das erste Drittel, bildet eine Kurzbiografie des sowjetischen Diktators, während die restlichen zwei Drittel aus Quelltexten von und über Stalin, von Hedeler editiert, bestehen.

Den biografischen Teil des Buches beginnt Hedeler mit einer Momentaufnahme des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941. Er rückt Stalins verunsichertes Verhalten, seine Zögerlichkeit und Unruhe in den Fokus – und stellt eine (Dis-)Kontinuität zum Großen Terror der Vorjahre her: Zum einen, weil in diesem Moment Stalin die vorangegangene „Enthauptung“ (S. 10) der Roten Armee durch zahllose

Säuberungsaktionen zum Verhängnis zu werden drohte und zum anderen, weil auf den vorherigen, gewissermaßen fiktiven Gegner in den eigenen Reihen nun in Form der deutschen Wehrmacht ein reeller, und dazu überaus bedrohlicher, folgte. Stalins Perplexität im Moment des Angriffs kontrastiert Hedeler mit der bedingungslosen Unterwerfung, die die Bevölkerung ihrem Diktator entgegenbrachte und die nach dem Moment des Kriegsausbruches monatelang auf eine erste Stellungnahme ihres ‚Großen Führers‘ wartete. Von diesem Spannungsverhältnis ausgehend formuliert Hedeler die These, der Stalinismus habe in der Sowjetunion bis Ende der 1980er-Jahre quasi ungebrochen fortbestanden, eine Behauptung, die meines Erachtens etwa das sogenannte Tauwetter unter Nikita Chruschtschow und das sich in diesem Zusammenhang vielfältig manifestierende Aufblühen politischen wie kulturellen Lebens vernachlässigt. Diese Vernachlässigung ist insbesondere vor dem Hintergrund eigenartig, dass Chruschtschows berühmte Geheimrede auf dem XX. Parteitag im letzten Quelltext im Band (Havemann), von Hedeler eigens für diese Neuauflage hinzugefügt, als zentrale Zäsur für den Bruch mit dem Stalinismus benannt wird.

An diesen etwas unorthodoxen Aufschlag anschließend gesellt sich eine recht typische Kurzbiografie: Schilderungen Stalins frühen Werdegangs und turbulenten Aufstiegs, versehen mit wohlplatzierten und scharfsinnigen Gegenüberstellungen von biografischen Realitäten und propagandistischen Verklärungen. Hedeler hebt, wie nahezu alle anderen Stalin-Biograf:innen auch, Stalins Rolle als Praktiker hervor – als

Theoretiker trat er (insbesondere in jungen Jahren) kaum in Erscheinung. Unter Verweis auf die Herkunft Stalins aus der artifizialen Rückständigkeit Georgiens formuliert Hedeler die These, ein hieraus resultierendes „Einfühlungsvermögen“ (S. 18) für Klassenangelegenheiten, welches der Diktator später für sich beanspruchte, sei ihm bei seinem politischen Aufstieg kontinuierlich zugutegekommen. Stalins Beteiligung an Terror- und Expropriationsaktionen der Frühphase bolschewistischer Parteiarbeit beschreibt Hedeler als im Nachhinein vom Führungsapparat bewusst verschwiegen; es habe mit dem propagierten Bild Stalins eines ‚reinen‘, intellektuellen Leninisten kollidiert. Die von Stalin bereits 1912 aufgegriffenen Positionen zur Zentralisierung der Partei und der langanhaltenden Festungsrhetorik nimmt Hedeler zum Anlass, eine Annäherung zwischen Stalin und Lenin zu diesem Zeitpunkt zu postulieren; letzterer habe ihn um diese Zeit auch als publizistischen Verbündeten gegen den damals noch (bzw. schon) politisch divergent agierenden Trotzki eingespannt. Im allgemeinen Chaos des Oktoberumsturzes 1917 hielt sich Stalin bedeckt, unauffällig trug er die leninschen Linien größtenteils selbstverständlich mit. Erst nach Lenins Tod Anfang 1924 betrat er die politische Bühne, schaltete gezielt sämtliche parteiinterne Opposition aus und setzte sich jenseits des „Kampf[es] um die Vormachtstellung im Apparat“ auch in der „Deutungshoheit auf dem Gebiet der Theorie“ durch (S. 33). Hedeler zeichnet Stalins ‚Leninismus‘ als Analogie zu Karl Kautskys ‚Marxismus‘ – da sich Stalin als eigenständiger Theoretiker nicht habe behaupten können, habe er sich

kurzerhand zum „treuesten Schüler Lenins“ erklärt (S. 33). Inwiefern Stalins Verzerrungen leninscher Positionen (Nationalitätenpolitik, Kollektivierung, Terror, Personenkult) als ähnlich schwerwiegend wie Kautskys Marx-Deutung angesehen werden können, bleibt fraglich. Hinsichtlich der folgenden Kulmination des Terrors bleibt Hedelers Text bei altbekannten Ansätzen: Seine errungene Deutungshoheit des leninistischen Erbes nutzte Stalin gezielt aus, um seine eigene Macht zu festigen und in einer Zuspitzung der ‚Festungsmentalität‘ und unter Beschwörung von Einheit und Zusammenhalt jedwede Abweichung zu verdammen und untreue Akteure politisch wie physisch zu vernichten. Obgleich zahlreiche Bolschewiki dem Terror zum Opfer fielen, traf es die Zivilbevölkerung ungleich härter. Hedeler schließt den Abschnitt zum Großen Terror mit dem Vermerk, erst nach diesem Gewaltexzess habe sich bei Stalin ein Sicherheitsgefühl eingestellt. Diese Einschätzung lässt jedoch den eingangs so detailliert beschriebenen Moment des deutschen Angriffs oder auch die paranoid-antisemitische Ärzteverschwörung der 1950er-Jahre auf fragwürdige Weise außen vor. Einem recht knapp gehaltenen und an die Einleitung anknüpfenden Abschnitt zum opferreichen Krieg mit der Wehrmacht schließen sich Schilderungen von Stalins Sterbeprozess im März 1953 in Kunzevo an. Hedeler schließt die Biografie mit der These, eine konsequente Entstalinisierung sei nie in Chruschtschows Sinne gewesen, habe sich das ‚Taufwetter‘ doch nur auf eine kurze Phase beschränkt. Dieses Argument wirkt unschlüssig: Worin läge der Zweck der sogenannten Geheimrede sowie der an

sie anknüpfenden Liberalisierungen, wenn eine Aufrechterhaltung stalinistischer Normen in Chruschtschows Sinne gewesen sein sollte? Wozu überhaupt ein Bruch mit Stalin?

Der biografische Teil des Buches ist kompakt und größtenteils einleuchtend verfasst. Wie bei Hedelers Portfolio zu erwarten, sind einige Passagen aus früheren Publikationen übernommen. Anmerkungen sind vorrangig inhaltlicher Natur, Zitatbelege erfolgen sporadisch bis willkürlich. Das ist insbesondere bei Zitaten wie dem aus der für den Großen Terror auf S. 11 angeführten Rede Stalins von 1937, in denen Stalin in einem seltenen Moment der Offenheit die „erbarmungslos[e] Vernicht[ung]“ aller Staatsfeinde, auch parteintern, beschwört, bedauerlich.

Eine inhaltliche Einordnung der Texte von und über Stalin wird schmerzlich vermisst. Zwar werden einige bereits im ersten Teil des Buches knapp erwähnt, der größte Teil jedoch steht gänzlich für sich. Etwas unklar sind auch die Auswahlkriterien – vom ‚Klassiker‘ „Brief an den Parteitag“ (Lenins politischem Testament) über bekannte und vielzitierte Reden Stalins bis hin zu euphorischen Lobliedern auf Stalin von westlichen Intellektuellen und kritischen Abgrenzungen politisch Abtrünniger wie Trotzki und Lukács ist ein breites inhaltliches Spektrum abgedeckt. Eine Erläuterung Hedelers zur Auswahl der Texte wäre nicht unbedingt nötig, sicherlich jedoch lesenswert gewesen. Unbefriedigend muten einige der bibliografischen Hinweise an, im Falle des Lukács-Textes etwa wird ein Auszug eines Briefes an Alberto Carocci

des Jahres 1962¹ unter irreführendem Titel und Jahresangabe sowie ohne Angabe der Quellengattung angeführt, während auch beim Text von Robert Havemann Erscheinungsjahr und -kontext jenseits der angegebenen Aufsatzsammlung vermisst werden.² Eine unter dem Namen Henri Barbusses 1935 veröffentlichte Biografie Stalins vermisst Hedeler fälschlicherweise mit dem Vermerk, diese sei von Alfred Kurella übersetzt worden – tatsächlich war dieser jedoch der eigentliche Autor, der im Auftrag von Barbusses Literaturbüro schrieb.³ Jede Quellenkritik oder historische Einordnung sucht man vergeblich. Dies ist etwa bei Figuren wie Lion Feuchtwanger, dessen unkritische Lobpreisung der Sowjetunion samt Schauprozessen ihm den Unmut seines westlichen Kollegiums zuzog, Gustav Hilger, dessen Bericht über die innersowjetischen Hierarchien im Kontext seiner eigenen Reinwaschung vom Nationalsozialismus zu sehen ist oder Robert Havemann, dessen scharfsinnige und kritische Texte („Dialektik ohne Dogma?“) in der DDR für politische Furore sorgten, bedauerlich. Insbesondere Stalins eigene Äußerungen jedoch, etwa in Gesprächen mit den westlichen Schreibern Emil Ludwig und Roy Howard, in denen er sich als besonnener,

1 Georg Lukács: Brief an Alberto Carocci, in: Ders.: Marxismus und Stalinismus. Politische Aufsätze und Ausgewählte Schriften, Reinbek 1970, S. 172-191.

2 Havemanns Text „Ja, ich hatte Unrecht. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde“ erschien erstmals in *Die Zeit* vom 7. Mai 1965.

3 Siehe hierzu Gerd Koenen: Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao Tse-tung – Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1991, S. 106 f.

moderater Politiker mit Weitsicht inszeniert, hätten meines Erachtens unbedingt einer kritischen Einordnung bedurft, welche Hedeler wie kaum ein Zweiter zu leisten im Stande gewesen wäre. Dass er hiervon für die Neuauflage abgesehen hat, welche ansonsten durch einen umfangreicheren Anhang und Ergänzung der (allerdings etwas nachlässig lektorierten) Textsammlung glänzt, schmälert ein wenig den Gesamteindruck der Publikation. Hedeler tritt als Autor in weiten Teilen gewohnt scharfsinnig, als Herausgeber jedoch nachlässig auf.

Milan Mentz

„Schreibe mir nur immer viel“. Der Briefwechsel zwischen Hans und Lea Grundig. Ein Werkstattbericht. Im Auftrag der Akademie der Künste, Berlin, und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, herausgegeben von Kathleen Krenzlin. Deutscher Kunstverlag, Berlin 2022, 244 Seiten, 24 €. ISBN 978-3-422-80060-1.

Briefwechsel zwischen Kunstschaffenden stellen die Welt sicher aus Blickwinkeln dar, die ihren ganz eigenen Reiz besitzen, weil sie nicht nur auf Deutungsmustern des Alltags oder des Politischen aufbauen, sondern die Wahrnehmung ihrer Kunst einbeziehen. Bei Lea und Hans Grundig traf diese Feststellung gewiss zu und war dennoch genuin politisch, weil das Paar antifaschistisch und kommunistisch organisiert und aktiv war. Insofern war es auf den ersten Blick wohl ungewöhnlich, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung sich ihrem Briefwechsel widmete und als ersten Paukenschlag einen Werkstattbericht vorlegte.

Kunst ist zweckfrei, aber deshalb nicht per se unpolitisch, darauf weist auch Daniela Trochowski als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der RLS in ihrem Vorwort hin. Zahlreiche Künstler*innen verstanden und verstehen sich und ihre Kunst als politisch, manche nutzten sie als politische Waffe. Lea und Hans Grundig lebten dieses Verständnis von Kunst und Politik und brachten zeitlebens durch ihre Malerei, Zeichnungen und Grafiken ihre Haltung zum Ausdruck, besonders mit Blick auf die demütigen kapitalistischen Lebensverhältnisse, die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und die Aufarbeitung des Holocaust. Die RLS übernahm 2011 von der Universität Greifswald den von Lea Grundig gestifteten „Hans-und-Lea-Grundig-Preis“, der seit 1996 dort nicht mehr vergeben wurde. Begründung: Die Stellung des Ehepaares im politisch-kulturellen System der DDR.

Von daher gebietet sich ein biografischer Rückblick. Hans Grundig wurde am 19.2.1901 in Dresden geboren, studierte von 1920-1922 an der Dresdner Kunstgewerbeschule und von 1922-1927 an der Dresdner Akademie der Bildenden Künste, wo er 1925/26 Mitglied der Kommunistischen Studentenfraktion (KoStuFra) wurde, 1926 wohl trat er der KPD bei. Im gleichen Jahr existierte zwischen den beiden eine feste Beziehung. Lea Grundig wurde am 23.3.1906 in Dresden als Lea Langer geboren und entstammte einem jüdischen Elternhaus. Sie war um 1920 Mitglied im „Bund für jüdisches Jugendwandern in Deutschland ‚Blau-Weiß‘“ und studierte von 1922-1925 an der Dresdner Akademie für Kunstgewerbe und 1925/26 an der

Akademie der Bildenden Künste. Auch sie engagierte sich in der KoStuFra und trat wahrscheinlich 1927 der KPD bei. Am 2.4.1928 heirateten die beiden. Im Faschismus wurde Hans Grundig die Demütigung zuteil, sich in der Ausstellung „Entartete Kunst“ der Nazis wiederzufinden. Nach mehreren Verhaftungen und Haftzeiten entschloss sich Hans zur (Schein-)Scheidung, um ihr die Auswanderung zu ermöglichen. Das Paar wurde in Abwesenheit beider geschieden. Es folgte ein Jahrzehnt der Trennungen. Hans Grundig wurde 1940 ins KZ Sachsenhausen verbracht, meldete sich für ein Strafbataillon und floh von dort aus bei Budapest zur Roten Armee. Danach blieb er ein Jahr in der UdSSR kam Januar 1946 zurück nach Dresden. Dort wurde er Rektor der wiedereröffneten Akademie.

Lea Grundig reiste nach mehrmaliger „Schutzhaft“ 1940 nach Palästina aus, ihr Mann erfuhr davon 1941. Sie trat der KP Palästinas bei. Am 2.2.1949 kam sie nach Dresden zurück, erhielt dort eine Professur an der Hochschule der Bildenden Künste, die beiden waren wieder ein Ehepaar. 1963 wurde sie Mitglied des ZK der SED und war von 1964-1970 Präsidentin des Verbandes Bildender Künstler der DDR. Hans Grundig starb am 11.9.1958, Lea Grundig folgte ihm am 10.10.1977. Weitere Details verraten die Kurzbiografien auf den Seiten 224 ff.

Die Jahre der Trennungen, aber auch darüber hinaus, waren Jahre des emsigen Briefeschreibens. Rund 700 Briefe sind erhalten, sie umfassen die Jahre von 1926 bis 1958. 1926 wurde Lea in ein Sanatorium nach Heidelberg geschickt, sie hatte Herzbeschwerden, aber ihr Vater hoffte gleich-

zeitig, dass so die Beziehung zu Hans Grundig enden würde. Die Briefe überbrückten jede Trennung der beiden. Rund 650 von ihnen befinden sich heute im Hans-und-Lea-Grundig-Archiv der Akademie der Künste, weitere 70 liegen in Yad Vashem vor. Von den 650 in der DDR verbliebenen Briefen wurde jedoch wider ihren Willen Einiges von der SED-Bezirksleitung Dresden in Verwahrung genommen, Lea Grundig galt als eigensinnig und unberechenbar, wie Werner Heegewaldt, der Direktor der Akademie der Künste, informiert. 1998 kamen die Berliner und Dresdner Bestände zusammen. Die Planung der Edition der Briefe sieht drei Bände vor, Herausgeberin ist die Kunstwissenschaftlerin Kathleen Krenzlin, wichtiger Mitinitiator ist der ehemalige Berliner Kultursenator Thomas Flierl.

Kathleen Krenzlin gibt einen höchst instruktiven Bericht über die Odyssee der in Yad Vashem archivierten Briefe Hans Grundigs an seine Frau, die bei einem Schiffsuntergang kurz vor Haifa beinahe unwiederbringlich verloren gegangen wären. Ihr Beitrag führt nicht zuletzt in philologische wie kriminalistische Momente von Editionsarbeit ein, wenn die Quellen sachgerecht erschlossen und kontextualisiert werden müssen, nachdem sie überhaupt erst einmal wieder aus den verschiedenen Beständen zusammengeführt werden mussten. Dieser Bericht aus der Editionswerkstatt ist äußerst spannend.

Spannend wie lehrreich ist der anschließende Text von Krenzlin und Anne Flierl. Er beschreibt das Editionsvorhaben und Aspekte des methodischen und philologischen Umgangs mit den Briefsam-

lungen. Da geht es sowohl um orthografische Fragen, um offene Datierungen, aber auch um die richtige Entzifferung der Handschrift, wenn die Briefe mit dem Bleistift verfasst wurden. Aber auch um Menschliches: „Hans Grundig war sich seiner Rechtschreibschwäche bewusst, erfreulicherweise hat sie ihn nicht am Schreiben gehindert“, stellen die beiden Autorinnen fest (S. 57). Über die gegebenen Beispiele erfahren wir, mit welchen Problemen sich herumzuschlagen war und ist. Im Übrigen sind alle Kapitel reichhaltig mit Bildern, Zeichnungen, Fotos oder Dokumenten illustriert.

Die folgenden Beiträge folgen eher den biografischen Aspekten, vermitteln aber durch die theoretisch-methodischen Rückkoppelungen einiges aus der Werkstatt der Kontextualisierung der Briefe anhand ihrer örtlichen oder lebensgeschichtlichen Bezüge. Rainer Funk setzt sich mit dem Therapeutikum Heidelberg, der Psychoanalyse und dem Judentum auseinander, Beate Schreiber rekonstruiert die Migrationsgeschichte der Familie von Lea Grundig, geb. Langer. Die Spuren führen nach Galizien. Hilja Hoebenbergl durchleuchtet fototheoretisch und bildanalytisch ein Foto der beiden aus dem Jahr 1926. Stärker politische Gefühle thematisiert Marcel Bois über die Jahre 1926/27, als sich beide in Dresden der KPD näherten. Er ordnet ihre politische Sozialisation in den Zeitkontext von KPD, Arbeiterbewegung und der politischen Kultur Sachsens in diesem Zeitraum ein. Das Kino spielte für die Grundigs im gemeinsamen Leben, aber auch in den Zeiten der Trennungen eine wichtige Rolle für Reflexionen, worüber Claus Löser aufklärt.

Während die Historikerinnen und Historiker über Kommentare und Fußnoten die Leserinnen und Leser mit den entsprechenden Personen oder Umständen vertraut machen müssen, bietet dieser Werkstattbericht den Raum auch für Geschichten, theoretische Reflexionen, historische Lektionen und kunstwissenschaftliche Exkurse. Insofern wird die Edition der Briefwechsel von Lea und Hans Grundig gründlich eingeleitet. Das könnte auch die Klientel erreichen, für die Bildende Kunst eher nicht im fokalen Zentrum steht. Dafür sind die Illustrationen, deren Wirkung auch durch die gewählte Papierstärke unterstützt wird, eine entsprechende Belohnung.

Holger Czitrich-Stahl

Wolfgang Harich: Schriften zur Politik. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 15. Mit weiteren Dokumenten und Materialien herausgegeben von Andreas Heyer. Tectum – Ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021, 743 Seiten. ISBN 978-3-8288-4573-2.

Harichs Schriften zur Politik sind vor allem für Zeithistoriker eine bedeutende Fundgrube. Gegliedert sind sie in drei Teile.

Teil I: 1956 (Memorandum und Plattform), Teil II: Die Kritik der 68er und der Weg zur Ökologie, Teil III: Alte Probleme und neue Chancen.

Der Herausgeber des Harich-Nachlasses, Andreas Heyer, stellt Harichs Texten eine 160 Seiten umfassende, anspruchsvolle Analyse voran. Er weist darauf hin, dass Harich mit seinen Theorien in der

Opposition der DDR eine Sonderstellung einnimmt. 1953 war er es, der den Versuch unternahm, den von „unten“ kommenden Protest in politische Änderungen zu transformieren. 1956 war sein demokratietheoretisches Konzept einzigartig, nicht nur in der DDR, sondern im gesamten Ostblock. Harich lenkte wie kaum ein anderer marxistischer Theoretiker vor ihm auf die Verbindung von Sozialismus und Demokratie. Harichs Votum für eine deutsche Wiedervereinigung steht wie ein solitärer Betonklotz in der Oppositionsliteratur. Hinzu kam Harichs Bejahung des Staates, auch des zukünftigen kommunistischen Staates. Er ging über Lenins fundamentalen Ansatz hinaus. In der kontraktualistischen Tradition stehend, propagierte er einen zweckrationalen Staat, in dem mündige Bürger agieren. Der Staat dürfe nicht moralisch motiviert handeln – so das Credo des Kontraktualismus und auch Harichs. Mit der Verfolgung der Staatssicherheit, in weiten Teilen der Aufarbeitung der DDR-Geschichte, mit den Evaluierungskommissionen etc. tat die Bundesrepublik aber eben dies. Damit habe sie die rationale Ebene und den Gleichbehandlungsgrundsatz verlassen.

Der Auffassung Heyers, dass es „Harichs fataler Fehler war, dass er sich an das Ostbüro der SPD“ wandte „damals ein Ort für Agenten, Spionage, Geheimniskrämerei“ (S. 42) muss widersprochen werden. Diese Sicht verbreitete die SED 1956/57 zum Zwecke der Isolierung von Harich. Dieser kämpfte gegen die Verfälschung seines Agierens im November 1956 bis an sein Lebensende vergeblich an. Weder Willy Brandt noch Egon Bahr konnten ihm spä-

ter eine schlüssige Erklärung dafür geben, wie Harich in den Kontakt zum Ostbüro der SPD gekommen war. Inzwischen wissen wir, was wirklich stattgefunden hat. Heute ist eine solche Erklärung möglich.

Harich fuhr am 1. November unter dem Eindruck der Ereignisse in Budapest zu dem Theaterkritiker Friedrich Luft nach Westberlin, um über ihn Kontakt zum Regierenden Bürgermeister Willy Brandt zu bekommen, mit dem er sein Reformprogramm besprechen wollte.⁴ Da er Luft nicht antraf, rief er den Landesvorstand der SPD an. Die Sekretärin, die er vorerst nur erreichen konnte, bat ihn, in das Parteihaus der SPD in der Zietzen-Straße zu kommen. Dort angekommen, wurde er von Josef Braun, dem zweiten Vorsitzenden des Berliner SPD-Landesverbandes empfangen. Harich stellte sich Braun als oppositionelles SED-Mitglied vor. Er erklärte Braun, dass er sich schon seit dem XX. Parteitag der KPdSU Gedanken über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus mache. Schon länger wünsche er ein Gespräch mit Vertretern der SPD-Führung über die Perspektiven des Sozialismus. Beide vereinbarten, am Nachmittag des übernächsten Tages das Gespräch mit einem Mitglied des SPD-Parteivorstandes zu dritt fortzusetzen. Am 3. November besuchte Harich erneut Josef Braun, der ihm den „Genossen Alfred Weber vom SPD-Parteivorstand in Bonn“ vorstellte. Weber hieß in Wirklichkeit Peter Wandel. Er war der Leiter des SPD-Ostbüros in Westberlin. Harich merkte zu spät, in

⁴ Darüber ausführlich vgl. Siegfried Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz. Berlin 2006, S. 153-160.

welche Geschichte er von Braun verwickelt wurde. Manfred Rexin verdanken wir die Aufklärung darüber, dass Braun identisch mit dem „Freddy“ war, dem hochrangigen SPD-Funktionär in MfS-Diensten⁵, über den Markus Wolf in seinen Memoiren ausführlich berichtete.⁶ Wolfgang Harich hätte also Antwort auf seine quälende Frage nur von Markus Wolf erhalten können. Brandt und Bahr waren überfragt.

Sehr gut war Heyer beraten, dass er einen Text zu „Duell im Dunkeln – Spionage und Gegenspionage im geteilten Deutschland“ aufnahm. Er tat dies allerdings nur verkürzt. Hier wäre darauf hinzuweisen gewesen, dass der erste Teil der Veranstaltung vom ORB-Fernsehen übertragen wurde und von der gesamten Veranstaltung die Mitschrift (einschließlich Brecht-Ehrung) von Wolfgang Hartmann veröffentlicht wurde.⁷ Die Medienberatung und Dokumentation MEDOC stellte von der gesamten Veranstaltung eine DVD her. Die „Welturaufführung der Nationalhymne“, wie Harich sich ausdrückte, durch den Chor der Berliner Pädagogen – die brechtsche Kinderhymne zur Haydnmelodie – kann also heute noch angesehen und angehört werden.

Die in den Band aufgenommenen Dokumente wurden mit zahlreichen Anmerkungen versehen und können vom Leser

historisch-kritisch eingeordnet werden. Bei Harichs Schreiben vom 31. März 1992 an Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, hätte man sich bei der zugespitzten Formulierung Harichs, der glaubte vom „Fall des Nazis und Judenmörders Gustav Just“ sprechen zu sollen, eine Erläuterung gewünscht. Die Teilnahme des zwanzigjährigen Gustav Just an einer Erschießung am 15. Juli 1941 in der Ukraine spielte aufgrund seiner Tagebucheintragung sowohl im Prozess im Juni 1957 in der DDR als auch beim Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder 1990 bis 1996 eine Rolle. In diesem Verfahren erfolgte eine Anfrage in der Ukraine, die zu keiner Belastung Just's führte. Er hatte etwas zugegeben, was die Justiz nicht beweisen konnte. Sein Geständnis reichte nicht aus für eine Verurteilung.⁸

Siegfried Prokop

Detlev Brunner / Michaela Kuhnhenne (Hg.): Proteste, Betriebe und Gewerkschaften. Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990 (= Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Band 7), BeBra Wissenschaft Verlag GmbH, Berlin 2023, 117 Seiten. ISBN 978-3-95410-317-1.

Mit dieser Publikation werden die Anfang der 1990er-Jahre ausgetragenen Auseinandersetzungen um die Transformationen der ostdeutschen Wirtschaft erneut aufgegriffen. Vier Autoren haben dazu die Vorgänge und deren Resultate in wichtigen Industrieun-

5 Vgl. Harichs Kontakte zum Ostbüro, in: Siegfried Prokop: Lebenswege in der DDR. Skizzen und Beiträge zu Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wissenschaft. Buskowitz 2019, S. 113 f.

6 Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. München 1997, S. 176-182.

7 Vgl. IK-KORR, Berlin 1994, Spezial Nr. 3.

8 Vgl. Bundesarchiv Berlin N 2568, Nr. 4. /22/34/36/37 und Nr. 4, 5, 10, 19, 21.

ternehmen analysiert: Jakob Warnecke zum Stahlwerk Hennigsdorf, Jury Koch zur Thüringer Faser AG, Jessica Lindner-Elsner zur Eisenacher Automobilindustrie, Konrad Bunk zur ADDINOL Mineralöl GmbH. Somit wird verdeutlicht, wie unterschiedlich in einzelnen Bereichen die Transformationen abliefen, denn im Einzelnen gestalteten sich die Interaktionen zwischen Belegschaften und deren neu entstandenen, sich vernetzenden Vertretungen, Gewerkschaften, Betriebsleitungen, Treuhandanstalt, neuen privaten Eigentümern, Landesregierung und kommunalen Behörden sehr komplex. Das tritt deutlich hervor, wenn wir die Schilderung der auf einen Deal angelegten Vorgänge in der Eisenacher Automobilindustrie, in der von Protest kaum die Rede ist, mit der Darstellung der Auseinandersetzungen um die Zukunft der ADDINOL Mineralöl GmbH vergleichen. Letztere zogen sich – von heftigen Protesten begleitet – fast ein Jahrzehnt hin. Obwohl in mehreren Schüben beträchtliche Millionenbeträge verbrannt wurden, endete es mit der Abwicklung dieses Unternehmens, das erfolversprechende Vorleistungen erbracht hatte. Lindner-Elsner thematisiert vor allem die krassen Benachteiligungen der weiblichen Beschäftigten. Den Abschluss bildet der Beitrag von Justin Andrae, der sich mit der medialen Reaktion auf die damaligen Geschehnisse beschäftigt, in der einzelne Zeitphasen und unübersehbare Ost-West-Unterschiede hervortreten.

Von allen Autoren wurde ein großer Fundus primärer Quellen erschlossen (schriftlicher und mündlicher), der detaillierte Schilderungen und Analysen der Vorgänge vor Ort ermöglicht. Insgesamt tritt

plastisch hervor, wie komplex sich diese gestalteten. Wo der Widerstand entsprechend stark und anhaltend war, konnten zumindest Teilerfolge errungen werden. Aber schauen wir uns die Verlagsorte der zitierten Bücher und Broschüren an, so zeigt sich, dass jene Literatur, die in der DDR ausgebildete Forscher vorgelegt haben, wie generell üblich weitgehend ignoriert worden ist.

In ihrer Einleitung tragen die beiden Herausgeber – der Vorsitzende der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und ein Vorstandsmitglied – Resümees der einzelnen Studien vor. Damit untermauern sie ihre eigene Einschätzung der historischen Bedeutung der Ereignisse und vermitteln ihre generelle Bewertung der Transformation. Knapp verwiesen wird auch auf den Zusammenhang der in dieser Publikation aufgegriffenen Thematik mit der durch die Veröffentlichung von Dirk Oschmann neu entfachten Debatte um den Umgang des Westens mit dem Osten und den Osis. Die Protestbewegungen gegen die Entscheidungen der Treuhand interpretieren sie in Anlehnung an Koch als ein „wichtiges Kapitel deutscher Demokratie und Protestgeschichte“. Dabei findet auch Erwähnung, welch identitätsstiftendes Gewicht in der DDR die Ebene der Betriebe hatte. Den Herausgebern ist zuzustimmen, wenn sie hervorheben, dass anders als Überblicksdarstellungen „mikrohistorische Studien“ die Prozesse realitätsnäher nachvollziehen lassen. Aber wenn die Einleitung schon zu einer Gesamtschau ansetzt, sollte sie hinter schon Geleistetem nicht zurückbleiben. Deshalb ist hier an eine wissenschaftliche

Tagung⁹ zu erinnern, die mit Ausnahme eines Verweises auf einen Zeitzeugen durch Andrea in sämtlichen Beiträgen ausgeblendet wurde. Das befremdet umso mehr, da die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft zu deren Veranstaltern gehörte. Denn es wäre sinnvoll gewesen, den Anschluss an die vor einem reichlichen Jahrzehnt bereits erbrachten wissenschaftlichen Erträge zu suchen und die damals diskutierten Problemlagen aufzugreifen. Es hätte sich doch gelohnt, die seinerzeit vorgetragenen Erkenntnisse anhand weiterer empirischer Befunde zu überprüfen, zu erhärten oder anzufechten. Hatten doch die Referenten und Diskussionsteilnehmer dieser Tagung eine größere Dimension der Thematik im Blick. Zum Beispiel in der Bewertung der Treuhandanstalt und ihrer Legitimation, denn diese agierte außerhalb verfassungsgemäßer *Procedere* und unterlag keinerlei parlamentarischer Kontrolle. Oder der auf dieser Tagung angestellte Vergleich der in den neuen Bundesländern durchgesetzten Transformationsprozesse mit denen in anderen ehemals planwirtschaftlich organisierten Ländern. Denn dem Tagungsprotokoll zufolge erwies sich das Vorgehen im Osten der erweiterten Bundesrepublik als besonders rabiat und führte zu einem enormen Vermögenstransfer von Ost nach West, doch war auch das Protestpotenzial vergleichsweise am größten. Im Beitrag von Koch wird den Gewerkschaften eine „selbstkritische Erinnerungsarbeit“ empfohlen. Hier hätte es sich gelohnt, einen

Ansatz des Leiters des Verbindungsbüros der IG Metall zur Treuhandanstalt, Dieter Scholz, weiter zu verfolgen. Er hatte festgestellt, dass durch die Treuhandanstalt die Transformation schon forciert wurde, als überwiegend noch ein gewerkschaftsfreier Raum gegeben war, in dem nicht einmal das Betriebsverfassungsgesetz zur Geltung kam. Von den Gewerkschaften sei der historische Gesamtkontext nicht erkannt worden, dass nämlich auch in den alten Bundesländern der Vorstoß des Neoliberalismus mit Privatisierungen am Zuge gewesen war.

Weiterer Erörterung bedarf meines Erachtens die in dieser Publikation aufgeworfene Frage, wie sich die Protestbewegung der ersten Hälfte der 90er-Jahre in die deutsche Demokratiebewegung einordnet und wie es um deren Fernwirkungen bestellt ist. Kann sie als Impulsgeber und Erfahrungsvorrat in aktuellen sozialen Auseinandersetzungen dienen? Der Publikation ist zu entnehmen, dass ihre Autoren diese Frage grundsätzlich positiv beantworten. Aber wenn der Zusammenhang zur heutigen Gefährdung der bundesdeutschen Demokratie hergestellt wird, stellt sich die Frage: Hat sich trotz partieller Erfolge bei den Betroffenen nicht auch ein bleibendes Gefühl der Ohnmacht eingestellt, das in Politikverdrossenheit einmündete, die sich als Nährboden rechtsextremer Bewegungen erweist?

Günter Benser

9 Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990-1994). Tagung vom 2. April 2011 in Berlin. Beiträge und Dokumente. Herausgegeben von Ulla Plener, Berlin 2011.

Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Inhalt der Hefte 51 bis 65

(erfasst sind die Rubriken Archive und Bibliotheken,
Übersichten und Findmittel)¹

ARCHIVE

Deutschland

APO-Archiv im Universitätsarchiv der FU Berlin	57
Archiv der Arbeiterjugendbewegung	53
Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.	59
Archiv der deutschen Frauenbewegung	54
Archiv der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung Dresden	61
Archiv der deutschen Jugendbewegung	55
Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg	65
Archiv der SEW	59
Archiv für alternatives Schrifttum (afas)	56, 61
Archiv Müncheberg zur Frühgeschichte der DDR-Fernsehkunst	52
The Marxists' Internet Archive. Deutschsprachiger Teil	55
Archiv schreibende ArbeiterInnen	60

¹ Sämtliche bisher erschienenen Hefte finden sich auf der Homepage des Förderkreises:
www.fabgab.de.

Archive der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	65
August Bebel Institut	53
Fritz Bauer Archiv und Bibliothek Bochum	63
Gedenkstätte Ernst Thälmann Hamburg	56
Geschichts- und Lernort auf dem Areal der ehemaligen Garde-Dragonerkaserne in Kreuzberg	60
Karl-Marx-Haus Trier	65
Kulturhistorische Archiv (KHA) des Humanistischen Verbandes Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg (HVD-BB)	64
Lernort Prager Haus Apolda	59
Louise-Otto-Peters-Archiv Leipzig	65
Otto-Brenner-Stiftung	63
Quellen und Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zum Aktenbestand des Instituts im Bundesarchiv (Teil 1) und (Teil 2)	51, 52
Paul-Löbe-Stiftung und Hugo-Preuß-Stiftung	61
Sammlung der Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution	59
Sammlung der VVN-VdA Westberlin	58
Sammlungen des Museums für DDR-Alltagskultur (Haus der Alltagsge- schichte) in Wittenberg-Lutherstadt	60
Schaudepot Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (1924-1933) in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand	64

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen
der DDR im Bundesarchiv, Berlin 54, 59
(Neuzugänge, Erschließung, Internetpräsentation) 62, 64

Zeitgeschichtliches Archiv (ZGA) Berlin (Abwicklung) 63, 65

Finnland

Arbeiterarchiv in Finnland
(Das Erinnerungsjahr 1918) 54

Niederlande

Nachlass von Wolfgang Harich im Internationalen
Institut für Sozialgeschichte 54

Österreich

Alfred-Klahr-Gesellschaft (Archiv und Bibliothek der KPÖ) 60

Institut für Historische Sozialforschung (IHSF) Wien 59

Schweiz

Schweizerisches Sozialarchiv Zürich
(Gewerkschaftsgeschichte) 63

Skandinavien

Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung
in Skandinavien 57

BIBLIOTHEKEN

Deutschland

Bibliothek der Freien.
Die anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie in Berlin 51

Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung	56
Biografische Bibliothek in Berlin-Neukölln	59
Fritz Bauer Archiv und Bibliothek Bochum	56
Peter-Sodann-Bibliothek	60
Österreich	
Alfred-Klahr-Gesellschaft (Archiv und Bibliothek der KPÖ)	60
Schweiz	
Robert-Grimm-Gesellschaft Zürich	60
Skandinavien	
Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung in Skandinavien	57

ÜBERSICHTEN UND FINDHILFSMITTEL

Archiv des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. (Findbuch)	58
Neuregelungen des Bundesarchivgesetzes	52
Das Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten, Drucksache 19/23709	59
Stellung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung zum Konzept „Über die Zukunft der ‚Stasi-Unterlagen‘“	56



Eduard Bernstein beim Spaziergang durch Berlin

14.11.2024 | 18:00

**Eduard Bernstein:
Vordenker einer modernen Sozialdemokratie**

**Dr. Klaus Leesch
(Historiker)**

Nach einer revolutionären Frühphase entwickelte Eduard Bernstein (1850–1932) während seines Aufenthaltes in London die marxistischen Ideen weiter und passte den Marxismus an die veränderten wirtschaftlichen und sozialen Realitäten an. Damit gilt Bernstein als Begründer des sogenannten Revisionismus. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1901 bemühte er sich bis zu seinem Lebensende weiter um einen modernen Demokratischen Sozialismus.

Der Vortrag zeichnet die Entwicklung Eduard Bernsteins nach und unterstreicht seine große Bedeutung für die Entstehung jener Sozialdemokratie, die in der westlichen Welt im 20. Jahrhundert erfolgreich wirken konnte.

Dazu werden passende Dokumente aus dem Bundesarchiv gezeigt.

16:45 | Führung durch das Bundesarchiv

Veranstaltungsort:

Bundesarchiv
Berlin-Lichterfelde
Veranstaltungssaal im Benutzungszentrum
Finckensteinallee 63
12205 Berlin

Veranstalter:

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
im Bundesarchiv



Mitveranstalter:



Johannes-Stassenbach-Gesellschaft e.V.
Geschichtswissenschaftliches Zentrum



Vortagsreihe

**Stiftung Archiv der Parteien
und Massenorganisationen
und DDR im Bundesarchiv**

Biografische Zugänge zur Geschichte
deutscher Oppositionsbewegungen



Termine 2024 | jeweils 18:00
Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

Bildnachweise:
Theat. Bildz. B6/7/10-CZ/11402; Internationale Sozialdemokratie 1989 in Zürich mit (v.l.n.r.)
Dr. Simon (Schweizerische Partei), Rudolf Troller (Friedl), Clara Zetkin, Friedrich Engels, Juri Becher,
Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Otto Gumbel, Heinrich Bruns, Otto von Guericke, Otto
Georg (KPD), Leonid (KPD), Boris (KPD), B6/7/10-115-10070; Innen (Mittel) Bildz. (Bund) PKW.002-010-014; Innen
rechts Bildz. B. 58 B84-0131-1238
Grafik: abendrot hauser + stoffler



Clara Zetkin mit ihrer Schwestern Hedra Gordon-Walcher (1925)

14.03.2024 | 18:00

Bittere Brunnen, Hertha Gordon-Walcher und der Traum von der Revolution
Vortrag und Lesung

Regina Scher

(Kulturwissenschaftlerin und Autorin)

Hertha Gordon Walcher (1884–1990) war zeitweilig Sekretärin von Karl Radek und Clara Zetkin, sie kannte Lenin, war mit ihrem Mann Jacob Walcher politische Mentorin des jungen Willy Brandt und befreundet mit Bertolt Brecht. Ihre Biografie steht für die vieler heute vergessener Menschen, die versucht haben, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen und dabei selbst nicht verschont blieben von Lagerhaft, Pariausschlüssen, Exil und Verlust der Zugehörigkeit.

Regina Scher stellt diese Biografie vor und liest dazu auch aus ihrem Werk (ausgezeichnet 2023 mit dem Sachbuchpreis der Leipziger Buchmesse).

Originaldokumente aus dem Bundesarchiv ergänzen die Veranstaltung.

16:45 | Führung durch das Bundesarchiv



Aufzug der SAPD zum Wahlboykott

20.06.2024 | 18:00

Linkskommunismus in der Weimarer Republik

Rhena Stürmer

(Universität Leipzig, *Yachting Frankfurt/Oder*)

Inspiziert von der Novemberrevolution und in Abgrenzung zur Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und zum sowjetischen Modell endete 1920 die kommunistische Abteilerbewegung in Deutschland (KAPD). Diese Bewegung bezieht sich auf das Konzept der Räte und Betriebsratigen und war bis 1923 an der Auseinandersetzung um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnung Weimars beteiligt. Danach folgte der rapide Niedergang der Partei. Die Bewegung hinterließ aber anhaltende Spuren bei ihren Anhangerrinnen und Anhangern.

Anhand verschiedener Biographien stellt der Vortrag die Ursprungr und Entstehungsbedingungen linkskommunistischer Ideologie sowie die veränderte politische Praxis nach 1923 vor.

Begleitend präsentiert das Bundesarchiv Unterlagen zur Bewegungsgeschichte.

16:45 | Führung durch das Bundesarchiv



Portraitfoto von Liene Berkowitz nach ihrer Verhaftung

19.09.2024 | 18:00

Liene Berkowitz, Friedrich Rehmer und die Berliner Rote Kapelle

Prof. Dr. Johannes Tuschel

(Gedenkstatze Deutscher Widerstand Berlin)

Die Rote Kapelle war nicht die straffe bolschewistische Organisation, welche die Gesapo in ihr sah, sondern vielmehr ein flexibles Netzwerk von Gegnerinnen und Gegner des Nationalsozialismus. Allein in Berlin umfasste sie etwa 150 Personen, die in verschiedenen Gruppen und Freundeskreisen verkehrten und ganz unterschiedlicher sozialer Herkunft und weltanschaulicher Traditionen entstammten.

Mit Liene Berkowitz und Friedrich Rehmer stellt der Vortrag zwei eher unbekannt Personen aus diesem Kreis in den Mittelpunkt und bietet die Biografien ein in die Widerstandsaktionen der Berliner Roten Kapelle.

Ergänzend werden Originaldokumente aus dem Bundesarchiv zur Einsicht ausliegen.

16:45 | Führung durch das Bundesarchiv

**Philippe
Bourrinet**

Die Buchmacherei
324 Seiten
18,00 €

ISBN
978-3-9825440-0-7
2. erweiterte Auflage
April 2024

Biografisches Lexikon

**des deutschen Rätekommunismus
1920 - 1960**



*Philippe
Bourrinet*

Das vorliegende biografische Lexikon – es umfasst 635 Eintragungen – erlaubt einen vertieften Zugang zur Geschichte des deutschen Rätekommunismus. Die hier zusammengetragenen biografischen Daten und Einblicke in das Denken der aufgespürten Akteur:innen können das Verständnis für diese kurzzeitig bedeutende Strömung der deutschen Arbeiterbewegung fördern.

Sie machen verständlich, warum Menschen zu dieser politischen Richtung stießen, was sie zusammenhielt, aber auch worüber sie sich entzweiten. Es wird nachvollziehbar, warum der Rätekommunismus für viele nur eine biografische Station blieb, dem ganz unterschiedliche Umorientierungen folgten.

Nicht zuletzt wollen wir mit dem Buch die Erinnerung an den Opfermut und das Leid der für eine menschlichere Gesellschaft engagierten Aktivist:innen wachhalten.

